

Bremen, Juli 1919.

Nº 15.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sitzung vom 4. Juli 1919.

Entschuldigt fehlten:

Nehls, Ed.	Momber, Bruno
Becké, Waldemar	Meier, Herm.
Böhmert, Wilh., Dr.	Schlüter, Ludwig
Deichmann, Carl	Schröder, Wilh.
Depten, Johann	Stögen, Friedrich
Fricke, Joh.	Strube, Dr. jur.
Geiger, Anton	Tjaden, Hermann, Dr. med.
Henke, Alfred	Wagner, Wilhelm
Kirchmeyer, Conrad	Wichmann, Hermann
Kloke, Wilhelm Heinrich	Winkelmann, Carl
Koch, Luise	

Unentschuldigt fehlten:

Böje, Hermann	Herz, Wilhelm
Both, Georg	Kesselbeck, Elise
Böttger, Carl	Klima, Johann
Bullwinkel, Wilhelm	Müller, Josef
Chrapkowski, Max	Otto, Heinrich
Cordes, V.	Schad, Heinrich
Eigen, Hermann	Stockhinger, Alfred
Hagedorn, Berta	Wahl, Hugo

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Kleine Anfrage, betr. Aufbesserung der Bezüge an Kranken-, Invaliden-, und Unfallgeld		478	13. der Deputation für die Stadterweiterung (3 Mitglieder),		
II. Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919:			14. der Schuldeputation (2 Mitglieder),		
3. Gewerbegericht		478	15. der Deputation wegen der städtischen Wäschanstalten (1 Mitglied),		
III. Mitteilung des Senats vom 24. Juni 1919:			16. der Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke (1 Mitglied),		
2. Kahrwegs Asyl für arme Sieche		479	17. der Balldeputation (1 Mitglied),		
IV. Ergänzungen nach dem Gesetz vom 13. Mai 1919 .			18. der Deputation für die Friedhöfe (1 Mitglied),		
1. der Finanzdeputation (3 Mitglieder),			19. der Quartierdeputation (1 Mitglied),		
2. der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke (1 Mitglied),			20. der Deputation für den Schlachthof (1 Mitglied),		
3. der Deputation für den Ratskeller (1 Mitglied),			21. der Deputation für die Stadtbibliothek (1 Mitglied),		
4. der Zentralquartierdeputation (3 Mitglieder),			22. der Deputation für das Städtische Orchester und das Stadttheater (2 Mitglieder),		
5. der Baudeputation (3 Mitglieder),			23. der Kriegsdeputation (4 Mitglieder),		
6. der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (3 Mitglieder),			24. der Verfassungsdeputation (3 Mitglieder),		
7. der Deputation für die Unterwerferkorrektur (3 Mitglieder),			25. der Behörde für das Versicherungswesen (1 Mitglied),		
8. der Deputation für die Gefängnisse (1 Mitglied),			26. der Behörde für das Landesschulwesen (1 Mitglied),		
9. der Steuerdeputation (3 Mitglieder),			27. der Behörde für das Städtische Museum (1 Mitglied),		
10. der Deputation für Statistik (1 Mitglied),			28. der Behörde für die Technischen Staatslehranstalten (1 Mitglied).		479
11. der Wahldeputation (4 Mitglieder),					
12. der Deputation für das Gesundheitswesen (1 Mitglied),					

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
V. Ergänzungen von Kommissionen:			X. Antrag, betr. die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften	499	
1. der Kommission zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung (2 Mitglieder),			XI. Antrag, betr. die Zustände in den bremischen Gefängnissen	503	
2. der Kommission wegen des Gesetzes, betr. Zwangsversicherung gegen Viehdiebstähle (3 Mitglieder),			XII. Antrag, betr. eine Beischnahme verfügbarer Wohnräume	506	
3. der Kommission wegen der Einheitschule (3 Mitglieder),			XIII. Antrag, betr. eine Unterstützung der Kriegerwitwen usw. (N. 3. B. g.)		
4. der Kommission wegen Beamtengehälte, Teuerungszulagen, Amtsbezeichnungen usw. (3 Mitglieder),			XIV. Antrag auf Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Ecks. (N. 3. B. g.)		
5. des Haushaltsausschusses (3 Mitglieder),			XV. Mitteilung des Senats vom 13. Mai 1919: Budget für das Rechnungsjahr 1919.		
6. der Juristischen Kommission (1 Mitglied),			Dazu a. Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919:		
7. der Kommission wegen Neuordnung der Bremischen Verwaltung (3 Mitglieder),			2. Nachtragsbericht zum Budget des Amtes Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69.		
8. der Kommission wegen Anlage von Sport- und Spielplätzen sowie Beihilfen für Turnvereine (2 Mitglieder),			b. Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1919: Nachtrag zum Budget der Staatsanwaltschaft.		
9. der Baukommission (1 Mitglied),			c. Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1919: Nachtragsbericht der Polizeidirektion zum Budget für das Rechnungsjahr 1919, Spezialbudget für 1919 Nr. 124, Seite 189 B 1 I.		
10. der Kommission wegen Zuschläge zu den Gerichtskosten (1 Mitglied),			d. Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1919:		
11. der Sozialisierungskommission (3 Mitglieder),			3. Nachtragsbericht zum Haushaltsplan des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1919.		
12. der Kommission wegen Regelung des Submissionswesens (3 Mitglieder),			e. Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1919:		
13. der Kommission wegen Honorar des Gerichtsarztes (1 Mitglied). (N. 3. B. g.)			3. Ruhegehalts- bzw. Jahrgeldsberechtigung der Fürsorgerinnen und der Laborantin bei der Polizeidirektion.		
VI. Wahl der Kommission wegen Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes. (13 Mitglieder)	484		f. Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919:		
VII. Antrag, betr. einen Flughafen und eine Flugzeugstation in Bremen	484		2. Nachtrag zum Budget des Amtes Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69.		
VIII. Antrag, betr. einmalige Teuerungszulage für Kriegsbeschädigte	487		g. Mitteilung des Senats vom 24. Juni 1919:		
IX. Antrag, betr. die Beteiligung der Lehrerschaft an der Schulverwaltung	493		1. Nachtrag zum Budget des Untersuchungsgefängnisses. (N. 3. B. g.)		

Herr Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr 1 Minute.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Frau Dr. Rodewald zieht ihren Antrag X der Tagesordnung, betreffend die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften zurück.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Künzler (U. S.): Wir beabsichtigten, zu dem Antrage ein Amendement zu stellen. Da der Antrag zurückgezogen ist, sind wir verhindert, das zu tun. Wenn es nach der Geschäftsordnung möglich ist, möchte ich bitten, daß wir das Amendement, das wir stellen wollten, als selbständigen Antrag der schon heute zur Verhandlung käme, stellen können. Die Zurückziehung des Antrages ist ja jedenfalls veranlaßt durch die Bekanntmachung, die am letzten Sonntag über die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften erlassen worden ist. Der Antrag war damals in unserer Fraktion be-

reits besprochen, und sie hatte beschlossen, bei Beratung des Antrages dazu das Amendement zu stellen, die Verkaufszeit in den hiesigen Lebensmittelgeschäften folgendermaßen zu regeln: Vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr.

Präsident: Ich werde den Antrag als Dringlichkeitsantrag behandeln.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 27. Juni:

1. Berechnung des Ruhegehalts für den Bau- führer Joh. Busch.
2. Verkauf des Staatsgrundstücks neben Gastdier Heerstraße Nr. 172. Kat. Bez. Vorstadt R 73 Nr. 716 und 717 A a/b.
3. Ausbesserung der Uferbefestigung des Stadtgrabens.

und eine Mitteilung vom 1. Juli:

1. Aufhebung des Schulgeldes und unentgeltliche Lieferung der Lernmittel in den Volksschulen.
2. Zweiter Nachtrag zum Budget der Strafanstalt.
3. Kinderkrankenhaus.
4. Vertretungsbefugnisse der Deputationsbeamten.

Herr Degenhardt bittet um Entlassung aus der Deputation für die Gefängnisse. Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei schlägt vor, an seiner Stelle Herrn Wenhold zu wählen. Die Sache steht ja heute nicht auf der Tagesordnung; falls ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß die Nationalversammlung damit einverstanden ist, daß Herr Wenhold gewählt wird. Widerspruch erfolgt nicht. Herr Wenhold ist damit an Stelle des Herrn Degenhardt in die Deputation für die Gefängnisse gewählt.

Der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten bittet, die von den Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen gestellten Anträge auf Bewilligung kommunaler Feuerungszuschläge bald zu erledigen.

Die Vereinigung der bremischen Staatsverwaltungsbeamten, vertreten durch Herrn Oberregierungsrat Pingel, hat der Nationalversammlung eine Eingabe zugehen lassen, in der gebeten wird: Die Nationalversammlung wolle dem Antrage, zu veranlassen, daß der neu zu ernennende Staatsbaurat des Baupolizeiamtes als Leiter dieser Behörde eingesetzt werde, keine Folge geben.

Eingegangen ist ein Besuch der Herren Fischer, Woltmann und Schick. Sie bitten um Beihilfe zur Erstattung des Verlustes, den sie während der Streiktage aus Anlaß des Abwehrstreiks erlitten haben.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Fremdenverkehrsvereins, der an den Senat eine Eingabe gerichtet hat, in der er um einen jährlichen Zuschuß von 15 000 M. bittet.

Eingegangen ist ein Schreiben der Kammer für Landwirtschaft, betreffend Ankäufe für die Schaffung eines Flugplatzes. Die Kammer überreicht dabei ein Schreiben des Herrn Diedrich Meyer in Neuenland. Da der Gegenstand auf der heutigen Tagesordnung steht, will ich dieses Schreiben verlesen:

Wie dem Unterzeichneten alszeitigem Vertreter der Neuenlander Bauerschaft bekannt geworden, ist es nicht ausgeschlossen, daß in der heutigen Sitzung der Bremer Nationalversammlung die Anlage eines Flugplatzes bzw. Flughafens beschlossen wird, und dafür die Feldmark Neuenland in erster Linie in Frage kommen wird. Es muß damit gerechnet werden, daß neben den vielen Unannehmlichkeiten, die bekanntlich das Flugwesen für die benachbarten Ländereien mit sich bringen würde, durch etwaige spätere Vergrößerung des Platzes immer mehr Land der Bewirtschaftung entzogen würde. Außer Herrn Dr. Hertel wird kein Besitzer freiwillig gesonnen sein, Land für diesen Zweck herzugeben, besonders jetzt, nachdem die meisten Söhne aus dem Felde zurückgekehrt sind.

Ich bitte daher bei der Regierung vorstellig zu werden, daß die Kammer für Landwirtschaft vor Anlage des Flugplatzes gutachtlich gehört wird.

Eingegangen ist folgender Antrag von Herrn Karlmeyer:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob sich die Einrichtung einer Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für die zur Entlassung aus der Schule kommende Jugend empfiehlt.

Der Antrag ist genügend unterstützt. Er kommt auf die nächste Tagesordnung.

Ferner ist folgender genügend unterstützter Antrag des Herrn Meier eingegangen.

Die Nationalversammlung beauftragt die Sozialisierungskommission, darüber zu beraten und zu berichten, ob es sich empfiehlt, die Sparkassen in Bremen zu verstaatlichen.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Ferner ist eingegangen folgender genügend unterstützter Antrag von Frau Bahnsen, der ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation für das Gesundheitswesen mit einem beschleunigten Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, das Hebammenwesen im Bremer Staat (Stadt und Landgebiet) zu verstaatlichen.

Weiter ist folgender genügend unterstützter Antrag des Herrn Hornmann eingegangen:

Mit Rücksicht darauf, daß den alten Beamten der Entschluß, in den Ruhestand zu treten, durch die für die heutigen Verhältnisse völlig unzulänglichen Gehalte sehr erschwert wird, beschließt die Nationalversammlung, daß den in den Ruhestand eintretenden Beamten zu dem ihnen gesetzlich zustehenden Ruhegehalt der gleiche Prozentsatz der jeweils gezahlten Feuerungszulagen gewährt wird, vorbehaltlich späterer gesetzlicher Regelung. Diese Bestimmung findet Anwendung mit Rückwirkung vom 31. März 1918.

Der Antrag kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Endlich liegt der Dringlichkeitsantrag des Herrn Dr. Kunkler vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Verkaufszeiten in den hiesigen Lebensmittelgeschäften folgendermaßen zu regeln: Vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, in diesem Falle von unserem bisherigen Verfahren eine Ausnahme zu machen, gar nicht über die Dringlichkeit abstimmen, sondern den Antrag an Stelle des von Frau Dr. Rodewald gestellten Antrages, der ja zurückgezogen ist, zu setzen.

Wenhold (D.): Ich bin damit einverstanden, daß in diesem Falle so verfahren wird, möchte aber nicht, daß das zur Gepflogenheit wird, ohne daß die Geschäftsordnungskommission zur Sache gehört wird, weil entsprechende Bestimmungen in die Geschäftsordnung hineingearbeitet werden müssen.

Präsident: Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß die Nationalversammlung damit einverstanden ist, daß wir so verfahren. Widerspruch erfolgt nicht. Der Antrag kommt also als Punkt X der Tagesordnung zur Verhandlung.

Nr. I der Tagesordnung:

Kleine Anfrage Hagedorn, betreffend Aufbesserung der Bezüge an Kranken-, Invaliden- und Anfallgeld.

Präsident: Der Senat bittet, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da er uns einen Bericht in dieser Angelegenheit zukommen lassen will. Ich frage Herrn Hagedorn, ob er damit einverstanden ist.

H. Hagedorn (U. S.): Ich bin damit einverstanden, wenn uns der Senat bis zur nächsten Sitzung den Bericht erstattet. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir darauf bestehen, daß die Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet wird.

Faust (U. S.): In der vorigen Sitzung hat Herr Bürgermeister Deichmann erklärt, daß heute die Anfrage über Lebensmittelfälschungen beantwortet werden solle. Das ist nicht geschehen.

Präsident: Ich habe in der vorigen Sitzung am Schluß der betreffenden Verhandlung Herrn Bürgermeister Deichmann gefragt, ob es richtig sei, daß ich seine Ausführungen in dem Sinne verstanden habe, daß der Nationalversammlung ein schriftlicher Bericht gegeben werden solle. Das hat er bejaht. (Sehr richtig!) Der Bericht ist noch nicht eingelaufen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919:

3. Gewerbegericht.

Göze (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat beschlossen, den

Antrag des Senats abzulehnen. Wir sind der Meinung, daß die vorgeschlagenen Sätze unzureichend sind. Wenn Arbeiter als Beisitzer beim Gewerbegericht ihre Tätigkeit ausüben, also ihre Arbeitskraft für den Staat zur Verfügung stellen, dann darf nicht verlangt werden, daß sie für den Staat billiger arbeiten als für einen Privatunternehmer. Die Arbeiter verdienen heutzutage bei den Werften usw. bedeutend mehr als 15 M., die für einen ganzen Tag für ihre Tätigkeit beim Gewerbegericht festgesetzt werden sollen, sie verdienen bis 19.20 M., haben also einen Schaden von 4.20 M. Es kommt noch hinzu, daß die Tätigkeit beim Gewerbegericht meist über 12 Uhr hinausgeht, und wenn sie auch nur bis 12 1/2 dauert, so geht doch schon der ganze Tagesverdienst für sie verloren, da die meisten großen Betriebe nur bis vier Uhr arbeiten, und die Arbeiter dann nicht mehr in den Werkstätten z. B. auf der A. G. Weser arbeiten können. Die miserablen Verhältnisse bringen es mit sich, daß, wenn auch wirklich um 12 Uhr mittags Schluß ist, der Arbeiter nicht an seine Arbeitsstelle gehen kann. Wenn die Gewerbegerichtsbeisitzenden noch dazu außerhalb ihre Wohnungen haben, so daß sie die Elektrische benutzen müssen, so ist es klar, daß unsere Forderungen ganz berechtigt sind, und daß ihnen zugestimmt werden muß.

Blase (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion beantragt, anstelle von 10 M. 15 M. zu setzen und anstelle von 15 M. 20 M. Im übrigen können wir zustimmen. Es ist nicht angängig, daß die Beisitzer, die an solchen Sitzungen teilnehmen, Schaden dabei erleiden. Das würde aber ohne weiteres der Fall sein, wenn wir dem Gesetz in der vorliegenden Fassung zustimmen würden. Von den Beisitzern, die jetzt von Arbeitnehmerseite am Gewerbegericht beteiligt sind, bekommt der eine 4 M. unter 15 M., einer erhält 15 M., alle übrigen verdienen jetzt bedeutend mehr. Wenn sie also nur 10 und 15 M. bekämen, dann würden sie Schaden leiden. Die Sitzungen fangen morgens um 9 Uhr an und dauern meist bis 1 1/2 oder 2 1/2 Uhr. Aber selbst wenn die Sitzungen einmal nur bis 12 Uhr dauern, so ist es den Arbeitern doch nicht mehr möglich, ihre Arbeitsstellen aufzusuchen und unter Umständen noch etwas von ihrem Lohn zu verdienen. Im übrigen liegen die Dinge so, daß, wie Herr Göze auch schon ausgeführt hat, Kosten für elektrische Bahn, für Wäsche, für den Anzug hinzu kommen, denn der gute Anzug wird auf diese Weise doch strapaziert, während die Leute für gewöhnlich ihren Arbeitsanzug benutzen. Es ist doch nicht angängig, von den Beisitzern zu verlangen, daß sie das aus eigener Tasche bezahlen. Im übrigen möchte ich die Mitteilung machen, daß sich eine Gesamtgewerbegerichtssitzung mit dieser Sache noch einmal befaßt und beschlossen hat, anstelle von 10 M. 15 M. und anstelle von 15 M. 20 M. zu setzen. Man hat

schließlich eingesehen, daß es notwendig ist. Die übrigen Punkte können ja noch bestehen bleiben. Ich bitte also unserm Antrage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Marburg (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beisitzer des Gewerbegerichts bezogen bisher 3.50 M für den Vormittag und 6 M für den ganzen Tag. Das entspricht den früheren Verhältnissen insofern, als damals die geteilte Arbeitszeit bestand und die Arbeiter deshalb in der Lage waren, nachmittags wieder ihre Arbeitsstelle aufzusuchen. Bei der jetzigen ungeteilten Arbeitszeit ist das aber nur noch in geringen Fällen möglich, und der Arbeiter würde also durch die jetzigen Sätze einen Lohnausfall erleiden. Deshalb ist es berechtigt, daß die Sätze der Beisitzer des Gewerbegerichts erhöht werden. Der Landesverband stimmt also dem Antrage des Herrn Blase zu, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß, sobald eine Herabsetzung der Löhne eintritt, auch diese Sätze entsprechend herabgesetzt werden.

Henrici (D.): Eine Vollversammlung der Beisitzer des Gewerbegerichts hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß eine Entschädigung von 15 M bis 12 Uhr und von 20 M über 12 Uhr hinaus angemessen erscheint. Meine Fraktion stimmt dem Antrage Blase zu und beantragt, dementsprechend die Senatsvorlage zu ändern.

Göze (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, in Zeile 2 statt 10 M 20 M zu setzen und das andere zu streichen.

Präsident: Es liegen also zwei Zusatzanträge vor. Der weitestgehende ist der des Herrn Göze, der die Entschädigung auf 20 M festsetzen will. Der zweite Zusatzantrag ist der von Herrn Blase, wonach die Entschädigung auf 15 bzw. 20 M zu bemessen ist. Wir haben zuerst über den weitestgehenden Antrag Göze abzustimmen, dann über den Antrag Blase.

Der Antrag Göze wird abgelehnt.

Der Antrag Blase wird angenommen.

Das so geänderte Gesetz wird angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 1919:

2. Kahrwegs Asyl für arme Sieche.

Präsident: Die Behörde für Kahrwegs Asyl hat beschlossen, das Pflegegeld über den ohnehin eingetretenen Bedarf um weitere 10 S pro Tag zu erhöhen.

Klawitter (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behörde ist unsern Wünschen entgegen gekommen und hat den Insassen von Kahrwegs Asyl 3 M pro Monat Taschengeld gewährt. Die

Kosten dafür werden aufgebracht dadurch, daß die Insassen, welche selber ihren Aufenthalt bezahlen, 3 M mehr bezahlen müssen, die sie dann als Taschengeld wieder bekommen, während die andern Insassen die 3 M von den sonstigen Geldgebern erhalten. Wir sehen daraus, daß die finanziellen Verhältnisse der Anstalt nicht die besten sein müssen, sonst hätte man wohl etwas mehr bewilligt als 10 S den Tag. Aber wir sehen ein, daß unter den heutigen Verhältnissen es schwer ist, mehr herauszuholen. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit meinem Bedauern und auch dem Bedauern vieler Insassen Ausdruck geben, daß der Pflegesatz über den so wie so ins Auge gefaßten Betrag um 10 S noch erhöht worden ist nachdem der Pflegesatz im Dezember schon einmal erhöht worden ist. Der Satz beträgt bis jetzt 1.80 M und seit heute 2.60 M. Das wird von denen, die den Pflegesatz aus eigener Tasche bezahlen müssen, sehr schwer empfunden. Ich möchte dabei die Behörde darauf verweisen, doch noch einmal zu überlegen, ob es nicht möglich ist, die angelegte Erhöhung fortlassen zu lassen.

Rhein (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Erhöhung des Pflegesatzes macht sich in allen Anstalten notwendig, und es hat nach den uns gegebenen Unterlagen die dringende Notwendigkeit vorgelegen, wieder eine Erhöhung vorzunehmen. Ich habe im übrigen in Fällen, wo Bedürftigkeit der Selbstbezahler vorliegt, darauf hingewirkt, daß eine Ermäßigung des Satzes bis zu einem Viertel eintritt, die natürlich dann einem anderen Konto zur Last fällt. Es ist also durchaus keine Härte für irgend jemanden damit verknüpft. Die Armenpflege muß natürlich den vollen Satz zahlen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

Ergänzungen nach dem Gesetz vom 13. Mai 1919.

Reine (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind ja nunmehr gezwungen, zu den Ergänzungswahlen Stellung zu nehmen und die Deputationen zu ergänzen, damit sie wieder vollzählig werden. Wir haben bisher gehofft, daß die U. S. von ihrem Standpunkt, die Deputationen nicht zu beschicken, abkommen würden, daß sie nicht ihre Beteiligung an der Mitarbeit abhängig machen würden von der Zurückziehung einer Maßnahme, die seitens des Reiches noch aufrecht erhalten wird. (Zuruf links: Auf Ihre Veranlassung!) Meine Damen und Herren! Es ist das selbstverständlich Ueberzeugungsache und Ansichtssache, die die U. S. jetzt für sich maßgebend sein lassen, und wir haben uns mit der Tatsache abzufinden und die Kommissionen so zu besetzen, damit sie arbeitsfähig und vollständig sind. Wir müssen uns natürlich auf

den Standpunkt stellen, daß die Deputationen eine einigermaßen getreue Kopie der Zusammensetzung dieses Hauses bilden. Das würde am besten geschehen, wenn alle Parteien entsprechend ihrer Stärke in den Deputationen vertreten wären. Auf Grund der Haltung der Kommunisten und der U. S. aber ist das nicht der Fall. Um aber die sozialistische Mehrheit dieser Nationalversammlung zum Ausdruck kommen zu lassen, muß meine Partei sich auf den Standpunkt stellen, daß die Mehrheit in den Deputationen eine sozialistische sein muß (sehr richtig), und daß es nicht angehen kann, daß die Deputationen in ihrer Zusammensetzung ein entgegengesetztes Bild zur Zusammensetzung der Nationalversammlung bilden. Wir bedauern, daß die U. S. von ihrem Rechte, sich an Deputationen und Kommissionen zu beteiligen, keinen Gebrauch machen. Aber wir können es nicht ändern. Wir sind auch der Überzeugung, daß die U. S. vielleicht noch Gelegenheit haben werden, diesen ihren Standpunkt zu bedauern, weil es ihnen nicht möglich ist, ihren Standpunkt, wie sie ihn sehen, und den Standpunkt ihrer Wähler in den Deputationen zum Ausdruck zu bringen. Wir sind selbstverständlich durch unsere Grundsätze und unsere Auffassung gebunden, die allerdings im Sinne der sozialistischen Demokratie sind. Aber ohne weiteres haben auch die U. S., die sich nicht auf den Boden der Demokratie stellen, das Recht, ihre Ansichten in den Deputationen vertreten zu sehen. Wenn auf dieses Recht verzichtet wird, so ist das nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der U. S. selbst. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Standpunkt der U. S., an den Deputationen nicht teilzunehmen, nur ein Vorwand ist. (Zuruf links: Nein! Nein! Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.) Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung: wir sind doch über ein Vierteljahr in der Nationalversammlung und müssen doch auch schließlich unsern politischen Willen ohne Zank durchsetzen können. Ich gebe Ihnen jedenfalls dazu keine Veranlassung. Nun liegt die Sache so: wir müssen auf dem Standpunkt beharren, daß die Mehrheit in den Deputationen eine sozialistische ist. Von diesem Standpunkt können wir nicht abgehen. Sollte unsere Arbeitsgemeinschaft diesen Standpunkt nicht teilen, so können wir nicht anders, als die Wahlen zu den Deputationen und Kommissionen noch einmal zu vertagen. Ich würde diesen Antrag stellen müssen, falls die Erklärung, die seitens der demokratischen Partei abgegeben wird, sich unserer Auffassung nicht anschließen kann.

Dr. Kunkler (U. S.): Herr Präsident! Wir hätten uns bei diesem Punkte der Tagesordnung damit begnügt, auf unsere bereits in früheren Sitzungen mitgeteilten Gründe lediglich Bezug zu nehmen, die uns bestimmen, den Arbeiten in den Deputationen und Kommissionen fernzubleiben, wenn nicht Herr Peine wieder Anlaß zu Ausführungen genommen hätte, die

nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es ist nicht richtig, wie von unserer Seite schon wiederholt gesagt worden ist, daß wir die Ausnahme der Arbeit in den Deputationen und Kommissionen davon abhängig machten, daß die Reichsregierung den über Bremen verhängten Belagerungszustand aufhebt, wir machen es vielmehr nur davon abhängig, daß von Seiten der Mehrheit dieses Hauses bei der Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes beantragt wird. (Sehr richtig! links.) Wir haben lediglich erklärt: solange die Mehrheit dieses Hauses die Reichsregierung in diesen Maßnahmen stützt, werden wir unsere Arbeit in den Deputationen nicht wieder aufnehmen. Es ist eine durch nichts begründete Behauptung, daß die U. S. überhaupt die Mitarbeit in den Deputationen verweigern wollten, daß, wie Herr Peine sagte, die von uns dafür angegebene Begründung nur ein Vorwand sei. (Kome: Sie wollen nur der Regierung Knüppel zwischen die Beine werfen!) Wir sind durchaus bereit, wie ich bei früheren Verhandlungen schon betont habe, mitzuarbeiten. Machen Sie doch die Probe! Erklären Sie einmütig oder wenigstens mit Mehrheit, daß Sie von der Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes wünschen! Solange aber die Mehrheit dieses Hauses den Maßregeln, die von der Militärdiktatur übernommen sind, ihre Unterstützung gewährt, und noch dazu einer Handhabung, die nach unserer Überzeugung sogar mit dem bestehenden Recht durchaus in Widerspruch steht und allen politischen Rechten ins Gesicht schlägt, solange darin keine Änderung eintritt, können wir den Zustand nicht herstellen, den Herr Peine wünscht.

Wenhold (D.): Nach den Erklärungen der Fraktionsführer der M.-S. und U. S. bestehen zwischen ihnen gewisse Differenzen. Ich kann vielleicht als unparteiischer Sachverständiger einige Worte dazu sagen, (Heiterkeit.) wie die Sache von unserer Seite betrachtet wird. Die Sache liegt so, daß wir uns des Eindrucks nicht verschließen können, als ob die Erklärung, die seitens der U. S. abgegeben worden ist, wonach sie ihre Mitarbeit in den Deputationen usw. und von der Zustimmung der M.-S. zu einem Antrage auf Aufhebung des Belagerungszustandes abhängig machten, von den M.-S. doch als ein gewisser Vorwand angesehen werden muß, und zwar aus folgendem Grunde. Wenn die M.-S. ihrerseits gewisse Bedenken geäußert hätten, mit den U. S. zusammenzuarbeiten, so hätte ich das erklärlich gefunden (Gelächter links. Unruhe. — Präsident: Ich bitte um Ruhe!) und zwar aus dem Gesichtspunkt heraus (Zurufe.) — Ich habe an und für sich an der Sache kein Interesse! (Lachen links.) Wenn Sie mich nur ausreden lassen wollten! — aus dem Gesichtspunkt heraus: daß, als seiner Zeit der Arbeiterrat aus den Parteien der Kommunisten, U. S. und M.-S. zusammengelegt war, die Kommunisten und die U. S. einfach die M.-S. von der Mitarbeit ausgeschlossen haben. (Sehr richtig!) Wenn jetzt die M.-S. umgekehrt verfahren

und die U. S. ausschließen wollten, so würde man sich darüber nicht mehr wundern können, als daß jetzt die U. S. auf die Mitarbeit und die Bereitstellung ihrer Sachkunde in den Deputationen verzichten.

Im übrigen möchte ich zu der Erklärung des Herrn Peine bemerken, daß in der Fraktion der Demokraten über die Sache Besprechungen stattgefunden haben. Die Demokraten haben durchaus Verständnis für die schwierige Lage der M.-S., die durch die Weigerung der U. S., mitzuarbeiten, entstanden ist. Ich kann nach den Vorbesprechungen in meiner Fraktion erklären, daß wir durchaus damit einverstanden sind, wenn in den Deputationen eine sozialdemokratische Mehrheit gesichert wird, und zwar in der Form, daß bei kleinen Deputationen mindestens die Hälfte Sozialdemokraten sind, bei größeren Deputationen einer mehr als die Hälfte. Wir können uns aber nicht damit einverstanden erklären, daß für die übrigen Sitze, die bisher den U. S. zustanden, nach Berücksichtigung der Ansprüche der M.-S. lediglich Demokraten in Frage kommen sollen, sondern wir halten es für durchaus gerechtfertigt, daß für diese Sitze auch der L.-V. berücksichtigt wird. Wenn es möglich wäre, auf dieser Grundlage zu einer Verständigung zu gelangen, können schon heute die Wahlen erfolgen. Sollte es aber nicht möglich sein, so müßten noch weitere Verhandlungen stattfinden. Ich bemerke noch, daß wir die Sache rein rechtlich betrachten und danach anerkennen müssen, daß der L.-V. einen Anspruch darauf hat, bei diesen Ergänzungen berücksichtigt zu werden. Wenn außer den M.-S. nur Demokraten berücksichtigt würden, so würde das auf eine Terrorisierung einer Minderheitspartei hinauslaufen. Das können auch die Herren von den M.-S. nicht wünschen, sie werden sich hoffentlich an der Erklärung genügen lassen, daß wir dafür sind, daß die Mehrheit der M.-S. gewahrt werden soll. Ich glaube, die Vertreter des L.-V. werden dem von mir ausgesprochenen Grundsatz zustimmen; soweit ich gehört habe, ist das der Fall.

Peine (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die Ausführungen des Herrn Dr. Künzler anlangt, so kann ich nur wiederholen, daß das, was ich in dieser Sache ausgeführt habe, durchaus richtig ist. Herr Dr. Künzler hat derzeit selbst ausgesprochen, daß er von uns verlangt, daß wir der Reichsregierung die Stütze entziehen sollen. Das kann doch nur bedeuten, daß wir in Opposition zur Reichsregierung treten sollen, die für Aufrechterhaltung der Ordnung im Reiche zu sorgen hat. Herr Dr. Künzler kann uns nicht zumuten, daß wir uns als sozialdemokratische Partei der Reichsregierung, die in erheblichem Maße aus Mehrheitssozialisten zusammengeleitet ist, entgegen stellen. Das ist m. E. aber die Absicht, die die U. S. bewußt verfolgen. Diesem frommen Wunsch leisten wir nicht Folge, selbst wenn wir noch auf Jahr und Tag auf die Mitarbeit der U. S. verzichten müßten, obgleich wir beileibe nicht wünschen,

daß der Belagerungszustand noch jahrelang bestehen bleibe.

Soweit die Ausführungen des Herrn Wenhold sich auf den L.-V. bezogen, kann ich erklären, daß der L.-V., wenn er glaubt, Ansprüche erheben zu können auf diese Sitze, diese Ansprüche erheben soll, und wenn ihm die Sitze auf Grund des von Herrn Wenhold angeführten Ergänzungsrechts zustehen, so wird er sie auch bekommen. Wenn das aber geschieht, so sind allein die U. S. daran schuld, daß die Bürgerlichen in den Deputationen mehr vertreten sind als die Sozialisten, dann können wir nichts daran ändern. Jedenfalls werden wir uns bemühen, den Sozialisten die Mehrheit in den Deputationen zu erhalten, und es ist von den U. S. eine Torheit, das zu verhindern.

Dr. Gildemeister (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Landesverband ist die Stellungnahme zu der aufgeworfenen Frage vollkommen klar gegeben: wir verlangen nichts anderes als die Besetzung der Deputationen nach dem Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen dieses Hauses. Dieser Grundsatz muß jetzt mit allem Nachdruck betont werden. Als die Kommunisten seiner Zeit ausgeschieden waren, haben gerade die unabhängigen Sozialdemokraten verlangt, daß die freiwerdenden Sitze unter die anderen Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke verteilt würden. Jetzt sind die Unabhängigen als weitere Partei ebenfalls ausgeschieden und haben die Erklärung abgegeben, in den Deputationen nicht mitarbeiten zu wollen. Da beanspruchen wir als unser gutes Recht, daß die Ergänzungswahlen so vollzogen werden, daß die gesamten Deputationsitze auf diejenigen Fraktionen, welche in den Deputationen mitarbeiten wollen, verteilt werden. Ich bedaure, daß meine Fraktion über die Entwicklung der Dinge in dieser Frage nicht orientiert worden ist, nachdem früher Verhandlungen der Fraktionsführer über die Besetzung der Deputationen stattgefunden hatten. Eine Berechtigung politischer Forderungen, wie die Stellungnahme der unabhängigen Sozialdemokratie gegenüber der Reichsregierung mit dieser rein formalen und bremischen Angelegenheit der Beteiligung an den Deputationen zu verquicken, können wir in keiner Weise anerkennen. Wir widersprechen einer Hinausschiebung und halten irgendwelche Verhandlungen mit den Unabhängigen für überflüssig. Wir beanspruchen, nach dem Verhältnis der Stärke unserer Fraktion bei den Sitzen in den Deputationen voll berücksichtigt zu werden, als unser gutes Recht. (Lebhafter Beifall rechts.)

Dr. Künzler: Unsern Standpunkt habe ich bereits dargelegt. Es kann sich daran nichts ändern, wenn Herr Peine uns wieder, ohne es irgendwie begründen zu können, unterschiebt, daß die für unser Verhalten gegebene Begründung nur ein Vorwand sei. Ich will nur dem widersprechen, wenn Herr Peine das Verhalten

seiner Partei damit zu rechtfertigen sucht, daß seine Partei in der Reichsregierung vertreten und daher verpflichtet sei, die Reichsregierung zu unterstützen. Die gesetzgebende Körperschaft und die sozialdemokratische Partei in Bremen muß doch in der Lage sein und am besten in der Lage sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob der Belagerungszustand hier gerechtfertigt ist oder nicht, und wir verlangen nichts weiter von ihr, als daß sie bei der Reichsregierung ihre Meinung, daß der Belagerungszustand ungerechtfertigt sei, zum Ausdruck bringen solle. Das hat sie nicht getan. Sie hat zwar eine Erklärung abgegeben, aber eine Erklärung, die rein theoretisch ist, einen dem entsprechenden Beschluß in der Nationalversammlung hat sie nicht gefaßt, sondern uns in Stich gelassen und somit die rechtsstehenden Parteien und die Reichsregierung in der Verhängung des Belagerungszustandes unterstützt.

Faust (U. S.): Was wir von der Partei der M. S. verlangen, ist weiter nichts, als das, was der Senat ihr bereits vorweggenommen hat. Der Senat hat die Senatoren Dr. Rebelthau und Winkelmann nach Berlin geschickt, um bei der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen, der Senat wünsche, daß der über Bremen verhängte Belagerungszustand aufgehoben werde. Also wir verlangen von Ihnen weiter nichts, als daß Sie diesen Wunsch durch einen Mehrheitsbeschluß unterstützen. Das haben Sie nicht getan. Es ist ein Monstrum, daß der Senat von der Reichsregierung etwas verlangt, was die Nationalversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt hatte. Das ist noch niemals vorgekommen. Es ist aber ein Präzedenzfall. Wir verlangen, wie gesagt, weiter nichts, als daß Sie sich hinter Winkelmann stellen. (Zuruf von links.) Wenn Sie das anders darstellen, so ist das eine Verdächtigung, um nicht zu sagen eine Verleumdung unserer Partei — — — (Lebhafte Zwischenrufe von links) sowohl im Plenum — — —

Präsident: Es ist doch sonst immer Ihre Gewohnheit gewesen, Ihre eigenen Redner reden zu lassen. (Drehtmann: Wenn Zwischenrufe von der anderen Seite gemacht werden, kann man sich doch nicht alles gefallen lassen!) Es wird den U. S. mit Hartnäckigkeit immer wieder eine Unterstellung gemacht, es wird gesagt, daß sie nicht mitarbeiten wolle.

Faust: Es ist aber durch unsere Mitarbeit im Hause erwiesen, daß das, was Herr Peine ausgeführt hat, gar nicht wahr sein kann. Wir haben uns direkt gerissen um die Sige in den Kommissionen und Deputationen, um nicht zu sagen geschächert. Das ist also eine Verdächtigung, die durch nichts begründet ist, und die ich zurück weise. Unsere Stellungnahme wird allein durch die Frage des Belagerungszustandes bestimmt. Deshalb stelle ich hiermit den Dringlichkeitsantrag:

Die Nationalversammlung möge den Senat veranlassen, die Aufhebung des Belagerungszustandes bei der Reichsregierung zu beantragen.

Präsident: Herr Faust, Sie stellen einen Dringlichkeitsantrag. Den kann ich nach § 45 unserer Geschäftsordnung nicht zulassen. Es hat keinen Zweck, daß wir darüber die Debatte wieder eröffnen.

Faust: Es ist aber doch wünschenswert, daß —

Präsident: Das gebe ich zu, aber die Geschäftsordnung steht dem entgegen.

Dr. Kunkler (U. S.): Darf ich dann fragen, mit welcher Bestimmung der Geschäftsordnung seinerzeit begründet worden ist, daß Herr Peine zu unserm Antrage auf Freilassung der politischen Gefangenen einen neuen Antrag stellte? Unser Antrag war damals abgelehnt worden; daraufhin beantragte Herr Peine, die Schutzhaftgefangenen freizulassen, und zwar mit Dringlichkeit. Diese Dringlichkeit wurde genehmigt, und diese Dringlichkeit wurde mit einem Amendement Wenhold beschlossen. Mir ist aus der Geschäftsordnung nicht bekannt, daß ein Dringlichkeitsantrag nicht auch im Verlauf der Sitzung gestellt werden kann.

Präsident: Der Antrag Peine war nach meiner Auffassung eben ein anderer. Sie hatten die Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen verlangt, während Herr Peine nur die in Schutzhaft befindlichen freigelassen haben wollte. Und das war entschieden ein Unterschied. Deshalb war der Dringlichkeitsantrag Peine zulässig. Das ist auch die Auffassung des gesamten Geschäftsvorstandes.

Dr. Kunkler (U. S.): Ich verstehe den Herrn Präsidenten so, daß er die Unzulässigkeit des Antrages mit § 45 begründet. Demgegenüber bestehen wir auf unsern früheren Ausführungen, daß für einen Antrag, dessen tatsächliche Voraussetzungen fortlaufenden Änderungen unterworfen sind, diese Bestimmung nicht einschlägig ist, weil wir meinen, daß dieser § 45 nur beabsichtigt, eine fortwährende Behandlung von bereits abgelehnten Anträgen auszuschließen.

Präsident: Es dürfte zu weit gehen, wenn ich hier die Veränderungen, die in Bezug auf den Inhalt des Antrages innerhalb oder außerhalb des Hauses etwa erfolgt sind, untersuchen wollte. Das kann ich als Präsident nicht unterscheiden. Und deshalb muß ich auf dem Standpunkt beharren — über den wir uns in einer früheren Sitzung ja auch schon einmal ausgesprochen haben, — daß dieser Antrag Faust unzulässig ist. Sollten aber die sämtlichen anwesenden Damen und Herren wünschen, daß über diesen Antrag verhandelt wird, so würde ich dem nicht entgegen sein. Aber ich würde nicht gestatten, daß eine Minorität geknebelt würde gegen die Geschäftsordnung.

Waigand (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, die Sache liegt doch nicht so, wie Herr Faust sagt, der Senat hätte doch ohne unsern Wunsch zugestimmt und ist aus sich selbst

nach Berlin gereist, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu erreichen. Da möchte ich Herrn Faust doch sagen, daß die Senatsvertreter doch nur auf unsern Fraktionsbeschuß hin nach Berlin gegangen sind. Wir haben doch veranlaßt, daß die Herren Senatoren Winkelmann, Deichmann und Rebelthau nach Berlin gefahren sind.

Peine (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Faust sagt, es sei eine Unterstellung, er drückt sich sogar noch ungnädiger aus, eine Verleumdung, wenn gesagt werde, es handle sich bei dem Verhalten der U. S. um einen Vorwand. Ich glaube ja nun nicht, daß Herr Faust das so ernst gemeint hat. Aber ich möchte doch darauf hinweisen: unter dem Belagerungszustand haben Ihre Parteigenossen in verschiedenen Deputationen schon mitgearbeitet. Sie haben sich mit uns bemüht, in interfraktionellen Besprechungen die Verteilung der Deputationsitze zu erledigen. Wir haben unsern Einfluß auf den Senat geltend gemacht, in Berlin zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind zerfallen, sie haben nicht zum Ziele geführt. Jetzt verlangen Sie von uns, wir sollen Ihren Antrag apportieren. Uns kommt es doch auf die Sache an. Sie aber sagen sich: wir bringen unsern Antrag ein, der wird ja doch nicht angenommen, und wir können uns um die praktische Mitarbeit drücken. (Lebhafter Widerspruch links.) Ich habe den Eindruck, den jeder gewinnen muß, daß der Hinweis auf den Belagerungszustand ein Vorwand ist. Und es ist Ihre Schuld, wenn dieser Eindruck weiter bestehen bleibt. Wenn es so wäre, wie Sie sagen, dann hätten Sie ja von vornherein die Mitarbeit verweigern müssen. Aber es ist wahrscheinlich nachher jemand aus Berlin gekommen, der den Auftrag gehabt hat, Ihnen das beizubringen. (Heiterkeit.)

Dr. Hertel (Chr. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist hier in der Versammlung erwähnt worden, daß es für jede Partei eine außerordentlich vornehme Aufgabe sei, die Interessen der Minderheit zu vertreten, auch sie zu schützen. Das muß ich Ihnen ganz offen sagen, daß ich in der heutigen Versammlung davon nichts gemerkt habe. Ich habe wohl öfter bemerkt, daß die Rechte der Minderheit nicht geschützt sind. Sie zwingen uns dazu, daß wir eventuell auch Obstruktions-Politik treiben. Wenn unsere Partei noch so klein ist, Obstruktion könnte sie doch machen. Aber wir glauben nicht, daß wir es notwendig haben. Wir haben das Vertrauen in die Mehrheit dieses Hauses, daß sie noch Rücksicht nimmt auf die Minderheit. Ich werde Gelegenheit nehmen, darauf zurückzukommen. Ich werde auch später Gelegenheit haben, Ausführungen zu machen, zu denen des Herrn Dr. Künkler in Bezug auf Richtigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Belagerungszustandes und

der übrigen Rechte, die in Bremen zu unserm Bedauern nicht gewahrt sind. Aber ich habe geglaubt, das noch hinauszuschieben zu sollen, bis das Maß voll ist. Ich habe das Vertrauen, daß es doch noch Parteien gibt, die Rücksicht auf die Minderheit nehmen. (Linda u.: Die U. S.) Ich persönlich lege gar keinen Wert darauf, in irgendeine Deputation hineinzukommen, ich habe gar keine Zeit dazu, in den Deputationen tatkräftig mit zu arbeiten, aber meine beiden Freunde, die, glaube ich, sind es ihren Tausenden von Wählern schuldig, geltend zu machen, daß sie Sitz und Stimme bekommen. Denn wenn die Zahl der National-Versammlungs-Mitglieder von 200 auf 50 und soviel reduziert ist, dann wird das Verhältnis ja ein ganz anderes.

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube zwar nicht, daß wir uns mit Herrn Peine verständigen werden über diese Frage. Ich will aber noch auf seine Deduktion eingehen, daß wir früher in den Kommissionen und auch in einer Deputation mitgearbeitet hatten, und es also ein Vorwand sein müsse, wenn wir jetzt auf den Gedanken kämen, uns der Mitarbeit zu entziehen. Ja, meine Damen und Herren, man wird doch zugeben müssen, daß ein Zustand, wie es der Belagerungszustand ist, mit der Zeit immer unerträglicher wird. Sie müssen sich doch sagen, daß bei Fortdauer der Verhältnisse, wie wir sie hier haben, in denen wir immer klarer erkennen mußten, daß Sie uns auch in keiner Weise entgegenkommen, daß wir da auch immer klarer erkennen mußten, daß so ein Zusammenarbeiten mit Ihnen in den laufenden Geschäften des Staates unmöglich sei. Gewiß haben wir früher mitgearbeitet, aber als wir im Laufe der Zeit erleben mußten, wie Ihre Stellungnahme immer mehr einer Unterdrückung der persönlichen Freiheit zuführte, daß unsere Genossen bis zu 53 Tagen im Gefängnis schmachteten, auf der andern Seite Antrag auf Antrag von Ihnen rundweg abgelehnt wurde und zwar auch da, wo Sie erklärten, materiell mit uns einverstanden zu sein, da mußten wir erkennen, daß es keinen Zweck für uns habe, uns mit Ihnen an denselben Tisch zu setzen. Gelegenheit, uns zur Mitarbeit zu gewinnen, haben Sie jeden Tag. Sie brauchen nur unsern Antrage zuzustimmen. Zu der Verhandlung des Senats in Berlin ist unsere Stellung einfach die: der Reichsregierung wäre sie in einem ganz andern Lichte erschienen, wenn die Mehrheit der Nationalversammlung sich dahinter gestellt hätte, als wenn Herr Winkelmann erklärte: die U. S. haben es getan.

H. S. Meyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Unstimmigkeit hinweisen, die in dem Verhalten der U. S. liegt. Ich will einmal annehmen, daß wirklich eine Einigung zustande käme, und es würde eine Neuwahl im Sinne der U. S. erfolgen, und es würde dann in den näch-

sten Tagen oder nach einigen Tagen ein neues Moment auftreten, das wiederum die U. S. veranlaßt, eine Forderung zu stellen, der die andern Parteien nicht zustimmen. Falls das geschieht, hätten wir wiederum eine Neuwahl vorzunehmen. Ich halte das für außer- gewöhnlich ungewöhnlich. (Drettmann: Eine ganz unverständige Bemerkung!)

Präsident: Herr Drettmann, ich muß eine derartige Bemerkung zurückweisen.

Die Debatte ist geschlossen.

Peine (M.-S.): Ich beantrage die Wahl bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Präsident: Herr Peine beantragt Vertagung der Wahlen bis zur nächsten Sitzung. Ich nehme aber an, das bezieht sich nicht auf Punkt VI: Wahl der Kommission wegen Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes. (Peine: Nein!)

Nr. VI der Tagesordnung:

Wahl der Kommission wegen Errichtung eines Volkswohlfahrtsamtes. (13 Mitglieder.)

Fauth (M.-S.): Ich schlage vor

1. Frau Harder,
2. Frau Bardenheuer,
3. Blanke,
4. Klemann,
5. Hedler.

Wenhold (D.):

6. Frau Bahnson,
7. J. Cordes,
8. Hormann.

Präsident: Herr Drettmann, wen schlagen Sie vor?

Drettmann (U. S.): Ich habe nichts hinzuzufügen, Herr Präsident!

Dr. Gildemeister (L.-B.):

9. Frau Dr. Rodewald.
10. Bode.

Fauth (M.-S.):

11. Frau Jensen,
12. Christians.

Wenhold (D.):

13. Karrenberg.

Präsident: Erfolgen weiter Vorschläge?

Dr. Gildemeister (L.-B.):

14. Dr. Schelb.

Zur Geschäftsordnung

Wenhold (D.): Ich möchte vorschlagen, daß wir genau so verfahren wie bei den übrigen Deputationen und Kommissionen, daß wir also zunächst nur zehn Mitglieder und die drei übrigen, auf die die U. S. Anspruch haben, in der nächsten Sitzung wählen, wenn die Ergänzungswahlen zu den übrigen Deputationen und Kommissionen vorgenommen werden.

Präsident: Nach der Verhältnisswahl haben die Herrn vom Landesverbande in diesem Falle keinen Anspruch auf einen Platz.

Fauth (M.-S.): Ich möchte mich dem Vorschlage des Herrn Wenhold anschließen.

Präsident: Dann werden vorläufig nur zehn Plätze besetzt, und drei bleiben frei. Es sind also vorgeschlagen: 1. Frau Harder, 2. Frau Bardenheuer, 3. Blanke, 4. Klemann, 5. Hedler, 6. Frau Bahnson, 7. J. Cordes, 8. Hormann, 9. Frau Dr. Rodewald, 10. Bode. Wenn kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich die zehn Damen und Herren für gewählt. Ich bitte Frau Bahnson, die Kommission einzuberufen.

Nr. VII der Tagesordnung:

**Antrag,
betr. einen Flughafen und eine
Flugzeugstation in Bremen.**

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, dafür zu sorgen, daß so schnell wie möglich in Bremen ein Flughafen mit Flugzeugstation hergerichtet wird, daß evtl. einer Gesellschaft unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen das hierfür erforderliche Gelände zur Verfügung gestellt wird.

Dr. Hertel (Chr. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Augenblick, wo ich im Begriff stehe, unseren Antrag zu begründen, sind mir Bedenken praktischer Art über die Ausführbarkeit und die Durchführbarkeit des Antrages zur Zeit entgegengehalten worden. Mit Rücksicht auf unsere sehr reiche Tagesordnung will ich diese Bedenken im einzelnen nicht erörtern, sondern gleich darauf aufmerksam machen, daß ich nach einer Unterredung mit Herrn Runoth den Antrag ändere und ihm folgende Fassung gebe:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, darüber Bericht zu erstatten, ob es sich empfiehlt und ermöglichen läßt, in Bremen einen Flugplatz mit Flugstation zu errichten.

Ich glaube, daß es nicht notwendig ist, ausführlich Gründe für diesen Antrag vorzutragen. Eventuell bin ich bereit, falls Gegengründe in die Debatte geworfen werden, sie nachher zu entkräften. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Errichtung eines Flughafens

mit einer Flugstation für Bremen einen großen Fortschritt bedeuten würde. Es handelt sich um ein Unternehmen, das von allen Seiten, von den Vertretern aller Parteien unterstützt werden sollte. Die Errichtung eines Flughafens ist nicht unter einem Parteinägel, sei es des demokratischen oder des kommunistischen oder des rechten Winkels (Heiterkeit) zu betrachten. Bei Errichtung eines Flughafens handelt es sich allein darum, ob es im Interesse Bremens ist, daß wir endlich in Bremen das bekommen, was andere Städte längst haben. Ich erinnere an Hamburg, an Braunschweig, an Hannover, an Berlin, an Gelsenkirchen, an Travemünde und viele andere Städte, die einen Flugplatz haben, manche Städte, die kaum auf einer Karte verzeichnet sind. Vor einiger Zeit stand in der Weser-Zeitung ein Artikel, worin geschildert wurde, daß man, nachdem vor kurzem ein Flug von London nach Amerika geglückt sei, man in kurzer Zeit auch von Hamburg nach Amerika durch die Luft werde fahren können. Von Bremen hört man in dieser Beziehung gar nichts, hier rührt man sich nicht. (Lindau: Doch! Belagerungszustand! Unruhe. Präsident: Ich bitte um Ruhe! Bitte, fahren Sie fort, Herr Doktor!) Ich habe auf andere Städte hingewiesen, die das bereits haben, was wir jetzt für Bremen beantragen. Im Interesse der Allgemeinheit lassen sich mehrfache Gründe dafür anführen. Ich weise zunächst darauf hin, daß eine große Anzahl von Arbeitern lohnende Beschäftigung bei den Landarbeiten bekommen werden. Wir werden dafür sorgen, daß auch die Industrie Gelegenheit hat, auf diesem Gebiete sich zu betätigen. Der Fremdenverkehr in Bremen wird davon viel Nutzen haben, und dieser Fremdenverkehr liegt im Interesse des Mittelstandes und der Leute, die an belebten Straßen Läden oder sonstige Einrichtungen haben, die im Interesse der Allgemeinheit sind. Es fragt sich nur, — und das war die Doppelseitigkeit meines ersten Antrages — ob der Bremer Staat die Einrichtung schaffen soll, oder ob ein Privatunternehmen sich damit beschäftigen soll. Auf die Doppelseitigkeit des Antrages bin ich gekommen, weil die sozialdemokratische Partei in Weimar erklärt hat, daß es nicht im Interesse des Sozialismus liege, daß das Verkehrsweisen Privatgesellschaften überlassen werde. (Sehr richtig!) Damit werden wir uns ja demnächst zu befassen haben. Auf jeden Fall muß aber der Bremer Staat eingreifen und der Gesellschaft das erforderliche Land zur Verfügung stellen. Kaum aber wird bekannt, daß so etwas gefordert wird, da ergreifen schon die Landbesitzer die Gelegenheit, dagegen Front zu machen. Die Herren sind angst, daß ihnen etwas von ihrem Lande genommen werden könne. Der Herr Präsident hat zu Beginn der Sitzung ein Schreiben eines Landbesitzers verlesen, in dem der Herr erwähnt, daß außer Dr. Hertel keiner der Landbesitzer freiwillig Land dazu hergeben wolle. Offen gesagt, mir liegt gar nichts daran, das Land hierfür

zu verkaufen (Heiterkeit. Zurufe.), denn je länger das Land liegen bleibt, desto wertvoller wird es, und es jetzt zu verkaufen, darauf verzichte ich gern. Aber die Bevölkerung hat das größte Interesse daran, denn hier heißt es: Es lebe der Verkehr! Und wenn der Grundsatz befolgt wird, müssen selbstverständlich die Interessen der Einzelnen den Interessen der Gesamtheit gegenüber beschränkt oder beschnitten werden. Ich warte darauf, ob sich in der Debatte Einwendungen gegen meinen Antrag geltend machen, und ich werde nachher Gelegenheit nehmen können, darauf einzugehen. Ich bitte, den abgeänderten Antrag annehmen zu wollen:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, darüber Bericht zu erstatten, ob es sich empfiehlt und ermöglichen läßt, in Bremen einen Flughafen mit Flugstation zu errichten.

Heinzler (M.-S.): Meine Damen und Herren! Nachdem Herr Dr. Hertel den Antrag abgeändert hat, habe ich für meine Fraktion die Erklärung abzugeben, daß wir für den Antrag in dieser Form stimmen werden.

Lindau (U. S.): Auch ich schließe mich dem Vorredner an. Ich möchte dabei betonen, daß eine Privatgesellschaft dafür nicht in Betracht kommen darf. Wenn Herr Dr. Hertel auf andere Städte hingewiesen hat, die bereits Flugplätze haben, so ist das richtig. Er hat dabei auch Braunschweig genannt. Darüber kann ich aus eigener Anschauung berichten, da Braunschweig meine Heimat ist. Von Braunschweig aus sind auch bereits Flüge nach dem Brocken unternommen. Dabei muß allerdings erwähnt werden, daß das nur ein Vergnügen für die oberen Zehntausend ist, die anderen können sich das nicht leisten, die laufen mit Holzpantoffeln auf der Erde umher. Das kann uns dafür allerdings nicht begeistern. Und wenn Herr Dr. Hertel darauf hingewiesen hat, daß es im Interesse unserer Handelsstadt doch sehr zu begrüßen wäre, wenn hier eine Flugstation eingerichtet würde, so würde ich das doch solange für verkehrt halten, solange der Belagerungszustand nicht aufgehoben ist. (Heiterkeit.) Ja warten Sie doch ab! Wenn der Belagerungszustand eine dauernde Einrichtung bei uns bleibt, kann es vorkommen, daß ein irbeliebiger Spartakist über Bremen in der Luft umhergondelt, und wenn Herr von Engelbrechten dann noch den Belagerungszustand über Bremen verhängt hat, und man bemerkt, daß ein Spartakist über Bremen dahinfährt, dann muß Major von Engelbrechten den Befehl geben, daß der Spartakist verfolgt wird, und dann gondelt vielleicht ein regierungstreues Flugzeug hinter dem Spartakisten her, und dann kann es Herrn Dr. Hertel passieren, daß der Spartakist eine Bombe auf den Kopf des Herrn Dr. Hertel fallen läßt. Aus diesem Grunde muß der Belagerungszustand vorher aufgehoben werden! (Bravo rechts.)

* Runoth (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Demokratische Fraktion will die Förderung des Flugverkehrs in jeder Weise unterstützen. Ich habe Herrn Dr. Hertel den Antrag übergeben, der dem Herrn Präsidenten überreicht ist. Wir halten den Weg für besser, denn wir können nicht einfach beschließen, daß der Senat ersucht wird, so schnell wie möglich einen Flugplatz zu errichten. Wir müssen erst einen Bericht abwarten. Der Flugzeugverkehr befindet sich noch im Anfang der Entwicklung. Es sind auch schon bittere Erfahrungen damit gemacht worden. Die Kinderkrankheiten müssen und werden überwunden werden. Von verschiedenen Plätzen haben wir erfahren, daß durch die mit dem Flugzeugverkehr verbundenen Gefahren viele Leute davon abgehalten werden, sich Flugzeugen anzuvertrauen. Aber wir sind der Meinung, daß Bremen als Seeverkehrsplatz alles tun muß, um bei dem Flugverkehrswesen die Führung mit zu übernehmen, besonders dann, wenn die Kinderkrankheiten überwunden sein werden. Es handelt sich um das Schnelltransportmittel der Zukunft, jedenfalls für Personen und Briefe. Für den Flugzeugverkehr besitzt das Militär Material und Personen genug, um auf diesem Gebiet sofort auch für den Privatverkehr das Nötige stellen zu können. Die Umstellung der Kriegstransportmittel in Friedenstransportmittel ist sehr schnell erfolgt. In vielen Städten wurden im Kriege Militärflugplätze und Fliegerschulen eingerichtet, in anderen sind inzwischen neue Anlagen geschaffen. Nur Bremen hat derartiges nicht, Bremen ist zurückgeblieben. Nun meine ich, daß wir in Zukunft mit an der Spitze stehen müssen. Luft- und Seeverkehr müssen Hand in Hand gehen. Bremen darf sich von Berlin und Hamburg nicht überflügeln lassen. Für Berlin wird eine Flugzeugverbindung mit Sylt und andererseits mit Norderney geplant. Sylt kommt ja für Bremen nicht in Frage. Wohl aber könnte Bremen als Zwischenstation für den Luftverkehr Berlin-Norderney dienen. Das Flugverkehrswesen könnte für Briefe insofern ausgestaltet werden, als durch Flugzeuge Briefe den abfahrenden Dampfern nachgeschickt werden könnten, andererseits könnten von den einfahrenden Schiffen die Briefe für das Inland abgeholt und Bremen als Zwischenstation benutzt werden. Für uns sind also folgende Gründe für die Anlegung eines Flugzeughafens maßgebend:

1. Die drohende Überflügelung durch Berlin zu vermeiden.
2. Bremen möglichst schnell Anschluß an das deutsche Luftlinien-Netz zu geben.
3. Die Möglichkeit, das Gelände noch preiswert zu erwerben.
4. Die aus Heeresbeständen zur Zeit zum Verkauf kommenden Heeresgüter für Flugplätze (Hallen, Werkstätten usw.) billig zu erwerben, die evtl. später überhaupt nicht, oder nur sehr teuer zu erhalten sind.

5. Die Möglichkeit der Schaffung von Arbeit für Arbeitslose.

6. Die Gründungszeit, in denen die Fabriken gewillt sind, Luftreedereien finanziell zu unterstützen, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Wir können jetzt vielleicht noch im Neuenland oder auf dem Exerzierplatz einen geeigneten Platz preiswert erlangen. Von anderer Seite ist auch der Rennplatz in der Bahr vorgeschlagen, doch gehen die Meinungen wegen dieses Platzes sehr auseinander. Jedenfalls sollte sich der Staat die Sache nicht aus der Hand nehmen lassen. Er muß den Flughafen wie den Seehafen selbst besitzen. Das Uebrige soll der Industrie überlassen bleiben. (Sehr richtig!) Folgen Sie bitte dem Antrage und stellen Sie sich auf den Standpunkt, daß Bremen sich nicht von anderen Städten ausschalten lassen darf.

Meinert (Rl.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wir stimmen dem geänderten Antrage gern zu und hätten auch dem vorigen Antrage unsere Unterstützung gewährt. Es muß alles getan werden, die Kräfte wieder mobil zu machen. Gerade in der Flugzeugindustrie liegt noch eine große Entwicklung, die mancher Kraft in Bremen wieder zur Tätigkeit verhelfen wird. Wir meinen aber, daß die grundsätzliche Stellungnahme der Linksparteien der ganzen Sache nur gefährlich werden kann, wenn von vornherein eine Verstaatlichung vorgenommen wird. Selbstverständlich muß der Staat die ganze Sache in die Hand nehmen und zunächst das Projekt in Fluß bringen, um dadurch von vornherein Gewähr für die Wahrung der Allgemeininteressen zu gewährleisten. Wir glauben aber, daß man alles tun muß, der Flugzeugindustrie, die jetzt durch die sechsmonatige Sperre der Ein- und Ausfuhr gehemmt ist, Aussicht zu schaffen, daß sie hier neue Tätigkeitsgebiete findet. In dem Augenblick, wo die Sache wieder bürokratisch verstaatlicht wird, da wird gerade im Punkt des Flugzeugbaues sich manches schief entwickeln zuungunsten des Verkehrs. Wir haben auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens gesehen, wie überall zunächst die private Unternehmung Pionierdienste leisten mußte, bevor sich der Staat der Sache annimmt. Nur die Konkurrenz kann uns hier das allerbeste liefern, und wir möchten deswegen von vornherein mit auf den Weg geben, daß man möglichst eine allgemeine Konkurrenz heranzieht und namentlich auch hinsichtlich der Konkurrenz des Auslandes daraus die Folge ziehen sollte, möglichst selbsttätig und nicht so unter staatlicher Kontrolle zu wirtschaften.

H. S. Meyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst muß ich darauf hinweisen, daß diese Versammlung bezüglich der Frage der Entwicklung des Luftverkehrs nicht der zuständige Ort ist. Dafür gibt es in Berlin das Reichsluftamt.

Daselbe bearbeitet diese wichtige Angelegenheit seit längerer Zeit ausführlich, und zwar in Gemeinschaft mit den Vertretern der größeren Gliedstaaten. Geplant ist zunächst ein gemischt wirtschaftlicher Betrieb, an dem sich das Reich und die Flugzeug-Industrie beteiligt. Genauere Pläne hierfür sind z. Bt. in Bearbeitung. Bei der Art des Luftverkehrs kann die Organisation desselben nur vom Reiche ausgehen, und man muß sich von vornherein klar sein, daß ein Bundesstaat von der Größe Bremens für eigene Behandlung dieser Frage überhaupt nicht in Betracht kommt. Selbst das Reich ist hierfür eigentlich zu klein. Die meisten Ausführungen des Herrn Vorredners übersehen, daß wir auf dem Gebiete des Luftfahrwesens noch vor vielen ungelösten Fragen stehen, und es wäre verfrüht, wenn wir hier jetzt, koste es was es wolle, einen Flugplatz schaffen würden. In anderen Städten, die hier erwähnt wurden, sind bereits Militärflugplätze vorhanden, während dies in Bremen nicht der Fall ist. Es ist auch unrichtig, wenn man glaubt, daß von den Ozeandampfern aus ein Luftverkehr nach Bremen stattfinden würde, wenn man einen Flugplatz hätte. Wenn ein derartiger Dienst zur Durchführung käme, würde er sicher nach des Reiches Mitte gelenkt werden, denn die Ausnützung der großen Schnelligkeit der Flugzeuge ist nicht für viele Zwischenlandungen geeignet. Auch bei der Frage des Väterdienstes liegt die Sache ähnlich. Auch hier wird Bremen wenig davon haben. Bezüglich der Kosten darf man sich keinen falschen Hoffnungen hingeben, wenn man einen wirklich praktischen und zweckmäßigen Flugplatz schaffen will. Trotz dieser Bedenken bin ich durchaus damit einverstanden, daß der Senat aufgefordert wird, über diese Sache zu berichten, glaube aber nicht, daß dabei irgend etwas praktisch Greifbares heraus kommt. Das ist aber auch nicht so dringend, denn meines Erachtens wird die Entwicklungszeit des Luftverkehrs noch 5—10 Jahre dauern.

Reine (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, um der Auffassung zu begegnen, die darauf abzielt, daß nur der kapitalistische Betrieb in der Lage wäre, eine Sache zu ihrer höchsten Entwicklung zu bringen. Ich will nur auf eines hinweisen: jeder wird zugeben, daß die deutschen Konsumgenossenschaften, die keine kapitalistischen Betriebe sind, eine glänzende Entwicklung durchgemacht haben, ohne daß der kapitalistische Nutzen dabei der Antrieb gewesen ist. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß in Zukunft der Unternehmer nur mehr als Funktionär betrachtet wird, daß es mit der kapitalistischen Profitmacherei aufhört, daß der auf den persönlichen Nutzen hinausgehende Antrieb ausgeschaltet wird, und daß ein ebenso großer Antrieb die Erkenntnis und das Bewußtsein ist, für die Allgemeinheit zu streben. Diese Konsumgenossenschaften sind Millionenbetriebe, die zur

höchsten Blüte gebracht worden sind bei Gehältern, die im Vergleich zu denen der Direktoren und Besitzer kapitalistischer Betriebe lächerlich klein zu nennen sind. Daraus geht hervor, daß es wohl möglich ist, auch ohne kapitalistischen Gewinn die Wirtschaft und den Staat wieder in die Höhe zu bringen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Dr. Hertel (Christl. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ein paar Worte: Wenn Herr Meyer Bedenken vorgetragen hat, daß der Verkehr erst in fünf bis sechs Jahren sich so entwickelt haben werde, wie es nötig ist, dann würde Bremen also erst in sieben bis acht Jahren das bekommen, was andere Städte jetzt schon haben. Denn Sie können heute schon von Berlin nach Kopenhagen in drei Stunden fahren. Von Bremen könnten Sie, wenn hier eine Flugstation errichtet würde, in wenigen Stunden nach Kopenhagen und nach Berlin, ja nach London fahren: denn das wird für die Bremer Kaufleute doch auch wieder in Betracht kommen. Wenn der Senat will, dann kann er in der nächsten Woche hier Flugzeuge haben, dann kann der Bremer, dann kann der Fremde, dann kann jeder Mensch von hier aus fahren, wohin er will. (Zuruf links: Wenn er Geld hat!)

Der Antrag Hertel wird angenommen.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Antrag, betr. einmalige Teuerungszulage für Kriegsbeschädigte.

Die Bremische Nationalversammlung beschließt, allen bedürftigen Kriegsbeschädigten eine einmalige Teuerungszulage (Entschuldungssumme) aus Mitteln des bremischen Staates zu gewähren. Als bedürftig im Sinne des Antrages sind alle die Kriegsbeschädigten anzusehen, welche nicht mehr als 5000 M. Jahreseinkommen beziehen. Der Betrag der Teuerungszulage soll betragen bei 10—50 % Erwerbsunfähigkeit 250 M., bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50—100 % 500 M. Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Behörden anzuweisen, daß die Auszahlung baldmöglichst erfolgt.

Lindau (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist Ihnen ja wohl bekannt, daß wir der Reichsregierung, sowohl der früheren wie der jetzigen, nicht ganz viel Vertrauen entgegenbringen. Wir haben wenig Vertrauen in die Reichsregierung, daß sie den „Heldenlöhnen“ des deutschen Volkes, wie sie sie nennt, gerecht werden will, zu denen sie früher immer gesagt hat: Der Dank des Vaterlandes ist euch

gewiß. Aber wenn einer der „gewesenen Herren“ einmal sagte: „Die beschämenden Zeiten, in denen der Staat den verstümmelten Kriegern die Drehorgel um die Schulter hing, werden auf immer vorbei sein“, so sind wir in der angenehmen Lage, diesem ausnahmsweise vollinhaltlich zustimmen zu können. Nur erwarten wir, daß es nicht bei den schönen Worten bleibt, wir möchten gerne Taten sehen! Leider gibt es auch heute noch im Deutschen Reiche viele Kriegsbeschädigte, die nicht wissen, wie sie sich und ihre Familie ernähren sollen. Viele sind derart in Not geraten, daß sie als Straßenhändler oder Hausierer ihr Leben mit dieser verschämten Bettelei fristen müssen. Das ist ein ebenso beschämender wie unwürdiger Zustand. Den Kriegsbeschädigten muß eine hinreichende Entschädigung gegeben werden. Es klang während des Krieges so wunderschön: der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! Wie sieht es nun in Wirklichkeit aus? Ein völlig erwerbsunfähiger Kriegsbeschädigter hat heute im Monat einschließlich aller Teuerungszulagen 147 M. Das macht täglich 4.90 M. Ich bitte Sie: 4.90 M. für einen Mann, der vielleicht vier Jahre draußen gewesen ist und jetzt ohne Arme und Beine ist. Denn wenn jemand völlig erwerbslos geschrieben worden ist, dann muß er mindestens so zum Krüppel geschossen sein, daß er tatsächlich nicht mehr arbeiten kann. Sind Sie wirklich der Meinung, daß das genügt? Da vom Reiche anscheinend nichts getan werden kann, haben wir aus den Reihen der Kriegsbeschädigten den Antrag aufgenommen, für Bremen wenigstens den Kriegsbeschädigten zu helfen. Es kommen für Bremen 7000 Beschädigte in Frage. Ich will nun nicht behaupten, daß alle Kriegsbeschädigten bedürftig im Sinne dieses Antrages sind, aber ein großer Teil wird es sein. Wir haben in Bremen 250 erwerbslose Kriegsbeschädigte. Leider haben nicht immer und nicht alle Arbeitgeber das nötige Verständnis für die Not der Kriegsbeschädigten. Viele Unternehmer und Gesellschaften haben es leider vergessen, daß ganz Deutschland den Leuten, welche mit Gut und Blut die Heimat und den kapitalistischen Mehrwert schützten, dankbar sein sollten. Das Gegenteil ist zum Teil der Fall. Wo man kann, werden keine Kriegsverletzten eingestellt, oder aber unter irgend einem Grunde wieder entlassen. Auch sollte kein anständiger Unternehmer die Rente auf den Lohn verrechnen. Ferner ist uns mitgeteilt, daß in einem Anwaltsbureau ein zu 75 % kriegsbeschädigter Beinamputierter zu einem Monatsgehalt von 115 M. angestellt ist. (Zuruf: Der Dank des Vaterlandes!) Jawohl, der Dank des Vaterlandes! Dieser Mann hat einen Tagesverdienst von 8.30 M. mit Rente. Wir sind der Meinung, daß sich ein Bremer Anwalt schämen müßte, einen Mann zu einem solchen Hungerlohn anzustellen. (Zuruf: Namen nennen!) Wir wollen den Namen nicht nennen, weil ich das ver-

sprochen habe. Ich erwarte aber, daß der Anwalt, der den Bericht liest, sich das zu Herzen nimmt und künftig mehr bezahlt. Und da wundert man sich, wenn die Leute auf die Straßen gehen, und dann sagt man, die Leute seien aufgeputzt worden. Wir haben kein Interesse daran, daß diese Leute auf die Straße gehen. Die Verhältnisse sind aber so, daß die Leute von selbst dazu kommen, auf die Straßen zu gehen, um ihr Elend zu zeigen. Die Sätze sind so niedrig, daß es den Leuten ganz unmöglich ist, ihr Leben zu fristen. Die Kriegsbeschädigten wollen ja gar nicht den Dank des Vaterlandes haben, von dem ihnen soviel vorgerebet worden ist, sondern nur ihr Recht, das Recht, daß sie als Menschen menschenwürdig leben können. Viele sind durch jahrelanges Krankenbett derart siech und elend geworden, daß sie unbedingt einer Ortsveränderung bedürfen, sie müssen aufs Land, aber nicht im Sinne des Ausschusses für Siedlungsweisen, der da sagt: auf dem Lande ist Arbeit! Nein, sie müssen aufs Land, um sich vier Wochen ausruhen zu können. Aber dazu gehört Geld. Geld gehört auch deshalb dazu, weil die Leute, die lungenkrank sind, Zusatznahrungsmittel haben müssen. Die kosten wieder einen Haufen Geld. Die Leute, die nicht einmal die rationierten Lebensmittel kaufen können, sind noch viel weniger in der Lage, die Zusatznahrungsmittel zu kaufen. Da muß ihnen geholfen werden. Die Kriegsbeschädigten fordern vom Reiche eine ganze Blütenlese von kleinen Wünschen. Sie fordern außerdem, von Steuern verschont zu werden, sie fordern ferner, daß die Wohnungsnot durch großzügige Wohnungspolitik beseitigt werde. Sie fordern, daß das Kapitalabfindungsgezet für Sebstmachung verbessert werde, daß es auch auf die Städte ausgedehnt wird; bisher galt es bloß für das Landgebiet.

Der Bremer Staat ist ja in einer Beziehung vorbildlich vorgegangen, er hat sich große Ausgaben geleistet. So ist vom Staat mit der Fa. Finke ein Abkommen getroffen, wonach Mitglieder der Stadtwehr dort einen neuen Anzug für 225 M. kaufen können, während der heutige Preis 400 bis 700 M. ist. (Ruf von rechts: Also treten Sie in die Stadtwehr ein!) Die Kriegsbeschädigten warten aber noch immer auf die Anzüge, die man ihnen zugesagt hat. Jeder Soldat, der vielleicht vier Wochen vor der Revolution eingestellt ist, bekam einen Entlassungsanzug, aber die Kriegsbeschädigten, die drei bis vier Jahre im Felde alle Entbehrungen erlitten haben, warten noch immer auf ihren Entlassungsanzug und auf die 50 M. Entlassungsgeld. Die Reichsregierung hat ja auf ein Ersuchen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zugestimmt, aber die Kriegsbeschädigten hegen die Befürchtung, daß sie nur abgetragene Anzüge erhalten und daß die neuen Anzüge den Mitgliedern der Regierungsschutztruppe gegeben werden. Wir sind der Meinung,

daß das nicht geschehen darf. Wenn irgend jemand neue Anzüge verdient hat, so sind es die Kriegsbeschädigten.

Die Kriegsbeschädigten fordern ferner, daß die Verstümmelungszulage erhöht werde und daß die Unterschiede hierbei zwischen Offizieren und Mannschaften wegfallen. Es ist ein unwürdiger Zustand, wie er jetzt besteht. Es ist doch gleichgültig, ob es sich um Kopf- oder um Handarbeiter handelt, ferner, ob es sich um Verstümmelungen an den Gliedmaßen, oder ob es sich um innere Organe handelt. Kriegsbeschädigte, denen ein oder zwei Finger abgeschossen sind, erhalten die Verstümmelungszulage, wenn aber einer an der Lunge beschädigt ist, oder wenn ihm 12 Rippen zerbrochen sind, nicht, weil ja kein Glied beschädigt ist. Da muß unbedingt eine Aenderung eintreten. Dann ist es nicht gerechtfertigt, daß bei den Verstümmelungszulagen ein Unterschied zwischen Mannschaften und Offizieren gemacht wird. Mannschaften erhalten 324 M Verstümmelungszulage im Jahr, ein Offizier, und mag er noch so jung sein, 900 M Verstümmelungszulage. Wir sehen nicht ein, warum die Knochen der letzteren besser sein sollen als unsere Knochen. Genau so unberechtigt ist es mit den Wohnungszulagen. Gewöhnliche Kriegsbeschädigte erhalten keine Wohnungszulagen, Offiziere bekommen Wohnungszulagen von 800 bis 1500 M im Jahre. Als tuberkulos entlassene Soldaten können derweil in Notbaracken hausen, und dann wundert man sich über die Ausbreitung der Schwindsucht. Es muß gefordert werden, daß die Unterschiede in der Mannschftsversorgung und der Offiziersversorgung fallen, verschwinden in den Orkus muß das Mannschftsversorgungsgesetz in der jetzigen Gestalt. Die Verstümmelungszulage muß auch auf die inneren Organe ausgedehnt werden.

Dann möchte ich erwähnen, wie bescheiden unser Antrag ist, indem bei einer Erwerbsunfähigkeit bis 50% nur 250 M und über 50% nur 500 M Teuerungszulage gezahlt werden soll.

Die Renten selbst betragen bei einer Erwerbsunfähigkeit von 10% monatlich M 30,45, bei 20% M 39,90, bei 30% M 49,35, bei 40% M 65,10, bei 50% M 84,—, bei 60% M 96,60 Höchsthoch, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 100% wie gesagt M 147,—. Das sind die Renten für Leute, welche jahrelang in den Eisfeldern Rußlands oder in der fiebergeschwängerten Luft des Balkans und in der Eisenhölle des Westens ihre geraden Glieder fürs Vaterland ließen!

Die Kriegsbeschädigten wünschen ferner, daß ihnen unbedingt die Hilfe in der Not recht schnell, schlenkig zuteil werde. Vor allen Dingen ist eine Entschuldungssumme notwendig. Sehr viele von ihnen wissen nicht, wie sie ihre Schulden decken sollen. Es kommt hinzu, daß es keine Unwürdigen sind, denen wir das bewilligen müssen. Ganz Deutschland war sich einmal darin einig, daß man eine Dankeschuld an

alle abzutragen habe, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben. Insbesondere sind auch seiner Zeit die Bremer Nachrichten und darin Herr Runoth warm für die Helden eingetreten, die ihr Leben und ihre Gesundheit opferten, für die „lieben Brüder“, die ihr Blut für uns vergießen. Jetzt sollen die Herren beweisen, daß sie es ehrlich gemeint haben. Wir sind der Meinung, daß die Frage der Deckung hier gar keine Rolle spielt. Nach unseren Berechnungen würden für diesen Zweck höchstens 1½ Millionen herauskommen. Bei den großen Summen, die bewilligt sind, ist das eine verhältnismäßig kleine Summe. Und wenn nach Deckung gesucht wird, so möchte ich unseren Finanzminister Herrn Senator Donandt auf die Kriegsgesellschaften und die Aktiengesellschaften verweisen, die in diesem Jahre doch zum Teil wieder 20 bis 30% Dividende verteilt haben. An die sollte man herantreten und ihnen davon was über 10% ist mit starker Hand wegnehmen; dann hätte man Geld genug, um die Kriegsbeschädigten unterstützen zu können. So wäre die Deckungsfrage gelöst, und die Herren, die diese Prozente abgeben müßten, würden diesen „Eingriff in ihre staatsbürgerlichen Rechte“ kaum merken, zum mindesten aber leicht verschmerzen können. Lassen Sie, meine Herren, bei den Kriegsbeschädigten nicht die Gedanken aufkommen, welche Heinrich Heine in folgende Verse kleidete:

„Du armer Mann, dich haben sie auch
Gefchleppt zum Völkerrriege,
Und haben dich dann, so wie es Brauch,
Entlassen nach dem Siege.

Du ließest für sie an Fuß und Arm
Zum hilflosen Krüppel dich schießen,
Bis sie hinaus in Rot und Harm
Dich auf die Straße stießen.

Du hast mit deinem Gut und Blut
Milliarden ihnen erworben,
Und zu Hause sind mit gebrochenem Mut
Dir Weib und Kinder verdorben.

Und als du deine Pflicht getan
Mit Stechen, Schießen und Morden,
Und als du ein armer, elender Mann,
So elend wie keiner geworden,

Da nähten sie dir ein Kupferstück
An die Brust mit farbigem Bande
Und jagten dich von der Schwelle zurück
Als Bettler hinaus in die Lande.“

Handeln Sie heute anders, meine Herren, zeigen Sie einmal durch die Tat, daß wir von der Linken Sie bisher falsch einschätzten! Mögen die Kriegsbeschädigten nicht umsonst gehofft haben auf dieses hohe Haus. Vergessen Sie bei Ihren Worten nicht die Tat. Zeigen Sie meine Herren, daß Sie den Kriegsbeschädigten wirklich helfen wollen, und nehmen Sie

den Antrag einstimmig an. Das wäre der Dank des Vaterlandes. Aber verweisen Sie die Sache nicht wieder an eine Kommission, denn Sie wissen ja aus Erfahrung, daß aus Kommissionsberatungen meist nichts erspriechliches herauskommt. Es handelt sich darum, eine verhältnismäßig kleine Summe aufzubringen, die wir von der Linken beantragen. Beweisen Sie, daß es von Ihnen keine Phrase ist, wenn Sie immer gesagt haben, daß Sie den Helden danken wollen, wie sie es verdient haben. (Beifall links.)

Klenke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß als Kriegsbeschädigter sagen — und das ist wohl die Auffassung aller Kriegsbeschädigten — daß die Sache der Kriegsbeschädigten doch eine Sache bleiben muß, die man nicht lediglich zu einer Parteiangelegenheit machen sollte. (Sehr gut!) Ich fasse die Angelegenheit der Kriegsbeschädigten derart auf, daß sie eine Sache des gesamten Volkes sein muß. (Sehr richtig!) Sie muß es schon deshalb sein, weil die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten in Zukunft vor ganz gewaltigen Aufgaben steht. Wir verschließen uns keineswegs der Auffassung, daß tatsächlich in manchen Kreisen der Kriegsbeschädigten eine große Notlage vorherrscht. Deshalb stimmen wir der Tendenz dieses Antrages zu. Aber der Antrag selbst in seiner praktischen Durchführung stößt auf verschiedene Schwierigkeiten, die auch sicher Herr Lindau nicht verkannt hat. Schon die Feststellung der Bedürftigkeit ist nicht so einfach, ebenso, daß die Summe jetzt sofort auf einem Brett bezahlt werden soll. Sodann kommt die Schwierigkeit hinzu, daß noch fast täglich Kriegsbeschädigte entlassen werden und zu Rentenempfängern werden, daß ihr Einkommen aber überhaupt nicht festgestellt werden kann. Also insofern bestehen bestimmte Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten können wir nicht so kurzer Hand überwinden. Getaun muß etwas werden. Die größeren Kriegsbeschädigtenorganisationen stehen auf dem Standpunkt, ihre grundsätzlichen Forderungen gehen dahin, daß in erster Linie in der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten das Reich zuständig ist, und da muß in großzügiger Weise etwas getan werden, und nach dieser Richtung sind die Vorstände der großen Organisationen vorstellig geworden. Herr Lindau hat in seinen Ausführungen betont, geglaubt, es so darstellen zu müssen, als ob in dieser Beziehung noch nichts geleistet worden sei; er hat aber dann selbst zugeben müssen, daß hier und dort schon Erleichterungen eingetreten seien. Ich möchte feststellen, daß tatsächlich das Reich in dieser Beziehung schon etwas geleistet hat. (Lindau: Selbstverständlich!) Das haben auch die Organisationen anerkannt, und sie haben nur die Forderung aufgestellt, daß mehr geschehe. Man darf sich doch dem nicht verschließen, daß tatsächlich ab 1. Januar d. J. eine wesentliche Erhöhung in den allgemeinen Rentenbezügen

eingetreten ist. Einzelnen Kriegsbeschädigten sind nennenswerte Rentenzuschläge bewilligt, es ist eine Teuerungszulage gegeben in einem einmaligen Satz, und auch die laufende Rente ist wesentlich erhöht worden. Dabei will ich bemerken, daß durch diese erhöhten Rentenbezüge ab Januar der Prozentfuß für die Schwerkriegsbeschädigten von 50—100 % um 100 % erhöht ist. Ferner ist ab 1. Juni d. J. wieder eine Erhöhung um 40 % vorgenommen. Ferner ist für diejenigen, die vor dem 1. November v. J. entlassen sind, auch ein Entlassungsantrag und eine Abfindungssumme von 50 M. in Aussicht gestellt. Das hat allerdings noch nicht geschehen können, weil es mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft ist. Wenn die Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge uns als eine brennende Frage der Allgemeinheit angeht, und wir Kriegsbeschädigten das größte Interesse daran haben, daß in dieser Beziehung die Bedürftigkeit anerkannt werden muß, dann möchte ich auch hier den Augenblick nicht hingehen lassen, zu erklären, daß in mancher Hinsicht auch die Arbeitgeber schwer geschädigt haben. Ich erinnere daran, daß wir vielfach die Erfahrung gemacht haben, daß in dieser Beziehung die Arbeitgeberschaft sehr nachlässig gewesen ist, daß sie die allgemeine Rente auf die Löhne anrechnete. (Hört! Hört!) Es ist eine Tatsache, die wir tagtäglich konstatieren müssen, und es ist auch eine bedauerliche Erscheinung, daß das Unternehmertum die Zeit noch nicht begriffen hat. Es muß auch in diesem Sinne endlich einmal Wandel geschaffen werden, und deshalb möchte ich auch von dieser Stelle aus einen Appell an das Unternehmertum richten, den Kriegsbeschädigten das zukommen zu lassen, was ihrer würdig ist. Wenn wir nun einmal ohne weiteres uns der Anerkennung nicht verschließen können, daß durch den Antrag den Bedürftigen geholfen werden soll, so muß ich sagen: inhaltlich kann unsere Fraktion ihre Zustimmung nicht geben. Ich erlaube Sie deshalb, sich auf folgenden Antrag zu vereinigen und demselben ihre Zustimmung nicht zu verweigern:

Die Bremische Nationalversammlung erucht den Senat, zu berichten, ob und in welcher Höhe es sich empfiehlt, eine einmalige Teuerungszulage an die Kriegsbeschädigten aus bremischen Mitteln zu gewähren.

Wenn ich diesen Antrag gestellt habe, so ging ich von der Auffassung aus, daß selbst führende Männer in der Kriegsbeschädigten-Bewegung erklärten: Form und Inhalt des Antrages des Herrn Lindau ist praktisch nicht auszuführen; er ist es deshalb nicht, weil, wie ich eben erwähnt habe, nicht immer festgestellt werden kann, wo nun eigentlich die Bedürftigkeit wirklich am Platze ist. Deshalb bedarf es einer gründlichen Nachprüfung, und deshalb empfehle ich Ihnen, unserem Antrag zuzustimmen. (Beifall.)

Karlmeyer (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht auf die Fülle von Einzelheiten eingehen, die der Antragsteller von der Unabhängigen Sozialdemokratie uns hier vorgetragen hat. Wir können diese Einzelheiten weder kontrollieren noch seitens der Nationalversammlung im wesentlichen beeinflussen. Grundsätzlich halten meine Freunde an ihrem Standpunkt fest, daß die Versorgung der Kriegsbeschädigten eine Sache des Reiches ist, daß aber im einzelnen Falle die Bundesstaaten und ihre Organe für die Behandlung und Versorgung einzutreten haben. Wir haben hier in Bremen eine solche Stelle in dem Landesauschuß für Kriegsbeschädigte. Soweit uns bekannt ist, diese Stelle nach allen Kräften bestrebt, für die Kriegsbeschädigten einzutreten. Wenn wir uns zu entscheiden haben bezüglich der beiden gestellten Anträge, so stellen wir uns auf den Standpunkt, daß wir ebenfalls einen Bericht vom Senat haben möchten, aber daß wir uns nicht der Form des Antrages anschließen können, wie sie Herr Klenke vorgetragen hat, sondern daß wir einen allgemeinen Bericht verlangen, der die allgemeine wirtschaftliche Lage der Kriegsbeschädigten unterstützt und gegebenenfalls Mittel zur Abhilfe von Notständen vorschlägt. Ich beantrage daher namens meiner Fraktion:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständigen Stellen mit einem Bericht über die wirtschaftliche Lage der bremischen Kriegsbeschädigten zu beauftragen und gegebenenfalls Hilfsmaßnahmen zu Gunsten notleidender Kriegsbeschädigter in Vorschlag zu bringen.

Meenzen (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion habe ich die Erklärung abzugeben, daß auch wir dem Antrage Lindau in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen können. Auch wir sind dafür, daß Abhilfe geschaffen wird, daß die Kriegsbeschädigten das bekommen, was sie verlangen. Und deshalb werden wir dem Antrage Klenke zustimmen.

Frank (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klenke glaubte zu Anfang seiner Ausführungen sagen zu müssen, daß wir die Entschädigung der Kriegsbeschädigten nicht als Parteiache auffassen brauchen, sondern eine Angelegenheit der Gesamtheit der Bevölkerung sei. Auch wir von der Seite der U. S. stehen auf demselben Standpunkt. Wenn die Organisation, der Herr Klenke angehört, uns einen derartigen Antrag überweist, ihn hier in der Nationalversammlung zu vertreten, so glaube ich, verpflichtet zu sein, ihn einzubringen. Ich möchte sagen, daß Herr Klenke in seiner Organisation schon dagegen sprechen konnte, als der Antrag zur Debatte stand, seine Bedenken gegen die Fassung desselben hätte geltend machen sollen, dann wäre jedenfalls die nötige Klarheit gegeben werden können. Ich möchte

erwähnen, daß hinter diesem Antrag die Kriegsbeschädigten stehen, die sich in den beiden Organisationen am hiesigen Orte organisiert haben. Und ich glaube auch, daß jetzt wohl allgemein Sache des Reiches ist, die Kriegsbeschädigten, soweit es notwendig ist, zu unterstützen. Denn, das hat mein Freund Lindau schon gesagt, daß es wohl Sache des Reiches ist, den Kriegsbeschädigten zu helfen, soweit es notwendig ist, darüber hinaus die Bundesstaaten auch noch etwas für die Kriegsbeschädigten tun sollten, könnten und müßten. Er hat auch angeführt, daß die Säge, die den Offizieren und Mannschaften gezahlt werden, gemäß des im Jahre 1906 herausgegebenen Versorgungsgesetzes, sehr ungleich sind. Man müßte eigentlich annehmen, daß drei Monate nach der Revolution so etwas nicht mehr möglich wäre, und inzwischen eine Änderung stattgefunden haben müßte. Die Mannschaften, die gerade dem ersten Kugelregen ausgesetzt gewesen sind, bekommen 15 M. und die Herren Offiziere 100 M. monatlich.

Ich möchte Ihnen empfehlen, daß endlich mal den Gesellschaften, die auf Kosten des Volkes während des Krieges stark ihre Taschen gefüllt haben, der gesamte Ueberschuß, den sie auf Kosten des Volkes und aus dem Blute des Volkes herausgezogen haben, weggenommen und er für die Kriegsbeschädigten verwendet wird. Ich habe eine Liste, die aus Düsseldorf stammt, woraus hervorgeht, wie die einzelnen Kriegsgewinnler Geschäfte machen.

Das Einkommen, welches ein Herr, seinen eigenen Angaben nach, im Jahre 1916 versteuert hat, betrug 19 000 M., im Jahre 1917, ein Jahr später 324 000 M. Da ist doch Geld vorhanden, das wohl schließlich verwendet werden könnte, um der Not des Volkes zu steuern. Ich möchte darauf hinweisen, daß Herr Kuno heute in den Bremer Nachrichten einen Aufsatz bringt, in welcher Form die Ledergesellschaften ihr Schäfchen auf Kosten des Volkes ins Trockene gebracht haben. Die Kriegsledergesellschaft, die begründet worden ist, um das Volk mit billigem Leder zu versorgen, hat im Jahre 1918 für je 5000 Anteile einen Reingewinn von 132 000 M. erzielt. Kommen Sie uns hier nicht mit dem Gedanken, daß hier schließlich nichts mehr vorhanden ist. Es ist in der letzten Versammlung gesagt, daß es nicht möglich wäre, den Beamten höheres Gehalt vom Staat zu gewähren. Wir sind wohl in der Lage, Ihnen Vorschläge in der Form zu machen, daß man den Kriegsbeschädigten gerecht werden könnte. Ich bin der Auffassung, daß wir unbedingt die Hilfe den Kriegsbeschädigten zuerkennen müssen, eventuell auch in der Lage sind, diese Opfer auf Kosten des bremischen Staates auf uns zu nehmen, eingedenk dessen, was die Kriegsbeschädigten für uns, sich selbst und für ihre Familie geleistet haben. Herr Klenke meint, daß es schwer ist, festzustellen, ob einer notdürftig ist, oder nicht. Es steht

doch in dem Antrage, wessen Gehalt 5000 M. nicht übersteigt, der soll eben auf Grund dieses Antrages berechtigt sein, die Unterstützung zu erhalten. Wenn nun auch wirklich einer dabei sein sollte, der jetzt unter 5000 M. verdient und auf der Sparkasse ein Guthaben hat, so macht es doch nichts, wenn dieser Mann vom Staat eine Summe unrechtmäßig erhält. Wir sind der Ansicht, daß der Antrag berechtigt ist, denn wir wollen schnell helfen, deshalb muß unser Antrag angenommen werden und nicht der des Herrn Klenke. Es ist leztlich die Bemerkung gemacht worden, daß die Nationalversammlung in den nächsten Wochen auf sechs Wochen in die Ferien gehe. Wenn den Kriegsbeschädigten geholfen wird, ist es Herbst oder Weihnachten geworden. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß viele Kriegsbeschädigte in der Söge- und an der Gutfilterstraße ein wahrhaft trauriges Bild bieten. Ich bitte Sie nochmals dringend, stimmen Sie unserem Antrag zu.

Klenke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Frank möchte ich noch bemerken, daß ich mit Absicht betont habe, daß die Sache der Kriegsbeschädigten keine Parteisache sein darf, insofern, weil das Zustandekommen dieses Antrages auf einer Vorgeschichte beruht, die tatsächlich danach aussieht, daß man lediglich aus Parteirücksichten derartige Anträge stellt. Der Antrag selbst ist in der Kriegsbeschädigtenorganisation in meiner Anwesenheit zustande gekommen. Ich habe nicht dazu Stellung nehmen können und weiß übrigens gar nicht, wie er in dieser Form gestellt worden ist. Mir ist mitgeteilt, die Herren von der internationalen Organisation der Kriegsbeschädigten, einer kommunistischen Gründung, wollten an die Nationalversammlung herantreten mit einem derartigen Antrage. Und dann ist man dazu übergegangen, schnell an die U. S. heranzutreten: ihr müßt diesem Antrage zuvorkommen! Also aus diesen Gründen heraus, wie mir berichtet worden ist, und zwar von zuverlässigen Personen, die in der Kriegsbeschädigtenbewegung eine Rolle spielen, ist dieser Antrag erfolgt. Ich bin bereit, bei einer passenden Gelegenheit die Namen zu nennen. Deshalb möchte ich von mir weisen, daß ich in irgend einer Form Einfluß auf die Gestaltung des Antrages gehabt hätte.

Im übrigen stimmen wir dem Antrage Karfmeier, der mir nach Inhalt und Form besser gefällt als der unsrige, zu und ersuchen Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Dr. Hertel (Christl. Vp.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Klenke könnte es scheinen, als ob der Antrag der U. S. deshalb nicht angenommen werden soll, weil dabei parteipolitische Fragen mitspielen. Ich muß offen sagen, daß ich den Eindruck habe, als ob da Konkurrenz-

neid vorliege. Ich bin persönlich der Ansicht, daß doppelt gibt, wer schnell gibt. (Sehr richtig!) Wir verhandeln gegenwärtig über die Bewilligung von Geldmitteln, die den Kriegsbeschädigten gegeben werden sollen. Es handelt sich um Leute, die für uns, für das Vaterland gelitten haben, und sie haben einen berechtigten Anspruch darauf, daß wir ihnen helfen in ihrem traurigen Lose, das sie nicht verschuldet haben. Wenn bedauerlicherweise einige von ihnen nicht Charakterfestigkeit und Tugend haben, so ist das bedauerlich, aber menschlich. Jedenfalls haben wir allen Grund, dafür zu sorgen, daß ihre Lage verbessert wird. Ich sehe auch nicht ein, weshalb der Antrag Lindau nicht durchführbar sein sollte. Wir befinden uns allerdings in einer schlechten finanziellen Lage, trotzdem aber muß den Kriegsbeschädigten geholfen werden, weil gegenwärtig die Lebensverhältnisse sehr teuer und die Schleusen für verbilligte Lebensmittel noch nicht geöffnet sind. Irgend welche praktische Bedenken gegen den Antrag Lindau sind meines Erachtens nicht geltend gemacht, jedenfalls nicht mit Erfolg. Man darf auch nicht sagen, daß die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten allein Sache des Reiches sei. Jedenfalls muß der bremische Staat, wenn das Reich für den Augenblick noch nicht in genügender Weise für die Kriegsbeschädigten sorgt, Zuschüsse leisten. Daß wir ihm dafür die nötigen Mittel bewilligen ist unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. Den Leuten muß geholfen werden. (Bravo links.)

Frank (U. S.): Ich möchte Herrn Klenke gegenüber feststellen, daß es nicht die Internationale Organisation, die aus Mitgliedern der F. R. P. und der U. S. besteht, diesen Antrag veranlaßt hat, sondern daß er aus der Organisation stammt, der Herr Klenke angehört, der ich persönlich nicht angehöre. Was Herr Klenke sagte, stimmt also nicht. Und wenn Herr Klenke sagte, daß er dem Antrage nicht zustimmen könne, weil damit eine parteipolitische Tendenz verfolgt würde, so möchte ich ihn fragen, warum er seinen Antrag gestellt hat. Man könnte doch von seinem Antrage mit gleichem Recht behaupten, daß damit parteipolitische Tendenzen verfolgt würden. (Sehr richtig!) Von derartigen Erwägungen sollte man sich nicht leiten lassen, sondern wir wollen, wie der Vorredner zutreffend gesagt hat, den Kriegsbeschädigten helfen, und müssen alles tun, damit ihnen geholfen werde.

Waigand (M.-S.): Meine Damen und Herren! Herrn Dr. Hertel gegenüber möchte ich betonen, daß der Antrag Lindau in dieser Form nicht durchführbar ist. Sie werden doch zugestehen, daß die Materie erst von den mit der Materie vertrauten Beamten besprochen werden muß. (Sehr richtig! — Zuruf: Und Sie sind Sozialdemokrat?) Diese Prüfung muß auf jeden Fall vorgenommen werden, und wenn Sie den Antrag Lindau annehmen, wird die Unterstützung den Kriegsbeschädigten keine Stunde eher ausbezahlt, als wenn

Sie unsern Antrag annehmen. (Zuruf von links: Dann kriegen sie gar nichts!) Lassen Sie doch solche Redensarten! Wenn das richtig wäre, dann bekämen Sie auch nichts, wenn der Antrag Lindau angenommen würde. Es handelt sich nur darum, die Sache vorzubereiten und dann entsprechend zu handeln. Der Vorsitzende vom Gewerkschaftskartell Sommer hat sich auch mit dieser Behandlung der Sache einverstanden erklärt, und es ist dort beschlossen worden: Wir sind damit einverstanden, daß erst eine Grundlage geschaffen wird. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, daß wir den Antrag Lindau ablehnen sollten. Herr Dr. Hertel hat gewiß ein gutes Herz für die Kriegsbeschädigten, wie ja auch die Zentrumsfraktion viel christliche Liebe hat, wenn sie in der Minderheit ist. (Heiterkeit.) Ich ersuche Sie aber, unsern Antrag anzunehmen und dafür zu sorgen, daß den Kriegsbeschädigten sobald wie möglich geholfen wird. (Beifall.)

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Lindau (U. S.) (Schlußwort): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Klenke sagt, daß uns parteipolitische Zwecke zur Stellung des Antrages bewogen hätten, so kann ich ihm erwidern, daß das nicht der Fall ist. Die U. S. machen solche Manöver nicht. (Heiterkeit.) Herr Frank hat auch schon gesagt, daß der Antrag in seiner Tendenz gar nicht aus der Organisation des Internationalen Bundes stammt. Ich verstehe nicht, daß, wenn man den Kriegsbeschädigten in ihrer Not helfen will, unsern Antrag in eine so veränderte Form bringen kann, wie es der Antrag Klenke-Karlmeier will. Da handelt es sich wohl um parteipolitische Gründe. Wie ist es nur möglich, einen solchen Verwässerungsantrag zu stellen! Wir auf der Linken sind es allerdings allmählich gewohnt worden, daß solche Anträge von der Rechten in Verbindung mit den Mehrheitssozialisten gestellt werden, aus denen dann nichts herauskommt. (Bismann (M.-S.): Siehe Gewerbebericht!) Ich für meine Person muß es also entschieden ablehnen, daß der Antrag von meiner Fraktion nicht pflichtgemäß eingebracht sei, daß sie sich von parteipolitischen Gründen habe leiten lassen. Nein, der Antrag ist mir aus der Organisation übergeben worden, der auch Herr Klenke so gut angehört wie ich selbst!

Zur Sache hat Herr Klenke erklärt, daß er der Tendenz unseres Antrages zustimme, daß hinsichtlich seiner Ausführung aber Schwierigkeiten beständen, so daß er in der Praxis nicht ausführbar sei. Bis jetzt bin ich immer der Meinung gewesen, daß Schwierigkeiten dazu da wären, um überwunden zu werden, und ich bin der Ueberzeugung, daß der Senat auch Mittel und Wege gefunden hätte, das zu ermöglichen, was wir beantragen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich im März, Mitte März an den Senat oder vielmehr an die vorläufige Regierung

gewandt mit dem Antrage, eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren. Die Senatskommission hat dann im April beschlossen, sich an das Reichsarbeitsministerium zu wenden. Das Reichsministerium hat am 12. Mai geantwortet, daß vom Reich eine allgemeine Teuerungszulage für sämtliche Kriegsbeschädigte in Höhe von 50 M. bewilligt wäre. Man glaubte, damit sei unser Antrag erledigt. Wir haben aber gesehen, daß das durchaus nicht der Fall ist, denn die 50 M. waren nur wie ein Tropfen auf einem recht heißen Stein. Herr Klenke hat ja ganz recht, wenn er darauf hinwies, daß zum 1. Juni cr. eine wesentliche Erhöhung der Sätze (40 %) erfolgt ist. Ich habe das vorhin bei der Begründung meines Antrages schon gesagt. Trotz dieser „wesentlichen“ Erhöhung, von der aber viele Kriegsbeschädigte noch keinen Pfennig zu sehen bekommen haben, muß man sagen, daß das ein unwürdiger Zustand ist, wenn trotz der Erhöhung der Rente für einen Vollerwerbslosen diese nur täglich 4.90 S. beträgt inkl. aller Zuschläge, damit läßt sich in dieser Zeit nicht auskommen, wenn man weiter keine Einnahmen hat. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur noch darauf verweisen, daß zu schematisch vorgegangen wird. Wenn die Unterstützung nicht reicht, dann haben Reich, Staat und Kommune die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, eine Erhöhung vorzunehmen. Das haben die Kriegsbeschädigten beantragt. Wir haben drei große Interessentengruppen, den Reichsbund, den Internationalen Bund und den Landesauschuß, die mit dieser Forderung Hand in Hand gehen und vom Staat verlangen, das Erforderliche in die Wege zu leiten. Es macht das absolut keine praktischen Schwierigkeiten, man muß nur den guten Willen haben. Darum ersuche ich Sie: nehmen Sie meinen Antrag an!

Der Antrag Lindau wird abgelehnt.

Der Antrag Karlmeier-Klenke wird angenommen.

Nr. IX der Tagesordnung:

Antrag, betr. die Beteiligung der Lehrerschaft an der Schulverwaltung.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, ihr so bald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Beteiligung der gesamten Lehrerschaft der Stadt Bremen, des Landgebiets und der Hafenstädte an der Schulverwaltung vorsieht.

Präsident: Hierzu hat Herr Karrenberg folgenden Zusatzantrag gestellt:

Hinter „möglich“ ist einzuschalten:
unter Berücksichtigung des Entwurfs des Lehrerrats und des Referendums der Gesamtlehrerschaft.

Präsident: Wollen Sie sich den Zusatz zu eigen machen, Herr Professor? Dann brauchen wir nicht besonders darüber abstimmen. Sind Sie damit einverstanden? (Professor Dr. Diez: Ja!)

Professor Dr. Diez (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag, den ich im Namen meiner Parteifreunde gestellt habe, ist veranlaßt worden durch einige Beschlüsse der Nationalversammlung. Die Nationalversammlung hat seiner Zeit, als sie eine Kommission wegen der Einheitschule einsetzte, beschlossen, daß diese Kommission auch in Verbindung mit der Lehrerkammer arbeiten solle. Sodann ist neulich bei der Beratung des Antrages über den religionsgeschichtlichen Unterricht in den Schulen beschlossen worden, die Schuldeputation zu einem Bericht darüber aufzufordern, die sich dabei mit der Lehrerkammer ins Einvernehmen zu setzen hätte. Ich habe mir schon bei der Verhandlung über die Einheitschule erlaubt auszuführen, daß ich nicht glaubte, daß es zweckmäßig sei, die Lehrerkammer in ihrer jetzigen Form gutachtlich zur Mitarbeit heranzuziehen, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die jetzt bestehende Lehrerkammer keine richtige Vertretung der Lehrerschaft ist. Die jetzt bestehende Lehrerkammer ist eine völlig private Vereinigung, der viele Lehrer grundsätzlich fern bleiben, weil sie mit der Art ihrer Gründung nicht einverstanden sind. Wenn daher die Lehrerkammer bei den Beratungen gefragt werden soll, so muß in ihrer Zusammensetzung eine Aenderung eintreten. Denn ich bin der Auffassung, daß die Schule nicht eine Veranstaltung der Lehrerschaft, sondern eine Veranstaltung des Staates ist, und daß daher der Staat sich das Recht wahren muß, zu bestimmen, in welchem Umfange er es für richtig hält, daß die Lehrerschaft bei den Aufgaben der Schulverwaltung beratend und beschließend beteiligt werden soll. Die jetzige Lehrerkammer ist aber — das hat sich seit ihrem halbjährigen Bestehen gezeigt — völlig arbeitsunfähig. Nach den Vereinbarungen, die die Lehrerkammer selbst getroffen hat, gehören zu ihr alle Lehrer in den städtischen Schulen, den öffentlichen und den privaten Schulen. Es gehören dazu die Lehrer im Landgebiet und, wenn ich recht unterrichtet bin, auch ein Teil der Seminaristen. Es kommen im ganzen etwa 1600 bis 1700 Teilnehmer in Frage. Nun werden meine Damen und Herren ohne weiteres einsehen, daß eine so große Körperschaft schon durch ihre Größe nicht geeignet ist, in so wichtigen Fragen, wie es die Schulfragen sind, sachgemäße Beschlüsse zu fassen. Dazu kommt, daß von diesen 1600 bis 1700 Teilnehmern, die nach den Bestimmungen, die die Lehrerkammer sich selbst gegeben hat, das Recht haben, an ihren Verhandlungen teilzunehmen, höchstens ein Drittel oder gar nur ein Viertel anwesend sind. Wiederholt ist die Zahl sogar noch geringer gewesen, in den Osterferien-Sitzungen hat die Zahl kaum hundert überschritten, was also ein Sechszehntel bis ein Siebzehntel der Lehrer-

schaft wäre. Nun bitte ich Sie, meine Damen und Herren, zu überlegen: was soll man von Beschlüssen halten, die von einer so verschwindenden Minderheit der Lehrerschaft gefaßt werden? Solchen Beschlüssen kann man doch keinerlei Einfluß und Bedeutung auf die Erledigung der wichtigen Fragen, die auf dem Gebiet des Schulwesens jetzt und in der nächsten Zeit von uns zu beantworten sein werden, zugestehen. Ich sage also: die Beschlüsse der Lehrerkammer sind ohne Wert, sie sind abhängig von Zufallsmehrheiten. Das hat sich auch klar gezeigt: in einer und derselben Sitzung sind einander entgegenstehende Beschlüsse gefaßt worden. Man hat in derselben Sitzung einen Beschluß umgestoßen, den man vorher gefaßt hatte. Es ist weiter vorgekommen, daß ein Beschluß, der im März oder April mit ziemlicher Mehrheit gefaßt worden war, in einer der folgenden Sitzungen mit einer Mehrheit wieder umgestoßen worden ist, so daß die ganzen Beratungen, die unterdessen gepflogen worden waren, einfach umsonst gewesen sind.

Meine Damen und Herren! Wenn das alles zutrifft — und diese Tatsachen stehen fest — dann ist doch ganz klar, daß eine solche Körperschaft nicht verantwortlich gehört werden kann in den wichtigen Fragen, die hier zu entscheiden sind. Wir müssen verlangen, daß die Beschlüsse der Lehrerkammer einigermaßen die Meinung der großen Mehrheit der Lehrerschaft Bremens darstellen. Dazu kommt noch, daß auch an dieser losen Zusammensetzung, die die Lehrerkammer jetzt darstellt, die Lehrer von Vegeack und Bremerhaven einstimmen nicht teilnehmen, daß also die Lehrerschaft der Hafenstädte in der Lehrerkammer nicht vertreten ist. (Zuruf: Vegeack ist darin vertreten!) Dann bedaure ich den Irrtum; ich dachte, auch Vegeack sei nicht vertreten. Der Einwand würde sich nur auf Bremerhaven beziehen. Ich weiß nicht, ob die Bremerhavener Lehrer großen Wert darauf legen, an der Bremer Lehrerkammer beteiligt zu sein. Aber immerhin glaube ich, daß, wenn die Lehrerschaft des bremischen Staatsgebietes bei wichtigen Entscheidungen in Schulfragen gehört werden soll, auch die Bremerhavener Lehrer gehört werden müssen. Herr Präsident! Ich glaube, daß die Ausführungen, die ich mir bisher zu machen erlaubt habe, durchschlagend sind. Ich glaube ferner, daß die Lehrerkammer, wenn sie darauf bestehen sollte, daß sämtliche Lehrer und Lehrerinnen Bremens wie bisher die Kammer bilden, in Zukunft ebenso arbeitsunfähig bleiben wird wie bisher, daß es also nur möglich ist, eine Vertretung der Lehrerschaft als Lehrerkammer durch den Staat einsetzen zu lassen. Die Lehrerkammer würde dadurch eine öffentlich-rechtliche Grundlage bekommen; mit einer solchen Kammer könnten wir dann wohl zusammen arbeiten, und sie würde dann auf unsere Beschlüsse durch die Gutachten, die sie uns zu erstatten hätte, wohl einen Einfluß ausüben können. Daher glaube ich, daß es die nächste und dringendste Aufgabe auf diesem Gebiete ist, daß eine

solche öffentlich-rechtliche Vertretung der Lehrerschaft des Bremer Staatsgebietes geschaffen wird. Das kann aber nicht Aufgabe der Lehrerschaft sein, sondern Aufgabe des Staates, der seinerseits abzuwägen hat, in welchem Umfange und nach welchen Gesichtspunkten diese Vertretung der Lehrerschaft zu erfolgen hat. Anführen möchte ich in diesem Zusammenhange nur, daß meines Erachtens das rein zahlenmäßige Verhältnis der verschiedenen Gruppen von Lehrern bei der Zusammensetzung der Lehrerkammer nicht ausschlagend sein darf.

Herr Präsident! Ich will auf die Frage der Beteiligung der Lehrerschaft an der Schulverwaltung, die ja auch in meinem Antrage enthalten ist, heute nicht weiter eingehen. Jetzt erfolgt unsere Schulverwaltung im wesentlichen durch die Schuldeputation. In der Schuldeputation sitzen angeblich unter den Mitgliedern der Nationalversammlung genügend Sachverständige aus Lehrerkreisen, die Eltern kommen dabei etwas zu kurz. Ich hoffe aber, es kommt einmal wieder die Zeit, wo man bei ihrer Zusammensetzung auch die Eltern wieder mehr berücksichtigt, die jetzt etwas stiefmütterlich bedacht sind. (Sehr richtig! rechts.) Und wenn das wieder der Fall ist, dann würde ich es für richtig halten, daß besondere Vertreter der Lehrerschaft mit Sitz und Stimme der Schuldeputation, oder wie man diese neue Behörde nennen mag, beigeordnet werden. Es ist in der alten Schuldeputation so gewesen, daß neben den bürgerchaftlichen und senatorischen Mitgliedern eine Reihe von Beigeordneten da waren, z. B. die Schulaufsichtsbeamten, sowie ein Schulvorsteher und ein Direktor, zwei Damen, eine Schulvorsteherin und eine Lehrerin, die aber alle nur beratende Stimme hatten. Daher ist ihre Mitarbeit von den Damen und Herren, die mit beratender Stimme beigeordnet waren, immer als eine ziemlich undankbare angesehen worden. Sie wünschten, daß sie nicht nur beratende, sondern beschließende Stimme in der Schuldeputation hätten. Wenn also durch unsere Verfassungsdeputation eine Neuordnung der Behörde, die mit der Schulverwaltung beauftragt wird, erfolgt und entweder eine Schuldeputation oder eine Oberschulbehörde eingesetzt wird, dann glaube ich, wird es notwendig sein, daß man auch Vertretern der Lehrerschaft Sitz und Stimme in dieser Verwaltungsbehörde einräumt. Ich möchte mir erlauben, darauf hinzuweisen — ohne heute näher auf die Sache einzugehen — daß der Leiter des hessischen Landesamts für das Bildungswesen, Dr. Strecker, der, so viel ich weiß, der sozialistischen Partei angehört, einen Entwurf zu einer Verordnung über die Errichtung eines Landesschulbeirats herausgegeben hat, in dem ähnliche Gedanken ausgesprochen werden, wie ich sie hier entwickle. Ich möchte übrigens nebenbei bemerken, daß die Wünsche, die ich hier vortrage, durchaus nicht etwa jetzt erst in der sogenannten neuen Zeit geboren worden sind, sondern daß wir sie schon lange gehabt haben, und daß wir nur den Krieg abgewartet haben,

um diese Wünsche hier später zu Anträgen zu verdichten. Es sind also Wünsche, die mit der Revolution im Grunde gar nichts zu tun haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube genügend Gründe beigebracht zu haben, die zeigen, weshalb es erwünscht ist, daß die Lehrerkammer eine öffentlich-rechtliche Einrichtung wird, und daß nur der Senat nach Anhörung der dazu berufenen Instanzen, also unter anderen auch der Schuldeputation, in der Lage ist, diese öffentlich-rechtliche Grundlage für die Lehrerkammer zu schaffen. Ich habe nichts einzuwenden gegen den Unterantrag des Herrn Karrenberg. Ich glaube, es ist immerhin billig, daß man die jetzige Lehrerschaft befragt, und daß man das jetzt vor sich gehende Referendum abwartet, um zu erfahren, wie sich die Lehrerschaft ihre Vertretung denkt. Freilich, das eine möchte ich sagen, daß die Abstimmung meines Erachtens für den Staat keine bindende Kraft haben kann, denn der Senat hat nicht einseitig die Interessen der Lehrerschaft zu berücksichtigen, sondern er hat bei der Verwaltung der Schulen die Interessen der Gesamtheit in Rücksicht zu ziehen. Und da könnte es wohl sein, daß der Senat sagt: die Wünsche, die ihr habt, die gehen zu weit, wir können euch einen so großen Einfluß nicht einräumen. Aber, wie gesagt, ich bin der Meinung, daß es billig ist, die jetzige Lehrerkammer zu hören. Wir stimmen daher dem Antrage Karrenberg zu. Da dieser Unterantrag gestellt ist, darf ich annehmen, daß die Herren von der demokratischen und wohl auch von der sozialdemokratischen Partei dem Antrage zustimmen werden, und ich würde mich herzlich darüber freuen, wenn sie es täten. Es ist von jener Seite öfter ausgeführt worden, wie unendlich wichtig die Bildungsfragen sind. Darüber ist gar kein Zweifel, daß es die wichtigsten Fragen sind, die wir im Laufe der nächsten Jahre zu lösen haben werden. Und ich stehe nicht an, auszusprechen, daß bei allen Beratungen, in denen ich bisher mit den Herren der übrigen Parteien zusammen gearbeitet habe, ich wohl den Eindruck gehabt habe, daß es den Herren durchaus ernst ist mit ihrer Absicht, eine Besserung in den Zuständen unseres Schulwesens herbeizuführen, so weit sich auch unsere Ansichten dabei grundsätzlich öfters gegenüber gestanden haben. Daher hoffe und wünsche ich, daß die Herren heute den Weg gehen mögen, der dazu führt, daß wir zu einer gründlichen Besserung in unserem Schulwesen kommen. Ich bitte Sie daher, meinem Antrage zuzustimmen. (Beifall rechts.)

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der demokratischen Partei habe ich zu erklären, daß wir dem Antrage des Herrn Professors Diez zustimmen, wenn er die Einschaltung erhält: „unter Berücksichtigung des Entwurfs des Lehrerrats und des Referendums der Lehrerschaft“. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Herr Professor Diez diesen Zusatz als den seinigen übernimmt. Es würde also

der Antrag eine etwas veränderte Form dadurch bekommen und nicht so lauten, wie er im Druck vorliegt. Die Ausführungen von Herrn Professor Diez könnten den Eindruck erwecken, als ob die Lehrerkammer eine etwas wild arbeitende Körperschaft sei, die eigentlich nicht so recht wüßte, was sie will. Es stimmt allerdings, daß die Lehrerkammer bisher eine feste Ordnung noch nicht hatte. Aber sie hat einen Kopf, und das ist der Lehrerrat, und da ist bisher schon ganz erhebliche und gute Arbeit geleistet worden. Leider ist es bei der mangelnden festen Ordnung der Lehrerkammer zuweilen so gewesen, daß widersprechende Beschlüsse zustande gekommen sind, weil die Versammlungen nicht immer auf denselben Standpunkt zu bringen waren. Nun hat der Lehrerrat eine Verfassung der Lehrerkammer hergestellt. Er sieht in diesem Entwurf vor einen Lehrerkonvent, der sich bildet aus der Gesamtheit der Lehrerschaft, und eine Lehrerkammer, die sich zusammensetzt aus 120 gewählten Vertretern. Auf je 15 Lehrer und Lehrerinnen soll ein Vertreter kommen, der in die Lehrerkammer delegiert wird. Dieser Entwurf ist in erster Lesung von der Lehrerkammer bereits angenommen gewesen. Leider hat dann eine Versammlung, die vor kurzem stattgefunden hat, in zweiter Lesung diesen Entwurf abgelehnt und gesagt, es müßte die gesamte Lehrerschaft die Lehrerkammer bilden, so wie das bisher der Fall gewesen ist. Dieser Beschluß aber wird revidiert in diesen Tagen. Es findet eine Abstimmung innerhalb der gesamten Lehrerschaft statt, und nach dem, was ich bisher darüber gehört habe, wird wahrscheinlich das Ergebnis dieser Abstimmung das sein, daß sich nun die Lehrerschaft für eine Lehrerkammer mit gewählten Vertretern erklärt. Wir werden dann in Zukunft eine Lehrerkammer haben, die in Schulfragen von uns heranzuziehen sein wird zu Begutachtungen usw., wie die Handelskammer in Handels- und Verkehrsfragen. Es wird dann das ganze Staatsgebiet natürlich für die Lehrerkammer in Frage kommen. Und wenn bisher Bremerhaven nicht zur Lehrerkammer gehört hat, so wird das natürlich zu ändern sein. Sobald die Lehrerkammer eine staatliche Einrichtung sein wird, werden die Bremerhavener Lehrer ihr ebenfalls beitreten.

Meine Damen und Herren! Herr Professor Diez hat vorgeschlagen, der Senat möchte eine Vorlage schaffen über die Verfassung einer solchen Kammer und über die Befugnisse, die ihr zustehen sollen; damit werde eine maßgebende Instanz errichtet, die bei den Beratungen der Schuldeputation heranzuziehen wäre, da Wert darauf zu legen sei, daß auch die Lehrerschaft ihre Stimme in Schulangelegenheiten abgebe. Ich mache darauf aufmerksam, daß bereits eine außerordentlich wertvolle Vorlage, der Entwurf des Lehrerrats, da ist. Deshalb bitte ich, dem Antrag Diez mit unserer Einschaltung zuzustimmen.

Sonnemann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß gestehen: als ich den

Antrag Diez zum erstenmal vor die Augen bekam, dachte ich: Wie kommt Saul unter die Propheten? Es mutet sonderbar an, daß gerade Herr Professor Diez den Antrag stellt. (Sehr richtig!) Die Lehrerschaft kämpft seit Jahrzehnten leidenschaftlich für ihre Beteiligung an der Schulverwaltung, und in dieser ganzen Zeit hat man nicht gehört, daß Herr Professor Diez auch nur mit einem Wort oder einem Artikel für unsere Sache eingetreten wäre. (Sehr richtig!) Nicht wenige Mitglieder der Lehrerschaft haben in der Zeit des Kampfes um diese Idee schwere Enttäuschungen auf sich nehmen müssen, nicht in letzter Linie, weil Herr Professor Diez und seine Gesinnungsgenossen dafür waren, daß man diese Leute maßregelte, (Hört! Hört!) die für eine größere Freiheit der Lehrerschaft eingetreten sind. Die Mehrheit der bremischen Lehrerschaft kämpft seit Jahrzehnten für eine größere Beteiligung an der Schulverwaltung und erreichte bisher nichts. Nun kommt in der zwölften Stunde Herr Professor Diez mit seinem Antrage und nimmt ein Verdienst in Anspruch, das nach meiner Meinung und nach Meinung eines großen Teiles der Lehrerschaft ihm nicht zukommt. Er versichert freilich: Wir haben die Wünsche schon lange gehabt. Aber hat man davon etwas gehört? Wenn er es heute sagt, dann trifft ihn das fatale Geschick: die bremische Lehrerschaft wird ihm das nicht glauben. (Sehr richtig! Sehr gut!) Die bremische Lehrerschaft hätte tatsächlich allen Grund, aus diesen persönlichen Erwägungen ein solches Geschenk, das von jener Seite kommt, rundweg abzulehnen. Aber ich kann Ihnen die Versicherung geben, Herr Präsident, meine Damen und Herren von der Rechten, daß wir unsere Entscheidung nicht nach diesen Erwägungen treffen (So?), sondern nur nach rein sachlichen Erwägungen. Der Antrag ist vollkommen überflüssig. Die Lehrerschaft und speziell die Lehrerkammer haben diese ganze Sache mit Fleiß und Hingabe durchgearbeitet und werden in allernächster Zeit an uns herantreten. Ich meine, dann bekommen wir eine sehr geeignete und sehr fleißig ausgearbeitete Grundlage, die uns für die Entscheidung viel mehr gibt, als dieser Antrag uns geben soll. Die Lehrerschaft hat die Lehrerkammer und den Lehrerrat geschaffen, und Herr Professor Diez hat, wo wir in der Einheitschulekommission und in der Schuldeputation mit ihm zusammenzuarbeiten die Ehre hatten, (Zuruf: Die zweifelhafte!) bis heute keine Gelegenheit vorübergehen lassen, diese Vertretung der Lehrerschaft zu diskreditieren (Hört! Hört!) in jeder Richtung. Und heute erleben wir das Schauspiel, daß er in verklauulierte Form für die Schaffung einer Lehrerkammer eintritt. (Professor Diez: Nein!) Ich muß dem Antragsteller in Bezug auf diesen Punkt sagen: Und wenn Sie es hundertmal bestreiten, daß Sie gegen die Lehrerkammer sind, wir glauben es Ihnen nicht! Ich habe aus verbürgter Quelle erfahren, daß Herr Professor Diez geäußert hat, er würde nie und nimmer der Lehrerkammer angehören, weil sie ein revolutionäres

Gebilde sei. (Hört! Hört!) Da liegt der Hase im Pfeffer, darum ist Herr Professor Diez gegen die Lehrerkammer; nicht, weil sie ein loses, lockeres Gebilde ist, sondern weil sie eine Frucht der Revolution ist. Ich muß wiederholt sagen: wir halten den Antrag für überflüssig. Das ist für uns bei diesen Erwägungen von ausschlaggebender Bedeutung. Nun hat freilich Herr Karrenberg beantragt, die Einfügung zu machen „unter Berücksichtigung des Entwurfs des Lehrerrats und des Referendums der Gesamtlehrerschaft“. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir auch trotz dieser Einfügung, die im übrigen das Beste will, nichts verlieren, wenn wir den Antrag ablehnen. Denn wir müßten doch erst den Entwurf des Lehrerrats und das Referendum der Lehrerschaft abwarten, so daß wir also keineswegs dadurch Zeit gewinnen, wenn wir heute diesen Antrag annehmen. Wir können ruhig so lange warten, bis das Referendum erfolgt ist und der Entwurf des Lehrerrats vorliegt; in keiner Weise, weder sachlich noch zeitlich, geht uns dadurch etwas verloren. Wir werden also gegen den Antrag stimmen. (Beifall.)

Lüdeking (U. S.): Herr Präsident! Ich freue mich, durch die Ausführungen meines Kollegen Sonnemann der Aufgabe überhoben zu sein, mich mit Herrn Professor Diez über die jetzige Zusammenfassung und die geleistete Arbeit der Lehrerkammer auseinander zu setzen. Ich bin auch im höchsten Grade erstaunt gewesen darüber, daß Herr Professor Diez diesen Antrag eingebracht hat. Auch ich halte mit den M. S. den Antrag im gegebenen Augenblick für überflüssig. Wir meinen, es gehöre sich doch wohl, abzuwarten, welche Wünsche von der Lehrerschaft selbst vorgetragen werden. Man weiß nicht, aus welchem Grunde man ihr zukommen sollte. Noch ein anderer Grund veranlaßt uns, den Antrag abzulehnen. Die wichtigsten Forderungen für die Vertretung der gesamten Lehrerschaft werden in der Verfassung festzulegen sein, und es ist nicht anzunehmen, daß die Nationalversammlung und der Senat Einzelheiten der Verfassung vorweg erledigen wollen. Und schließlich halte ich es nicht für wohlgetan, die Vorlage, die über diesen Gegenstand zu machen sein wird, seiner Zeit dem Senat zu überweisen. Wir werden, wenn die Zeit es mit sich bringt, die Nationalversammlung bitten, ihrerseits einen Ausschuß für die Beratung der Sache niederzusetzen. Aus diesen Gründen lehnen wir zur Zeit den vorliegenden Antrag ab.

Allemann (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen der Kollegen Sonnemann und Lüdeking erübrigt es sich, noch viel zu sagen. Aber ich möchte noch einige Worte für meine Bremerhavener Kollegen ins Feld führen. Wenn man den Antrag Diez oberflächlich betrachtet, könnte man geneigt sein, ihm zuzustimmen, denn es kommen darin alte und selbstverständliche Forderungen der Lehrerschaft zum Ausdruck. In der Beziehung hat

Herr Professor Diez recht, wenn er meint, daß diese Fragen nicht neu sind, wenigstens für unsere Kreise nicht neu sind. Neu sind sie jedoch für die Kreise, welche Herrn Professor Diez nahestehen. (Professor Diez: Nein!) Auch ich bin im höchsten Grade erstaunt, daß ausgesprochen Herr Professor Diez es ist, der in der Nationalversammlung die Beteiligung der gesamten Lehrerschaft an der Schulverwaltung anspricht. Hat doch Herr Professor Diez sich in der Nationalversammlung als überzeugten Monarchisten hingestellt! Daraus geht hervor, daß er mit den Verhältnissen vor der Revolution durchaus einverstanden ist, daß er vielleicht die Lage der Dinge vor den Novembertagen herbeisehnt. Damals wurde die Lehrerschaft ebenso wie alle anderen „lieben Untertanen“ regiert. An ihrem eigenen Wohl und Wehe mitzuarbeiten, dazu wurde sie auf Grund ihres Untertanenverstandes nicht berufen. Die Revolution hat diesem Zustande ein Ende gemacht. Die wichtigsten Berufsstände sollen jetzt zur Mitarbeit herangezogen werden. Ausgesprochen Herr Professor Diez, der Gegner der Revolution, ist es, der hier zuerst in der Nationalversammlung für die Errungenschaften der Revolution auftritt und die Errungenschaften der Revolution für sich in Anspruch nimmt! Die Voraussetzungen, auf denen der Antrag Diez beruht, sind falsch. Er geht von der Tatsache aus, daß die gesamte Lehrerschaft des bremischen Staatsgebiets und das ganze Schulwesen im bremischen Staate staatlich seien, die Staatschule ist die Voraussetzung für seinen Antrag. Diese Staatschule besteht im Augenblick noch nicht: die Schulen sind überwiegend rein kommunale Angelegenheiten, und wir sind mit Herrn Sonnemann und Lüdeking bestrebt, daß die Verfassung uns diese Staatschule bringe und dann auch das Recht der gesamten Lehrerschaft auf Teilnahme an der Verwaltung. Würden wir jetzt für die Lehrerschaft dies vorwegnehmen, so würde vielleicht auf der nächsten Tagesordnung der Nationalversammlung ein Antrag stehen, daß auch ein anderer wichtiger Berufsstand, dem im Prinzip die Teilnahme an der Verwaltung zugestanden werden muß, schon jetzt die Teilnahme fordert. So würde sicher nicht gedeihliche und gute Arbeit geleistet werden. Aus diesen Gründen halten wir den Antrag Diez für überflüssig, weil wir uns sagen, daß diese Dinge erst in der Verfassung geregelt werden müssen. An unserer Stellungnahme ändert auch nichts der Antrag Karrenberg, der mit dem Antrage Diez verbunden werden soll. Der Antrag Diez geht weiter: er verlangt die Teilnahme der gesamten bremischen Lehrerschaft an der Schulverwaltung. Dazu beantragt Herr Karrenberg den Zusatz: „unter Berücksichtigung des Entwurfs der Lehrerkammer und des Referendums der Gesamtlehrerschaft“. Nun umfaßt aber die Lehrerkammer wie Herr Professor Diez ausgeführt hat, durchaus nicht die gesamte bremische Lehrerschaft. Man hat vergessen, daß weit, weit unten an der Weser der Ort

Bremerhaven liegt, der im Augenblick noch zu Bremen gehört. Und man hat uns auch garnicht heranziehen können, weil unser Schulwesen augenblicklich kommunal und nicht staatlich ist. Weil aber die Lehrerkammer eben nur die stadtbremische Lehrerschaft umfaßt, kann man meines Erachtens nicht diesen Antrag Karrenberg mit dem Antrag Diez, der von der gesamten Lehrerschaft redet, vereinigen. Selbstverständlich haben wir Bremerhavener ein großes Interesse daran, an der Schulverwaltung Bremens beteiligt zu sein. Das setzt natürlich voraus, daß die Schulverwaltung staatlich ist und nicht städtisch. Aus diesem Grunde legen wir keinen Wert darauf, daß wir in einer Lehrerkammer, die rein städtisch ist, mitwirken. So bald aber das Schulwesen staatlich gemacht wird, werden wir selbstverständlich unsere Forderung auf Teilnahme an der Schulverwaltung stellen. Aus allen diesen Gründen möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag Diez abzulehnen. (Bravo.)

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Prof. Dr. Diez (L.-V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, mit einigen wenigen Worten auf das zu antworten, was die Herren Vorredner vorgebracht haben. Herr Klemann hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich als überzeugter Monarchist, der ich bin, und als den ich mich hier bekannt habe, einen solchen Antrag eingebracht habe, daß sei ja völlig unvereinbar mit der Gesinnung, die aus einem solchen Antrage spreche. Ja aber, Herr Klemann, wer hat Ihnen denn gesagt, daß wir überzeugten Monarchisten mit den Zuständen, wie sie in Deutschland bis zum Jahre 1918 bestanden haben, völlig einverstanden gewesen wären? Ich kann für meine Person nur erklären, daß ich mit sehr vielen dieser Zustände durchaus nicht einverstanden war, und wäre die Revolution nicht gekommen, so würden wir mit aller Energie gegen die Zustände, die uns veraltet und unhaltbar erschienen, angegangen sein. (Gelächter links.) Wie das im einzelnen zu machen wäre, meine Damen und Herren, das näher auszuführen geht wohl über den Rahmen dieser Besprechung hinaus, und so erlassen Sie es mir wohl, wir werden ja später noch reichlich Gelegenheit haben, uns darüber auseinander zu setzen. Herr Sonnemann hat geglaubt, mir ganz besonders eins auszuwaschen zu können, indem er erklärt, ich hätte gesagt, ich sehe die Lehrerkammer als eine revolutionäre Einrichtung an und würde mich an ihren Arbeiten nicht beteiligen. Jawohl, Herr Sonnemann, das ist vollständig richtig. Ich habe das gesagt: ich sehe die Lehrerkammer als eine Einrichtung an, die nicht auf rechtlicher Grundlage beruht. Und ich beziehe mich dabei auf die Ausführungen, die Herr Lüdekking, der Vorsitzende der Lehrerkammer, bei ihrer Eröffnung gemacht hat, wo er den alten Staat als verrottet hingestellt hat, und wo er die Lehrerkammer

als eine revolutionäre Einrichtung gefeiert hat. Das berechtigte mich zu der Auffassung, daß ich an einer solchen Lehrerkammer unmöglich mitwirken könne, und auf diesem Standpunkt stehe ich und noch viele andere Lehrer noch heute. Dann ist es doch wirklich nicht ganz richtig, und ich meine, unter Kollegen hier in der Nationalversammlung auch nicht schön, wenn man die Sache hier so darstellt, als hätte ich meinen Antrag nur eingebracht, um für mich ein persönliches Verdienst oder für meine Partei eine Anerkennung dabei herauszuholen. Einen solchen Grund würde ich meinen politischen Gegnern nie und nimmer unterschieben. Ich will Ihnen nochmals erklären, warum ich den Antrag eingebracht habe. Die Nationalversammlung hat beschlossen: die Lehrerkammer ist zu hören in der Frage der Einheitschule; die Schulverwaltung hat einen Bericht über den Religionsunterricht auszuarbeiten in Verbindung mit der Lehrerkammer. Nun habe ich nachgewiesen — und es ist keinerlei sachlich begründeter Widerspruch erfolgt — daß diese Lehrerkammer nicht arbeitsfähig ist. Also ist es mir als Mitglied der Nationalversammlung, dem es darum zu tun ist, daß nützliche und wertvolle Arbeit geleistet wird, es ist, sage ich, nur meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, darauf hinzuwirken, daß hier Wandel geschaffen wird, daß eine Lehrerkammer eingesetzt wird, die wirklich etwas leistet. Das ist der Grund, weshalb ich meinen Antrag gestellt habe, und ich weise jeden anderen Grund als eine Unterstellung, die durch nichts gerechtfertigt ist, durchaus zurück. Nun sagen die Herren: die Lehrerschaft weiß schon von selbst, was gut für sie ist, und sie wird die Einrichtung schaffen, mit der für die Schule etwas Ersprießliches geleistet wird. Da bin ich grundsätzlich anderer Ansicht. Ich habe schon ausgeführt, daß die Schule keine Veranstaltung der Lehrerschaft ist, sondern eine Einrichtung des gesamten Staates (Lüdekking: bestreitet ja niemand!) und daß der Staat durchaus das Recht und die Pflicht hat, die Zusammensetzung der Lehrerkammer so zu regeln, wie er es im allgemeinen Staatsinteresse für notwendig hält. Ich richte besonders an die Mehrheitssozialisten die Frage: wollen Sie sich in Schulfragen ganz und gar den paar Fachmännern unterordnen, die in Ihren Reihen sitzen, oder nicht? Wenn Sie dem Staat dienen wollen, dann müssen Sie das Interesse der Allgemeinheit auch über das Interesse der Fachmänner stellen. Wenn Sie ruhig abwägen, dann werden Sie mir zugeben, daß auch die Arbeiterschaft an der Zusammensetzung der Lehrerkammer das allergrößte Interesse hat. Also wenn Sie wünschen, daß wertvolle Arbeit geleistet wird, dann bitte ich Sie nochmals: stimmen Sie von der Mehrheitssozialdemokratie meinem Antrage zu. Herr Peine hat neulich hier angeführt, daß er hoffe, alle die Umwandlungen, die wir jetzt erleben, würden zu einer höheren Kultur führen. Ich warte noch auf wirklich

praktische Beschlüsse, die auf den Weg zu dieser höheren Kultur führen. (Lindau: Sie lehnen sie ja doch nur ab! Präsident: Herr Lindau, ich bitte, Zwischenrufe zu unterlassen!) Herr Lindau, ich kann Sie wirklich nicht verstehen. Wenn Herr Peine mit seiner Partei die Absicht hat, eine Besserung in den Zuständen und Verhältnissen der Schule herbeizuführen, dann wird er mir zugeben, daß mit einer Körperschaft, die so widerspruchsvolle Beschlüsse gefaßt hat, die derart von Zufallsmehrheiten abhängig ist, wie die Lehrerkammer, auf die Dauer nicht zu arbeiten ist.

Herr Klemann hat gesagt: wenn die Lehrer kommen und eine solche Forderung an den Senat stellen und eine solche Kammer für sich beanspruchen, dann werden andere Berufskreise auch kommen. Das kann vielleicht sein; Herr Klemann, das ist möglich. Aber wenn in dieser Beziehung zuerst die Lehrerschaft an die Reihe kommt, so kommt das daher, daß die Nationalversammlung Beschlüsse gefaßt hat, die es notwendig machen, daß eine öffentlich-rechtliche Grundlage für die Vertretung der Lehrerschaft geschaffen wird. Hätten Sie diese Beschlüsse in der Frage der Einheitschule und des Religionsunterrichts nicht gefaßt, dann wären diese Fragen zunächst wenigstens noch nicht akut, und wir könnten sie zurückstellen, bis die übrigen Fragen, die damit zusammenhängen, in der Verfassungsdeputation erledigt werden. Dadurch, daß die Nationalversammlung diese Beschlüsse gefaßt hat, ist sie auch gezwungen, eine Vertretung der Lehrerschaft zu schaffen, die wirklich gut arbeiten kann. Nun sagen die Herren Sonnemann und seine Freunde: das wird von selbst geschehen, die Lehrerkammer wird sich eine Verfassung geben, die sie arbeitsfähig macht. Die Botschaft höre ich wohl, Herr Sonnemann, aber in diesem Falle fehlt mir der Glaube, den ich persönlich Ihnen zwar nicht absprechen will, wie Sie ihn mir abgesprochen haben. Dieser Antrag wäre auch ohne die Revolution gestellt worden. Das erkläre ich nochmals, und ich verlange, daß man dieser Erklärung einfach Glauben schenkt, wie ich einer solchen Erklärung von der Gegenseite ebenfalls Glauben schenken würde. Es ist bisher in diesem Hause nicht Sitte gewesen, daß man die Ehrlichkeit der Meinung auf der Gegenseite angezweifelt hätte. Aber, meine Damen und Herren, auch wenn die Lehrerschaft sich jetzt eine Vertretung schaffen würde, so steht doch sehr dahin, ob diese Vertretung auch die gesamte Lehrerschaft umfassen würde. Das ist noch sehr die Frage. Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen. Ich will nur sagen, daß der Weg, den die Herren Sonnemann, Klemann und Lüdeling vorgeschlagen haben, nicht zu einer wirklich gesunden Grundlage für eine Vertretung der Lehrerschaft führt. Wir können nur dann mit der Lehrerschaft zusammen arbeiten, wenn vom Senat eine öffentlich-rechtliche Grundlage für ihre Vertretung festgestellt ist. Und deshalb bitte ich Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Sonnemann (M.-S.) zur Abwehr eines persönlichen Angriffs: Es ist nicht so, daß ich Herrn Prof. Diez den guten Glauben abgesprochen habe, ich habe nur gesagt: es passiere ihm hier das verhängnisvolle Geschick, daß die Mehrheit der bremischen Lehrerschaft ihm nicht glauben würde, wenn er inzwischen für die Beteiligung der Lehrerschaft an der Schulverwaltung eintritt.

Der Antrag Diez wird abgelehnt.

Nr. X der Tagesordnung:

A n t r a g, betr. die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften.

Präsident: Der zurückgezogene Antrag Rodewald, in veränderter Fassung wieder aufgenommen von Herrn Dr. Künzler, lautet:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Verkaufszeiten in den hiesigen Lebensmittelgeschäften folgendermaßen zu regeln: Vormittags von 8 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Bögeding (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es würde ohne Zweifel einen Rückschritt bedeuten, wenn man die Verkaufszeit willkürlich festsetzen würde, so wie es hier beabsichtigt ist und wie es bereits vom Senat auch schon geschehen ist. Bisher war zwischen der Organisation der Kleinhandelskammer und der Angestellten eine Abmachung getroffen, die dahin ging, daß die Verkaufszeit so festgesetzt wurde, wie sie eben besteht. Jetzt scheint, daß ein großer Teil der Herren drüben der Ansicht ist, daß sie heute, ohne die Organisation überhaupt anzuhören, von sich aus dazu übergehen, jene Rechte, die die Organisationen während der Revolution errungen haben, ihnen wieder zu entreißen. Denn auch die Angestellten im Handelsgewerbe, insbesondere die Handlungsgehilfen haben ein Recht darauf, daß auch für sie die 8 stündige Arbeitszeit aufrecht erhalten bleibt. Aus diesen Gründen wünschen wir daß die Verkaufszeit von 8—1 Uhr vormittags und von 3—6 Uhr nachmittags festgesetzt wird. Es wird auch damit dem Publikum Gelegenheit gegeben, seine Einkäufe noch erledigen zu können. Es ist aber dringend erforderlich, daß von Seiten der Behörde mit mehr Strenge darauf geachtet wird, daß alle Geschäfte diese Verkaufszeit unbedingt innehalten. Diejenige Verkaufszeit, die einmal festgelegt ist, muß auch innegehalten werden.

Wenn einzelnen Geschäften Ausnahmen gestattet werden, — ich denke an die Geschäfte, die mit leicht verderblichen Waren wie Erdbeeren, Kirichen handeln, — so sind das Ausnahmefälle. Aber generell soll man die Geschäftszeit, wie sie unser Antrag vorsieht, festsetzen, da es unbedingt erforderlich ist, daß man

auch die im Handelsgewerbe Angestellten einmal als Mensch betrachtet, daß sie insbesondere auch die 8 stündige Arbeitszeit haben. Der arbeitenden Bevölkerung, den breiten Schichten der Bevölkerung, würde auch damit Gelegenheit gegeben, wenn man die Verkaufszeit festsetzt, ihre Einkäufe zu machen.

Ich erlaube Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Frau Dr. Rodewald: Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bitte Sie, dem Antrage, wie er heute eingebracht ist, nicht zuzustimmen, sondern es dabei zu belassen, wie es nach der Bekanntmachung am Sonntag zur Freude der Hausfrauen beschlossen ist: Verkaufszeit für die Lebensmittelgeschäfte vormittags von 8 bis $\frac{1}{2}$ 2 und nachmittags von 4 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr. Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich spreche hier in Vertretung der Frauen, (Zuruf von links: welcher Frauen?) der Frauen aller Klassen. An der achtstündigen Arbeitszeit soll absolut nichts geändert werden, sie soll für alle Angestellten erhalten werden. Für die Hausfrauen — und das gilt für die allermeisten — bringt die immer mehr um sich greifende ungeteilte Arbeitszeit es mit sich, daß die Tischzeit später gelegt werden muß, und dazu kommt die Beschränkung der Zeit für die Gasabgabe.

Für die Hausfrauen gibt es keinen achtstündigen Arbeitstag und wird ihn nie geben, unter keinen noch so sozialistischen Geheizen, für sie gilt auch das, was Schiller vom Meister sagt: „Meister muß sich immer plagen“. Und da sollte man doch alles zu tun versuchen, ihnen jede Erleichterung zu schaffen, die möglich ist. Bei der vorgeschlagenen Regelung schafft man aber sehr schwierige Einkaufsverhältnisse. Es wäre für die Frauen eine große Erleichterung, wenn der Schluß der Verkaufszeit vormittags so lange wie möglich hinausgeschoben würde, und es war eine außerordentliche Erschwerung für sie, wenn die Lebensmittelgeschäfte bislang schon um $\frac{1}{2}$ 1 geschlossen waren. Mit allgemeiner Freude wurde darum begrüßt, daß die Lebensmittelgeschäfte bis $\frac{1}{2}$ 2 geöffnet bleiben sollen. Was die Verkaufszeit an Wochentagen betrifft, 3 bis 6 Uhr, so muß man sagen, daß die Zeit von 3 bis 4 Uhr sowohl für die Ladeninhaber wie für die Frauen nutzlos ist. Infolge der ungeteilten Arbeitszeit wird das Mittagessen meistens zwischen $\frac{1}{2}$ 4 und 4 Uhr eingenommen, so daß die Geschäfte zwischen 3 und 4 Uhr nicht geöffnet sein brauchen, da die Frauen dann zu Hause sind. Die Frauen bilden aber doch den größten Teil des konsumierenden Publikums, das für die Lebensmittelgeschäfte in Frage kommt. Dann sollte aber besonders Rücksicht genommen werden auf die Frauen, die nicht bloß Hausfrauen, sondern auch Berufsfrauen sind, deren Zahl sicher noch wachsen wird. Für diese vergrößern sich die Schwierigkeiten noch, wenn die Geschäfte so früh, wie es der Antrag will, am Nachmittage geschlossen werden. Es ist für

sie von größter Wichtigkeit, daß die Geschäfte nicht zu früh geschlossen werden. Wenn sie aus dem Geschäft nach Hause kommen, müssen sie doch noch Zeit haben, ausreichend Zeit haben, Einkäufe zu machen für den nächsten Tag. Das können sie nicht, wenn die Geschäfte schon um 6 Uhr geschlossen werden, sondern es sollte erst $\frac{1}{2}$ 7 Uhr Geschäftsschluß gemacht werden. Von den Frauen würde es am liebsten gesehen werden, wenn der Schluß der Geschäfte auf 7 Uhr festgelegt würde. (Zuruf von links: Um 10!) Aber daß die Geschäfte wenigstens bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr geöffnet blieben, das ließe sich doch durchführen. Aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend, den Antrag, wie er gestellt ist, abzulehnen und es bei der jetzigen Regelung: 8 bis $\frac{1}{2}$ 2 und 4 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr zu belassen. Die achtstündige Arbeitszeit wird, wie gesagt, dadurch in keiner Weise angetastet; es handelt sich um eine kleine Verschiebung, die aber für die Hausfrauen außerordentlich wertvoll ist. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag abzulehnen.

Meinert (Kleinh.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Bögebing veranlassen mich, einige Richtigstellungen vorzunehmen. Herr Bögebing stellt es so dar, als ob die Errungenschaften der Revolution in Gefahr ständen und daß reaktionäre Maßnahmen getroffen worden seien. Da möchte ich doch namentlich Herrn Bögebing ins Gedächtnis zurufen, daß die Regelung zu einer Zeit vorgenommen ist, wo sich sämtliche Organisationen freiwillig zusammen fanden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Diese Regelung ging damals über die reichsgesetzlichen Bestimmungen hinaus, wo von der achtstündigen Arbeitszeit für den Handel nicht die Rede war. Damals wurde die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften auf 8 bis $\frac{1}{2}$ 12 und 3 bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr festgesetzt, also verschieden von den übrigen Geschäften, damit das hier beschäftigte Personal in den Lebensmittelgeschäften seinen täglichen Einkauf besorgen kann. Man hatte aber nicht genügend mit den Wünschen des Publikums gerechnet, gerade von $\frac{1}{2}$ 1 bis $\frac{1}{2}$ 2 ist noch eine große Nachfrage nach dem Mittagsbedarf. So ist denn gerade auf Wunsch der Käuferschaft eine Änderung beschlossen. Grundsätzlich wurde nicht das geringste geändert, die Achtstundenverkaufszeit des Personals ist vollständig unverändert geblieben. Die Verlegung der Verkaufszeit für die Lebensmittelgeschäfte nach dem Antrage der Unabhängigen wäre etwas, worunter besonders die Hausfrauen zu leiden hätten, die doch gerade die Anregung gegeben haben, daß die Verkaufszeiten so geregelt würden, wie sie jetzt festgelegt sind. Sie entspricht auch den Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Die Sache ist nach allen Richtungen hin geprüft, was auch weitere Rückfragen bestätigen würden. Auch die Interessen der Angestellten leiden nicht im geringsten darunter, da der Achtstundenarbeitstag voll gewahrt bleibt. Darum bitte ich die Nationalversammlung, den Antrag abzulehnen. (Beifall.)

Scheide (M.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag hat unsere Gruppe schon lange beschäftigt. Wir müssen sagen, daß eine Verkaufszeit, wie sie jetzt der Antrag Künkler vorsieht, für uns nicht in Frage kommen kann, noch viel weniger für die Hausfrau, die sich vormittags nicht so einrichten kann. Ich möchte auch bemerken, daß der Verkehr vormittags, wenigstens in der Mitte der Stadt, so groß ist, daß die Geschäftsleute durch die beantragte Aenderung großen Schaden erleiden würden, zweitens aber würden, wie schon Frau Rodewald angeführt hat, die Frauen sich nicht in der Weise eindecken können, wie sie es gewohnt sind, wohingegen die Regelung, wie sie der Senat jetzt vorgenommen hat, ihren Wünschen gerecht wird. Wir wünschen aber, daß für bestimmte Gruppen von Lebensmittelgeschäften in anderer Weise die Verkaufszeit geregelt wird, vielleicht in der Weise, daß die Geschäfte, die mit Waren, die dem Verderb leicht ausgesetzt sind, handeln, auch außer dieser Zeit verkaufen dürfen. In unserer Gruppe sind es höchstens drei Prozent, die Angestellte beschäftigen, in den übrigen, also der großen Mehrzahl der Geschäfte unserer Branche arbeiten nur die Geschäftsleute und deren Frauen selbst, die natürlich aus sich selbst heraus auch gerne mehr arbeiten wollen und müssen. Man will sonst sozusagen die Arbeiter durch Zwang zum Arbeiten bringen, und in anderen Berufsgruppen und Geschäften bringen Sie die Leute durch den vorliegenden Antrag durch Zwang von der Arbeit. Wir würden uns freuen, wenn wir nicht mehr solange zu arbeiten brauchten. Wir arbeiten nicht acht Stunden, sondern 14 bis 18 Stunden und zwar aus dem Grunde, weil wir sonst unser Geschäft nicht aufrecht erhalten können. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, meine verehrten Damen und Herren, den Antrag Künkler nicht anzunehmen.

Herdson (M.-S.): Meine Damen und Herren! Wir von unserer Fraktion können den Antrag Künkler unterstützen. Der Antrag ist an sich nicht neu. Wir haben ihn im Januar im Demobilisierungsausschuß schon befürwortet. Wir von Seiten der Angestellten und von meiner Person als Vertreter unserer Genossenschaft sind stets dafür eingetreten, abends 6 Uhr Ladenschluß zu machen. Es bestehen auch keine Bedenken dagegen. Früher war um 11 Uhr Ladenschluß. Als um 10 Uhr geschlossen werden sollte, wurde dagegen Sturm gelaufen. Als später um 8 Uhr geschlossen werden sollte, wurde Sturm dagegen gelaufen. Jetzt, wo um 6 Uhr geschlossen werden soll, wird wieder Sturm dagegen gelaufen. Als um 7 Uhr Ladenschluß war, hatten die Arbeitgeber das gewünscht, die Angestellten dagegen wünschten um 6 Uhr Schluß. Wir haben uns dann nach langen Verhandlungen geeinigt, und der Ladenschluß wurde auf 6 1/2 Uhr festgesetzt. Dann meinten wir, im Interesse der Angestellten das möglichste tun zu müssen, was in ihrem Interesse liegt. Die meisten Angestellten haben um

4 oder 5 Uhr Feierabend. Als Vertreter der Konsumvereine mit einer kolossalen Anzahl von Mitgliedern, die zum größten Teil aus Arbeitern besteht, kann ich nur sagen, daß unsere Leute unbedingt damit einverstanden sind. Die Angestellten wünschen frühzeitig Feierabend zu machen, und es ist auch so, daß bis 6 Uhr die Einkäufe erledigt werden können. Es wäre ein Konsens, wenn die Zeit auf 8 bis 1 1/2 und nachmittags auf 4 bis 6 1/2 Uhr festgesetzt würde. Es ist doch auch nicht richtig, daß die Verkaufszeit so ungleich ist, daß die Leute nachmittags 2 1/2 Stunden und morgens 5 1/2 Stunden zu arbeiten hätten. Richtiger ist es, wenn die Arbeitszeit einigermaßen gleich ist; vormittags von 8 bis 1 und nachmittags von 3 bis 6 Uhr das wäre eine glückliche Zeit, der wir wohl zustimmen können. Wenn die Arbeiterschaft damit zufrieden ist, werden wir das verantworten können als Vertreter der Genossenschaft, und die übrige Bevölkerung wird sich leicht darauf einrichten können. Auch für die anderen Geschäfte, besonders die Läden mit Textilwaren, sollten diese Verkaufszeiten festgesetzt werden. Das fällt nach meiner Meinung unbedingt weg, weil die halbe Stunde wirklich notwendig ist. Andererseits kann eingeschaltet werden, daß den Angestellten zwei Stunden in der Woche zum Einkauf bewilligt werden. Ich möchte also den Antrag der U. S. unterstützen.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben sind die Herren Allerheiligen, Dr. Künkler, Borchers, Peine, Sommer. Wünscht jemand das Wort über den Schluß?

Allerheiligen (M.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, den Schluß nicht zu belieben. Ich glaube jedenfalls, daß ich als Lebensmittelkleinhändler mit am besten orientiert bin über die Wünsche der einzelnen Käufer in dieser Beziehung. Ich möchte bitten, mir Gelegenheit zu geben, dies noch auszuführen.

Borchers (L.-B.): Auch ich wollte dasselbe sagen. Ich bin in der Lage, Ihnen mitzuteilen, daß gerade aus den Kreisen der Arbeiterschaft eine ganze Menge Leute vorhanden sind, die nach der Ladenschlußzeit noch notwendige Einkäufe machen müssen.

Der Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Allerheiligen (M.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beantragte Aenderung ist als einschneidend zu betrachten dadurch, daß der Ladenschluß von 6 1/2 auf 6 Uhr festgesetzt werden soll. Herr Weinert hat schon ausgeführt, daß wir im Januar in Verbindung mit den Angestelltenverbänden und auch mit Rücksicht auf die Hausfrauen die Verkaufszeit festgelegt haben. Die Arbeitgeber standen auf dem unbedingten Standpunkt, daß der 8 Uhr-Schluß aufrecht erhalten bleiben müsse. Die Angestelltenvertreter standen

zum Teil auf dem Standpunkt des 6 Uhr-Schlusses. Um eine Einigung zu erzielen, haben wir uns auf dem Standpunkt des 6 1/2 Uhr-Schlusses zusammengefunden. Beide Parteien sind damit zufrieden gewesen, und in dieser Hinsicht ist damals ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Der Tarifvertrag hat Gültigkeit während der Dauer der Demobilmachung. Ich glaube nicht, daß die Nationalversammlung sich berufen fühlen könnte, bestehende Tarifverträge umzustößen. Was die Verkaufszeit betrifft, so glaube ich, daß jeder einsehen wird, daß die Hausfrauen wenigstens die Zeit von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr viel notwendiger haben als die Zeit von 3 bis 4 Uhr nachmittags. Wenn man dem entgegen hält, daß die Angestellten unserer Geschäfte zu mittag essen müssen und zu spät kommen, so muß ich demgegenüber sagen, daß mindestens 90 % der Angestellten in den Geschäften Kost und Logis erhält, also in keiner Weise dadurch geschädigt werden würden. Die Zeit von 12 1/2 Uhr hat sich nicht als durchführbar erwiesen. Jeder selbständige Kleinhändler wird mir bestätigen, daß in der Zeit von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr dauernd hinten herum verkauft wird, weil die Hausfrauen sich nicht darauf einrichten können. Wenn um 2 Uhr zu mittag gegessen wird, müssen um 1 Uhr die letzten Einkäufe gemacht werden. Berücksichtigen Sie auch, daß die Schulen erst um 1 Uhr geschlossen werden. Wir müssen die Stunden so legen, wie es dem kaufenden Publikum am besten paßt. Den Schluß auf 6 Uhr festlegen, würde gleichbedeutend sein mit dem Bruch der Abmachungen, die die Parteien unter sich getroffen haben.

Präsident: Es ist wiederum Schluß beantragt. Zum Wort angeschrieben sind die Herren Dr. Kunkler, Borchers, Peine, Sommer.

Der Schlußantrag wird nicht genügend unterstützt.

Dr. Kunkler (U. S.): Ich bin in der Lage, um eine Erweiterung dieses Antrages bitten zu müssen. Wie mir mitgeteilt wird, geht der Verband, der unsern Antrag veranlaßt hat, mit seinen Wünschen dahin, überhaupt alle Geschäfte in diesen Antrag einzubeziehen und nicht nur die Lebensmittelgeschäfte. Ich bitte daher, den von mir für die Lebensmittelgeschäfte im Zusammenhange mit dem Antrag Rodewald gestellten Antrag dahin zu erweitern, daß alle offenen Verkaufsstellen der beantragten Verkaufszeit unterstellt werden. Die Gründe, die in der Debatte für die Ladenschlußzeit der Lebensmittelgeschäfte angeführt sind, treffen auch auf die übrigen Geschäfte zu. Sie liegen eben darin, daß der allgemeine Zug in Uebereinstimmung mit der Arbeitszeit in den großen Betrieben dahin geht, die Angestellten in den Betrieben zu einer tunlichst frühen Stunde zu entlassen. Andererseits muß m. E. für den Zeitpunkt der Mittagspause maßgebend sein die Zeit, die bei den großen Kreisen der Bevölkerung üblich ist, und das ist die Zeit von 1—3 Uhr.

Um also zu vermeiden, daß, nachdem etwa die Nationalversammlung sich heute für die neue Schlußzeit der Lebensmittelgeschäfte laut unserm Antrage zustimmig erklärt hätte, erst demnächst dieser Antrag erweitert und dadurch eine neue Aenderung der Senatsverordnung notwendig werden würde, bitte ich, einverstanden zu sein, den Antrag dahin erweitern zu dürfen, daß die von uns beantragte Schlußzeit für alle offenen Verkaufsstellen gilt.

Präsident: Herr Dr. Kunkler wünscht also den Antrag dahin geändert zu sehen:

Die Verkaufszeiten in allen öffentlichen Verkaufsstellen auf 8—1 und von 3—6 Uhr festzusetzen.

Es ist wiederum Schluß beantragt. Zum Wort gemeldet sind die Herren Borchers, Peine, Sommer, Meinert.

Der Schlußantrag wird nicht genügend unterstützt.

Borchers (L. B.): Ich glaube, die Antragsteller haben überhaupt keine Ahnung, wie das praktische Leben sich abwickelt. Sie führen in den Versammlungen das große Wort, wollen für die Frauen und Mütter etwas erreichen, aber in Wirklichkeit ist es zum Lachen. Sie sollten die Frauen nur gewähren lassen, die wissen es besser. Ich bin Schlachter; Sie werden mir zugeben, daß wir Schlachter nichts zu verkaufen haben, und daß wir unsere Zeit ungefähr mit Nichtstun zubringen müssen. Aber ich kann Ihnen sagen, daß morgens vor 8 Uhr eine große Menge Leute kommen und kaufen wollen. Wir täten es gerne, wenn wir nur dürften. Wir haben einen großen Stamm von Kunden gerade aus Ihren Kreisen, die lange Zeit nach Schluß, bis nach 10 Uhr abends, bedient sein wollen. Das müssen Sie berücksichtigen. Deshalb bitte ich den Antrag glatt abzulehnen.

Peine (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Senat hat eine Verordnung herausgegeben und hat die Verkaufszeit in den Lebensmittelgeschäften so gelegt, daß von 1 1/2 bis 4 Uhr Mittagspause ist und bis 1/2 7 Uhr verkauft werden soll. Nun wird ja von Seiten der Lebensmittelkleinhändler dieser Zustand für brauchbar angesehen. Aber was schließlich der eine Teil lobt, das kann der andere Teil tadeln und seine andere Meinung haben. Nehmen wir einmal an, in einem Unternehmen, wie die großen Genossenschaften, die die einzelnen Verkaufsstellen mit Fuhrwerk zu bedienen haben, würde man nur Gelegenheit haben, 1 Stunde die Verkaufsstellen bedienen zu können. Um 4 Uhr würde der Laden aufgemacht und um 5 Uhr hätte der Kutscher Feierabend. Wie soll hier die Bedienung der Verkaufsstellen vorgenommen werden? Aber ich bin überzeugt, daß, wenn der Senat die Verordnung ebenso behandelt hätte, wie es der Demobilisierungsausschuß getan, und hätte die Interessenten zusammengerufen, die Verbände der Arbeiter, die Kleinhändlervereinigungen

und die Vertreter der Genossenschaften, dann würde von vornherein eine bessere Regelung erfolgt sein. (Zuruf: Hausfrauen!) Ja, Frau Dr. Rodewald, dann dürfen wir die nicht nehmen, die regelmäßig immer kurz vor Schluß kommen. Es sind meist immer dieselben, doch davon abgesehen. Auch die Hausfrauen sind davon überzeugt, daß, wenn alle Interessentengruppen vorher zu Rate gezogen wären, die Verordnung in dieser Form nicht herausgekommen wäre. Wenn man sich auf den Standpunkt der Frau Dr. Rodewald stellt, die eine längere Verkaufszeit will, dann muß man sich dieselben Argumente zu eigen machen, die seiner Zeit gegen die Einführung der Sonntagsruhe angeführt worden sind. Sollten wir auch dazu kommen, den freien Sonnabend Nachmittag einzuführen, dann werden dieselben Argumente wieder in Erscheinung treten. Sind aber erst mehrere Jahre vergangen, dann wissen wir es gar nicht mehr anders. In Wirklichkeit liegt es nicht so, wie Frau Dr. Rodewald meint. Wir haben doch fast alle einen Haushalt. Der größte Teil der Mitglieder weiß auch ganz gut, daß die Versorgung der Lebensmittel in einem Haushalt auch jetzt schwer in ein System gebracht werden kann. Frau Dr. Rodewald wird auch zugeben müssen, daß immer, ob um 6, 7 oder 8 Uhr Schluß ist, eine Menge Käufer kurz vor Ladenschluß kommt, um noch einzukaufen. Solche Leute können sich eben nicht an Ordnung gewöhnen. Für diese Leute müßte schon ein Schild ausgehängt werden wie bei den Kaffees: „Tag und Nacht geöffnet“. Wir hätten gern gesehen, wenn der Senat die Interessenvertretungen zusammengerufen hätte und eine Verständigung darüber zustande gekommen wäre. Man hätte dann in gemeinsamer Beratung die Wünsche der Einzelnen mehr berücksichtigen können, als es bisher der Fall war. Der Antrag, der von Herrn Dr. Künzler eingebracht ist und eine Verkaufszeit von 8—1 Uhr V. und 3—6 Uhr N. vorsieht, ist auch für uns die beste Lösung und wird auch im Publikum eine Mehrheit finden, die damit einverstanden ist. Es gibt immer einen Teil, der nicht einverstanden ist, aber auch dieser wird sich an die Verhältnisse gewöhnen können und am besten diejenigen, die über ihre Zeit verfügen können. Die Hausfrauen, die neben ihrer hauswirtschaftlichen Tätigkeit noch ihre berufliche Tätigkeit ausüben müssen, sind allerdings ungünstiger daran. Ich bin überzeugt, daß, wenn dem Publikum begreiflich gemacht wird, daß diese Maßnahme getroffen ist, um auch den Handelsangestellten einen früheren Feierabend zu ermöglichen, damit sie sich mit ihrer Familie im Freien ergehen können, dann wird es sich danach einrichten.

Präsident: Es ist folgender Antrag Meinert-Thiele eingegangen:

Die Nationalversammlung bittet den Senat, darüber Erhebungen bei Geschäftsinhabern, An-

gestellten, Organisationen und dem laufenden Publikum anzustellen, ob vom 6½ Uhr-Abendschluß zur Zeit abgegangen werden kann.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Sommer, Meinert, Frau Thiele.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Bögeding (U. S.) (Schlußwort): Nachdem unser Antrag von den verschiedensten Seiten bekämpft ist, besonders von den Herren Allerheiligen und Scheide als Vertreter des Kleinhandels, möchte ich meinen, daß gerade sie, solange die Arbeitszeit von acht Stunden besteht, eigentlich das größte Interesse daran haben sollten, eine derartige Verkaufszeit zu haben, da es ihnen so möglich ist, den Abend für sich frei zu haben. Es sind dieselben Gründe — darin stimme ich Herrn Peine zu — die uns früher immer vorgetragen wurden, als früher andere Verkaufszeiten festgesetzt wurden, bei der Festsetzung der Verkaufszeit an Sonntagen, immer waren es dieselben Argumente. Als ich vorher sagte, man suche die Errungenschaften der Revolution jetzt wieder zu beseitigen, da bezogen sich diese Ausführungen darauf, daß der Senat jetzt beikommt und eine Verordnung erläßt, ohne die in Betracht kommenden Organisationen und Interessenten zu hören. Peine hat das schon angeführt, nur mit anderen Worten. Wir sind der Meinung, daß, wenn der Senat eine Verordnung erlassen will, er mindestens diejenigen Kreise, diejenigen Instanzen hören muß, die die Arbeiterchaft vertreten. Das ist vor allem das Gewerkschaftsartell als solches und die Organisation, die die hier vorliegenden Bestimmungen beschlossen hat, der Zentralverband der Handlungsgehilfen. Früher hat man diesen Weg beschritten, und jetzt ist man von diesem Modus abgewichen. Das ist, was ich damit sagen wollte, daß man die Errungenschaften der Revolution wieder aufgeben wollte. Ich bin der Meinung, daß es auch im Interesse der Geschäftswelt selbst liegt, wenn wir eine möglichst einheitliche Verkaufszeit festlegen. Im Interesse des Publikums und im Interesse der Verkäufer liegt das ohne Zweifel, denn auf diese Weise kann abends eine halbe Stunde eher Feierabend gemacht werden. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß es unbedingt notwendig ist, die Verkaufszeit in allen Geschäften einheitlich durchzuführen. Ich bitte Sie, unsern Antrag anzunehmen.

Der Antrag Meinert wird abgelehnt.

Der Antrag Bögeding-Künzler wird angenommen.

Nr. XI der Tagesordnung:

Antrag, betr. die Zustände in den bremischen Gefängnissen.

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation für das Gefängniswesen mit einem

schleunigen Bericht zu beauftragen, ob die Forderungen, die in der dem Senat vorliegenden Eingabe des am 13. März 1919 in einer Versammlung ehemaliger politischer Untersuchungsgefangener vom 4. Februar 1919 und von Mitgliedern des 21er Rats gewählten Ausschusses erhoben sind, anerkannt werden, und inwieweit diesen Forderungen, soweit sie bereits anerkannt sind, entsprochen ist.

Dr. Kunkler (U. S.): Herr Präsident! Im Anschluß an die Ereignisse im Februar dieses Jahres hat sich eine Organisation ehemaliger politischer Untersuchungsgefangener gebildet, die aus eigenen Erfahrungen die Zustände in den bremischen Gefängnissen kennen gelernt haben und aus diesen Erfahrungen den Gefangenen ihre Teilnahme zugewendet haben. Diese Organisation hat sich unter dem Namen „Gefangenenrat“ gebildet. Sie hat sich Mitte März, am 13. März mit einer Eingabe an den Senat gewandt, die in zwei Punkte zerfällt: 1. beantragen sie, die dringenden Mißstände in den Gefängnissen alsbald abzustellen, und 2. wird beantragt, auf dem Wege der Gesetzgebung oder Verwaltung eine Reform des Gefängniswesens herbeizuführen. Wenn man diese Eingabe liest, so muß man bekennen, daß die Forderungen der Eingabe im allgemeinen — abgesehen von dem einen oder anderen Punkt — berechtigt sind. Die Regierung — es handelt sich damals um die provisorische Regierung — hat zu der Eingabe zunächst die Erklärung abgegeben, daß sie die Eingabe, soweit sie die Beseitigung der geschilderten Mißstände in den Gefängnissen betreffe, zum Bericht an die Gefängnisdeputation verwiesen habe, daß in Bezug auf das übrige die Antragsteller, da sie selbst nicht zuständig sei, an die Nationalversammlung verwiesen. Der Gefangenenrat hat sich dann an meine Partei gewandt und sie gebeten, nach Zusammentritt der Nationalversammlung besonders den zweiten Punkt auf dem Wege der Gesetzgebung zu verfolgen. Wir haben, weil die Nationalversammlung mit dringlicheren Anträgen in Anspruch genommen war, in der Sache bisher nichts getan. Vor kurzer Zeit ist der Gefangenenrat nun wieder an uns herangetreten und hat uns mitgeteilt, daß ihre Eingabe, soweit sie der Gefängnisdeputation überwiesen worden ist, noch keine Erledigung gefunden habe, und wir glaubten nunmehr, uns der Befürwortung der Eingabe nicht länger entziehen zu dürfen.

Unser Antrag will nichts weiter, als den Senat ersuchen, die Gefängnisdeputation zu dem Bericht auf die Eingabe zu veranlassen, wobei ich selbst annehme, daß die vom Gefangenenrat aufgestellten Forderungen zum großen Teil erfüllt worden sind. Der Gefangenenrat nimmt ein lebhaftes Interesse an diesen Gefangenen und glaubt, berufen zu sein, sich ihrer anzunehmen.

Ich werde mich in meinen Ausführungen sehr bescheiden und Ihnen nicht alles schildern, was in der

Eingabe ausführlich dargelegt ist, sondern nur kurz auf die Hauptpunkte hinweisen. Da ist es zunächst die Kost, die nicht den hygienischen Forderungen entspreche. Wenn dabei auch nicht alle Wünsche befriedigt werden könnten, so müsse, so wird verlangt, daß den Gefangenen doch wenigstens das zu Teil werde, was die Bevölkerung im Durchschnitt während dieser schweren Zeit erhalte. Und es ist gewiß anzuerkennen, daß es nicht im Strafzweck liegt, daß die Gefangenen in körperlicher Beziehung in der Haft geschädigt werden. Weiter werden Wünsche in Bezug auf körperliche Bewegung geäußert (es soll ihnen für den Tag eine Bewegung in Form von 5 Km gestattet sein.) Sie sollten ausreichende Waschgelegenheit haben und Beleuchtung zum Zweck der Weiterbildung.

Was den zweiten Punkt betrifft, so ist von Seiten der Reichsregierung eine gesetzliche Regelung des Strafvollstreckungswesens ja nicht erfolgt, abgesehen von wenigen Bestimmungen und den Grundsätzen, die die verbündeten Regierungen erlassen haben, die hier nicht in Betracht kommen. Man wird, wenn man diesen zweiten Teil der Forderungen geprüft hat, anerkennen müssen, daß die Forderungen berechtigt sind. Die Grundsätze, von denen der Gefangenenrat in dieser Beziehung ausgeht, werden von allen Seiten gebilligt werden. So ist der Grundsatz aufgestellt, daß Strafen nicht den Zweck einer Vergeltung haben sollen, daß sie den Gefangenen in die Lage setzen sollen, sich auf friedlichem Wege im Interesse der Gesellschaft zu betätigen. Solchen Forderungen wird sich niemand entziehen können. Im einzelnen wird dann beantragt Anspruch auf Arbeit bei Zubilligung eines entsprechenden Lohnes, billiger Weise unter Abzug der Unterhaltungskosten. Schaffung einer Gelegenheit zur Fachausbildung und allgemeiner Bildung, Unterrichtsgelegenheit, wozu ja gerade für Gefangene die beste Gelegenheit gegeben und was ich besonders der Berücksichtigung für wert halte. Auf weitere Einzelheiten will ich nicht eingehen.

Auf einen besonderen Punkt der Eingabe muß ich indessen kurz eingehen. Der Gefangenenrat beantragt, ihn als solchen anzuerkennen, unter Mitteilung der Bedingung seiner Wahl, wonach insbesondere wählbar sein sollen nur diejenigen, die nach ihrer Entlassung sich eine gewisse Zeit — zwei Jahre — einwandfrei geführt haben. Das alles sind Forderungen, die der Billigkeit entsprechen, denen man sich jedenfalls nicht entziehen darf. Es ist dieses übrigens nichts neues, es sind Forderungen, die auch seitens der Behörden bei den sogenannten Gefangenenvereinen Anerkennung gefunden haben.

Wenn also eine Organisation von Leuten sich gebildet hat, die diese Zustände aus eigener Anschauung kennen gelernt haben, und gegen deren Rechtfertigung aus diesem Grunde durchaus keine Einwendung zu erheben sind, so wird man meines Erachtens auch dieser Forderung durchaus genügen können. Ich bitte also

dem Antrage, der lediglich dahin geht, ihnen eine Erklärung zuteil werden zu lassen, ob diese Forderungen anerkannt sind, und wie weit ihnen in Zukunft entsprochen werden kann, zuzustimmen.

Marburg (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Behörde für die Gefängnisse hat zu der Eingabe des Ausschusses ehemaliger politischer Untersuchungsgefangener noch nicht Stellung nehmen können. Es ist aber ein eingehender Bericht von der Strafanstalt erfolgt. Der erwünschte Bericht wird Ihnen also demnächst erstattet werden. Was die Forderungen der Eingabe betrifft, daß die Gefangenen ihre Eingaben entweder selbst oder durch Vermittlung eines Gefangenerrats bei der zuständigen Behörde einbringen möchten, so möchte ich darauf hinweisen, daß in dieser Richtung nach den Bestimmungen des Reglements von Januar 1905, welches eine Aenderung erfahren hat im Dezember 1907, bereits verfahren wird. Darin wird ausdrücklich festgelegt, daß ein Gefangener, wenn er die Absendung einer Eingabe verlangt, welche einen strafbaren oder beleidigenden Inhalt hat, aufmerksam gemacht werden muß auf die Folgen dieser Eingabe. Es ist ihm dann anheimzugeben, ob er den Antrag zurückziehen oder in eine andere Form kleiden will. Besteht er aber darauf, daß die Eingabe in der alten Form abgesandt werden soll, dann ist ihm zu eröffnen, daß seinem Wunsche Folge geleistet wird, daß er dann aber selbst die Folgen zu tragen haben wird. Sie ersehen daraus, daß im weitesten Maße dafür Sorge getragen wird, daß die Gefangenen ihre Wünsche und Beschwerden bei den zuständigen Behörden anbringen können. Es besteht daher nicht die geringste Veranlassung, einen Gefangenerrat deswegen einzusetzen oder einen solchen anzuerkennen. Der Landesverband lehnt aus diesen Gründen die Einsetzung eines Gefangenerrats ab.

Hüneke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Eingabe, die der Gefangenerrat an die Deputation für das Gefängniswesen oder vielmehr an den Senat gerichtet hat, liegt mir hier vor. Die Rede, die Herr Dr. Kunkler dazu hielt, hat viele andere Gesichtspunkte, die in dieser Eingabe nicht zutage getreten sind. Ich möchte, bevor ich auf die Worte des Herrn Dr. Kunkler eingehe, einiges zu dem sagen, was der Gefangenerrat hier als Forderung aufstellt. Er fordert zuerst, daß in den Gefängnissen dieselbe Kost und zum Mindesten dasselbe Quantum verabfolgt wird, was auch den in der Freiheit befindlichen Personen zukommt. Dieses ist bereits der Fall. Den Gefangenen werden 500 gr Brot gegeben, was uns gar nicht einmal zusteht, sowie Kartoffeln usw. Außerdem hat sich die Deputation dazu verstanden, daß nicht nur diese gewährt wird, sondern weil die Bevölkerung ja in der Lage ist, sich mehr Nahrung heranzuschaffen, als ihr zusteht, daß den

Gefangenen auch mehr gegeben wird. Deshalb wird auch den Gefangenen im Untersuchungsgefängnis, was bisher nicht der Fall war, eine Abendsuppe gegeben und zwar seit 1. Juli d. J. Das ist ein Beschluß der neu gewählten Gefängnisdeputation. Die Eingabe muß hier behandelt werden, weil sehr viele Sachen darin bemängelt werden, die schon seit langer Zeit überhaupt gar nicht mehr in dieser Weise bestehen. Es wird gründliche Waschgelegenheit verlangt. Diese ist da; es ist auch genügend Wasser vorhanden. Außerdem ist Badegelegenheit, im Sommer alle acht Tage und alle 14 Tage im Winter. Der Forderung, Lüftung der Zelle zu verlangen, kann im Untersuchungsgefängnis entsprochen werden. Es muß auch bedacht werden, daß die Heizung im Untersuchungsgefängnis schlecht ist; sie ist noch ein altes System und es ist vielleicht ganz richtig, daß wir uns in der Deputation darüber unterhalten, in welcher Art und Weise diese Heizung geändert werden kann. Es wird eine besondere Einrichtung in der Gefängnisverwaltung getroffen, daß es jedem einzelnen Gefangenen anheimsteht, sein Fenster jederzeit zu lüften. Eigene Wäsche kann den Untersuchungsgefangenen sofort gegeben werden, sobald der Antrag gestellt wird. Es ist dies aber nicht nur seit gestern oder vorgestern, sondern seit Jahren der Fall. Ich möchte das hier ausdrücklich erwähnen. Herr Dr. Kunkler spricht von den Gefangenen im allgemeinen, während in der Eingabe nur von den Untersuchungsgefangenen die Rede ist. Ferner steht dem einzelnen Untersuchungsgefangenen frei, sich jederzeit Bücher und Schriften besorgen zu lassen. Eine gründliche Reinigungsmöglichkeit des Eßgeschirrs außerhalb der Zelle kann nicht gewährt werden, da es ständig an Aufsehern mangelt, und auch nicht aus technischen Gründen. Außerdem wollen das viele Gefangene nicht, weil sie dann ihr eigenes Eßgeschirr nicht wieder bekommen. Sie reinigen dann lieber ihr Geschirr selbst. Das Licht kann bis neun Uhr gebrannt werden, sobald es der Gefangene verlangt. Ruhegelegenheit am Tage kann nicht gewährt werden und zwar aus folgenden Gründen: Der Gefangene hat 13 Stunden Ruhe-Gelegenheit auf seinem Bett, wird ihm nun auch noch am Tage Ruhegelegenheit gegeben, so kann er nachts nicht schlafen. Er hat ja auch Gelegenheit genug zum Ausruhen, er kann auf seinem Stuhl, auf seiner Bank sitzen. Es ist auch in Anbetracht der heutigen Zeit nicht recht, eine mehr als 13stündige Ruhe auf dem Bett zu verlangen, weil die Gefangenen ihre Zelle selbst in Ordnung halten müssen. Es sind auch darüber keine Beschwerden ergangen. Ein Mißstand, der von dem Gefangenerrat behandelt wird, sind die Klosetts. Im Untersuchungsgefängnis werden die Zimmerklosetts sehr bald abgekauft werden, daran läßt sich augenblicklich nichts ändern. Es ist doch schon davon die Rede gewesen, daß wir sie durch verschließbare Wasserklosetts ersetzen wollen, doch darüber muß wegen der hohen Ausgaben

in der Deputation verhandelt werden. Im zweiten Punkt der Eingabe werden viele Sachen behandelt werden, denen man zum Teil zustimmen kann. Die Behandlung der Gefangenen hat freundlich und geduldig zu sein, eine Kritik ihrer Straftat steht den Aufsehern überhaupt nicht zu. Jeder Verstoß dagegen wird sofort geahndet und eventuell mit Entlassung bestraft. Die Einrichtung des Zellenwagens ist seiner Zeit von den Gefangenen gewünscht worden. Die Gefangenen wollen nicht gern von der Polizei über die Straße geführt, sondern lieber im Gefangenewagen befördert werden, wo sie den Blicken des Publikums entzogen sind. Was das Heranholen des Arztes anlangt, so ist es selbstverständlich, daß das umgehend geschehen muß. Sie müssen aber auch bedenken, daß in den Gefängnissen nicht nur Leute sitzen, die aus politischen Gründen dort sind, sondern es sind sehr viele, und das ist die Mehrzahl, aus anderen Motiven dort. Wir haben es auch in Erfahrung gebracht, daß Gefangene es verstanden haben, immer wieder den Arzt heranholen zu lassen, wo es in Wirklichkeit gar nicht nötig war. Aus diesen Gründen ist ein Lazarett-aufseher da, der den Kranken untersucht und sobald er die geringste Handhabe hat, den Arzt holen läßt. Wir haben auch dafür gesorgt, daß stets so verfahren wird. Eine ärztliche Behandlung nach freier Wahl ist aus technischen Gründen nicht möglich. (Zuruf: Warum nicht?) Zuerst ist es nicht möglich, weil die Ärzte meist überlastet sind, außerdem muß der behandelnde Arzt unter allen Umständen mit den Einrichtungen des Gefängnisses vertraut sein. Es kann nicht angehen, daß ein Arzt, welcher die Einrichtungen nicht kennt, die Behandlung überhaupt übernimmt. Das sind Tatsachen, die eben da sind. Für die Versorgung der Familien der Gefangenen ist die Deputation nicht zuständig. Ein Recht der Gefangenen, ihre Wünsche und Beschwerden selbst oder durch Vermittlung an die zuständige Stelle zu bringen, ist dadurch gewährt, daß diese Gefangenen morgens der Behörde, dem Inspektor oder dem Direktor des Untersuchungsgefängnisses vorgeführt werden. Ich kann mir gar nicht denken, daß eine Deputation, die vom Volksparlament gewählt worden ist, durch den Gefangenerrat außer Amt gesetzt werden soll. Der Gefangenerrat kann ja vorläufig mit seinen Anregungen und Wünschen an die Deputation herantreten. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß wir in weitgehendem Maße alle diese Beschwerden und Wünsche untersuchen und soweit irgend möglich denselben entgegenkommen werden. Meine Fraktion hat auch nichts dagegen, wenn noch einmal darüber berichtet wird.

Dr. Künzler (U. S.): So dankenswert die Ausführungen der Herren der Gefängnisdeputation sind, so glaube ich doch, daß es zur Erleichterung sowohl der Nationalversammlung wie auch der Erledigung

dieses Antrages gebient hätte, wenn einfach in Gestalt eines Bescheides die Erklärung gegeben worden wäre, die nun die Mitglieder der Deputation uns geben mußten. Es ist außerordentlich schwer, nun zu den einzelnen Punkten auf Grund dieser Erklärungen Stellung zu nehmen.

Trotzdem ein Mitglied der Gefängnisdeputation Bericht erstattet hat, wäre es doch richtiger, wenn ein schriftlicher Bericht erstattet würde. Erst an Hand eines solchen, wären wir in der Lage, zu erkennen, welche einzelnen Punkte wir eventuell zum Gegenstand eines Antrages zu machen haben.

Wenn Herr Hüneke behauptet, ich hätte etwas erwähnt, was gar nicht in der Eingabe enthalten sei, so wüßte ich nicht, wie das möglich wäre. Mein Vortrag hat sich ausschließlich auf die Eingabe gestützt.

Wenn Herr Hüneke davon gesprochen hat, daß es doch nicht angehe, daß der Gefangenerrat als zweite Deputation eingesetzt werde, so hat die Eingabe auch nicht im entferntesten etwas derartiges verlangt. Sie hat lediglich gebeten, den Gefangenerrat insofern anzuerkennen, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, sich über die Zustände in den Gefängnissen auch weiterhin zu unterrichten und etwaige Wünsche auf Änderungen der Deputation zu unterbreiten, damit sie dort geprüft würden. Ich glaube, es liegt auch im Interesse der Sache, daß die Verwaltung sich in Fühlung mit den Gefangenen hält. Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. XII der Tagesordnung:

A n t r a g , betr. eine Beschlagnahme verfügbarer Wohnräume.

Die Bremische Nationalversammlung beschließt, den Senat zu beauftragen, sofort eine Beschlagnahme der verfügbaren Wohnräume vorzunehmen.

Als verfügbar sind anzusehen Wohnungen, die mehr als sechs Wohnräume enthalten und nur von einer Familie bewohnt werden.

Herr (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die Fraktionen zu dem Antrage genügend Stellung genommen haben und denselben nach meiner Begründung unterstützen werden, um endlich der elenden Wohnungsfrage in Bremen ein Ende zu bereiten. Insbesondere bitte ich Frau Bahnsen und Herrn Pastor Bode, den Antrag zu unterstützen und in der Debatte genau solches soziales Empfinden zum Ausdruck zu bringen wie in der vorigen Sitzung bei dem Antrage, betreffend das Wohlfahrtsamt. Zu den Arbeiten eines Wohlfahrtsamts gehört ja auch die Sorge für ausreichende und gesunde Wohnungen.

Wir haben in den Monaten April und Mai in Bremen 1753 Wohnungslose resp. Wohnungssuchende gehabt, für die 923 Wohnungen vermittelt sind. Es kommt hinzu, daß man einen großen Teil der Wohnungssuchenden anderswo untergebracht hat, so daß zusammen annähernd 1000 Wohnungssuchende untergebracht sind. Aber die übrigen? Fragen Sie nur, wo und wie die untergebracht sind! Es ist ein Trauerspiel, die betreffenden Wohnräume und das Leben und Treiben darin zu sehen, Tag für Tag kommen die Leute zu den Beamten, die ihnen Auskunft erteilen sollen, die Beamten aber wissen nicht ein und aus, was für Antworten sie den Leuten geben sollen. Junge Leute, die jahrelang draußen im Dreck gelegen haben und die nun wünschen, sich ein eigenes Heim zu gründen, können es nicht, weil sie keine Wohnung bekommen können. Fremde, die in Bremen arbeiten wollen, haben überhaupt keine Hoffnung, hier eine Wohnung zu bekommen. Es könnte durch ein Schild bekannt gemacht werden: Fremde, ihr habt keine Aussicht, eine Wohnung zu bekommen, bleibt Bremen fern! Selbstredend muß zunächst dafür gesorgt werden, daß die bremischen Steuerzahler und ihre Familien untergebracht werden. Sie müssen doch irgendwo wohnen können. Daß sie sich in Gasthöfen und Restaurants aufhalten, geht doch nicht, das können sich die Leute, die so wenig verdienen, auch nicht leisten. In der alten Bürgerschaft, die in diesem Hause tagte, hat schon vor dem Kriege Herr Tiedermann verschiedentlich die Wohnungsverhältnisse in Bremen kritisiert, aber die alten tagenbaren Volksvertreter in diesem Hause waren für diese Fragen immer taub. In den 4½ Kriegsjahren haben sich die Verhältnisse noch verschlechtert. Die Verhältnisse sind, wie gesagt, schon öfters kritisiert. Aber die Herren auf der anderen Seite, die am Osterdeich, in der Kohlhöferstraße, an der Contrescarpe und an der Schwachhauser Deersstraße wohnen, die freuen sich, daß sie selbst herrlich und schön wohnen, und bekümmern sich um die anderen nicht. Nicht aus Neid trage ich das vor, aber das Gefühl habe ich: wenn doch alle Menschen so untergebracht werden könnten, nicht daß Einzelne in großen, geräumigen Häusern wohnen, während andere in Hütten untergebracht werden! Diese Herrschaften haben Rauchzimmer, Speisezimmer, Empfangszimmer, verschiedentlich habe ich festgestellt, auch Billardzimmer. Diese Leute wissen nicht, wo sie zuerst ein- und ausgehen sollen. Und auf der anderen Seite? Wenn Sie sich mal in die Kasernen begeben wollen, in die elenden Gänge, wo Menschen haufen! Ich weiß nicht, ob Herr Pastor Bode oder Frau Bahnsen schon einmal in diesen Gängen gewesen sind, wenn nicht, möchte ich ihnen empfehlen, das einmal zu tun. In diesen Häusern wohnen Männer, Greise, Mütter und Kinder, denen man das Vaterunser schon vom Gesicht ablesen kann, sie alle wohnen oft zusammen. Und genau so ist es mit den Baracken des Staates,

die man zur Linderung der Wohnungsnot aufgestellt hat, diesen Baracken, die sich nicht viel von dem Kuhstall der Lebensmittellkommission unterscheiden. (Sehr richtig!) Man wagt es, in diesen Baracken Familien unterzubringen. Diese Baracken haben nur einen Schlafraum, nur ein Zimmer und eine kleine Küche, und da wohnen Vater, Mutter, Schwiegereltern und Kinder in einem Zimmer. Im Kriege waren die Soldaten froh, wenn sie Baracken als Unterkunft bekamen, weil es doch besser war, dort zu wohnen, als im Freien zuzubringen, sie benutzten die Tornister als Kopfstützen, hatten dann allerdings nach drei bis vier Tagen Mitbewohner am Leibe — diejenigen Herren, die damals in Baracken gewohnt haben, werden es mir bestätigen — aber Familien dürfen wir solche Wohnungen nicht anbieten; trotz des großen Materialmangels, den wir haben, dürfen wir das nicht. Ich habe feststellen wollen, wie weit es mit der Wohnungssuche für die Obdachlosen ist, es wurde mir aber bei der Anfrage im Wohnungsamt die Auskunft verweigert: (Hört! Hört!) der Herr Oberbaudirektor Thalenhorst habe gesagt, wenn jemand käme und Auskunft haben wolle, solle man ihn zu ihm schicken. (Zuruf von links.) Ich will aber mit Herrn Thalenhorst nichts zu tun haben, sondern für mich handelt es sich nur um die Wohnungsnot, über die doch statistische Zahlen vorliegen müssen. Ich habe auch bis Anfang Juni bereitwillig von den Beamten Auskunft erhalten und sehe nicht ein, warum mir die Auskunft von den Beamten jetzt verweigert wird. Wir können verlangen, daß wir als Vertreter des Parlaments jeder Zeit von den Beamten Auskunft erhalten, wenn wir sie vom städtischen Bureau wünschen. (Sehr richtig!) nicht aber, wie es dem Herrn Oberbaurat Thalenhorst persönlich beliebt. Für mich und uns ist nur die Stelle maßgebend. Dieser Herr Oberbaurat Thalenhorst hat aber im März einen Artikel veröffentlicht über die Raumsteuer. Ich bedaure, daß Herr Senator Donandt heute nicht hier ist, der in der vorigen Sitzung nicht wußte, woher wir das Geld für die Unter- und mittleren Beamten nehmen sollten. Da schrieb Herr Oberbaurat Thalenhorst auch, daß alle Räume, die leer ständen in den Häusern derjenigen Herrschaften, die über sechs Zimmer haben, zu Wohnungen für die Obdachlosen hergerichtet werden sollten. Das ist genau dasselbe, was wir wollen. Wie ich gehört habe, gehört Herr Thalenhorst zum L.-B. (Zuruf: Nein!) Wir haben noch nicht gehört, daß dem Vorschlage entsprochen ist. Wir wollen nicht ganz so hart sein. Wir haben den Antrag gestellt, daß der Senat eine Beschlagnahme der verfügbaren Wohnräume vornehmen soll und den Wohnungslosen zur Verfügung stellen solle, für so lange, bis die Wohnungsnot gelindert. Wir wissen, daß sich neue Wohnungen nicht so schnell herstellen lassen, wegen der Rohmaterialfrage. Diese Wohnungen sollen nicht für immer den Leuten entzogen werden,

sondern nur für die Zeit der Wohnungsnot, die ja voraussichtlich noch länger dauern wird. Nach dem 1. Juli wird sie sich noch wesentlich vergrößert haben.

Also es wissen einige hundert und auch mehr Menschen nicht, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. Nun, meine Damen und Herren, helfen Sie mit entscheiden. Wir müssen so hart sein und diese Wohnungen requirieren. Der Krieg hat uns ja einmal dazu gebracht, hart zu sein. Als der Rat der Volksbeauftragten noch hier in Bremen war, da war es ganz besonders unser Genosse Starke, der sich dieser Wohnungsfrage angenommen hat. Und der hat Mitte Januar eine Bekanntmachung erlassen: wenn bis 1. Februar nicht so und soviel Wohnräume zur Verfügung gestellt sind, dann würde er am 1. Februar so und soviel Wohnungen beschlagnahmen. Also hier war das Werk begonnen. Natürlich wurde durch den Judasstreich eines bekannten Mitgliedes dieses Hauses am 4. Februar, wo die Gerstenberger ihre Siege vorbereiteten, unsere Weiterarbeit unmöglich gemacht. Unser Genosse Starke hat damals erklärt: wir können doch die obdachlosen Familien nicht in Baracken hinein ziehen lassen, wir haben ja so viele andere Wohnungen, und die soll man . . .

Präsident: Herr Heuer, Sie haben von einem Judasstreich eines bekannten Mitgliedes dieses Hauses gesprochen. Sie haben den betreffenden Herrn nicht genannt, aber ich halte auch in dieser Form einen derartigen Ausdruck nicht für angebracht und muß ihn zurückweisen.

Heuer (H. S.): Herr Präsident! Sie haben das Recht, meine Ausführungen zurückzuweisen, aber die Wahrheit unterdrücken Sie nicht. Wir wissen schon, daß es etwas hart ist, wenn Leute ihre geräumigen Zimmer für einige Monate abtreten sollen. Aber der Krieg hat uns ja dazu gebracht. Es ist so mancher bessere Sohn und bessere Herr genötigt worden im Kriege, wenn es ihm auch schwer gefallen ist, sich zu bescheiden in seinen Ansprüchen, wie wir von der robusten Seite es schon immer gemußt hatten. In anderen Städten wie Hannover, Magdeburg, Hamburg usw. besteht genau so eine Wohnungsnot wie in Bremen, und in den Parlamenten dieser Städte sitzen genau die Leute von rechts, wie wir sie hier auch haben. Und wenn wir dieses Werk hier vollendet haben, dann wird man vielleicht auch auf Bremen schauen und sagen: Da seid ihr in Bremen einmal vernünftig gewesen in der Wohnungsfrage, das wollen wir euch nachmachen! Also entscheiden Sie und helfen Sie mit. Sie haben früher so und so viele Tausende von Mark bewilligt, wenn irgend ein hohes Tier nach Bremen kam, der Wilhelm II. und seine Gesellschaft, und da sollten Sie heute keinen Anstand nehmen, für eine so wichtige Sache wie die Wohnungsfrage auch einmal ein Opfer zu bringen. Helfen Sie mit, es ist ja nur für ein paar Monate, dann ist die Wohnungsfrage gelöst.

Zur Raumsteuer möchte ich empfehlen: wir wollen noch nicht von diesem Vorschlage des Herrn Oberbaurats Gebrauch machen; für die Zukunft aber wollen wir dieses Werk des Herrn Oberbaurats vollenden helfen. Vorläufig unterstützen Sie erst einmal unsern Antrag, Sie erfüllen damit Ihre Pflicht als Volksvertretung.

Präsident: Ich möchte nochmals auf § 41 unserer Geschäftsordnung hinweisen, in dem es heißt: „Wer zu reden wünscht, bittet, von seinem Sitz sich erhebend und seinen Namen nennend, um das Wort.“ Wenn mir nicht der Name genannt wird, ist es mir häufig unmöglich, festzustellen, wer sich gemeldet hat.

Baurat Knop (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag in der vorliegenden Form kann meines Erachtens auch von den Herren H. S. nicht angenommen werden. Nach dem zweiten Absatz dieses Antrages sind als verfügbar anzusehen Wohnungen, die mehr als sechs Wohnräume enthalten und von einer Familie bewohnt werden. Nach dem ersten Absatz sollen diese verfügbaren Wohnräume beschlagnahmt werden. Das heißt auf deutsch: Alle diese Familien sollen an die Luft gesetzt und sich neue Wohnung suchen. (Dr. Kunkler: Wenn man an den Worten klebt!) Das wäre also der Sinn des Antrages. (Dr. Kunkler: Man sollte doch keine Worte darüber verlieren!) Dann müssen Sie die Anträge so stellen, wie sie gemeint sind. Es scheint gemeint zu sein, daß man jeder Familie sechs Wohnräume zubilligt. Das wäre ein einfaches, aber höchst ungerechtes Verfahren. Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob eine Wohnung von einer einzelnen Dame oder von einer Familie mit zehn Kindern bewohnt wird. (Sehr gut!) Sie hätten wohl in dieser Hinsicht einen Unterschied machen und jeder Familie nach ihrer Kopfszahl eine bestimmte Anzahl von Zimmern zur Verfügung stellen müssen. Doch das nebenbei.

Bevor ich nun zu dem vorliegenden Antrage Stellung nehme, gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick über das, was bisher in Bremen geschehen ist. Wie Ihnen allen bekannt ist, leiden wir in Bremen schon seit einer Reihe von Jahren an einer erheblichen Wohnungsknappheit. Im allgemeinen fordert man ja, daß mindestens drei Prozent aller Wohnungen jeweils leer stehen sollen, um einen reibungslosen Wohnungswechsel zu ermöglichen. Bremen ist seit Jahren unter diesen Satz herunter gekommen. 1913 waren wir bei ungefähr 1/2 Prozent angelangt, so daß auf 200 Wohnungen eine einzige leere kam. Bei Ausbruch des Krieges trat naturgemäß eine Entspannung ein. Die Frauen vieler Männer, die eingezogen wurden, zogen zu ihren Eltern, zogen mit Geschwister zusammen, oder schränkten sonst ihren Wohnbedarf ein. Infolgedessen ging es dann einige Zeit gut. Aber schon 1916 änderte sich das Bild. Die vielen jungen Ehepaare, die sich inzwischen verheiratet hatten, mußten selbstverständlich eine Wohnung

haben. Dazu kam, daß die bremische Industrie im Laufe des Krieges sich stark entwickelt hatte und ihre Arbeiterzahl stark vermehren mußte. Während also auf der einen Seite der Bedarf wuchs, blieb auf der anderen Seite die Zahl der verfügbaren Wohnräume unverändert. Denn bald nach Ausbruch des Krieges hörte bekanntlich fast jede Bautätigkeit auf. Nach einiger Zeit wurde sie durch Zwangsmaßnahmen der Reichsregierung vollständig stillgelegt. So ist es erklärlich, daß schon Ende 1916 unsere Wohnungsreserven fast restlos aufgebraucht waren, so daß am 1. April 1918 das Schlimmste zu befürchten stand. Abhilfe war, wie die Verhältnisse nun einmal lagen, zunächst nur dadurch möglich, daß man in den vorhandenen Gebäuden Notwohnungen schuf. Ich bezeichne derartige in vorhandenen Häusern eingerichtete Wohnungen als Notwohnungen, im Gegensatz zu neuen Wohnungen. Tatsächlich handelt es sich in den meisten Fällen nicht um provisorische, sondern um durchaus gute, einwandfreie Wohnungen. Also wir mußten uns auf die Notwohnungen beschränken. Es war damals ein glücklicher Zufall, daß die Jutespinnerei kurz vor Beginn des Krieges 20 Häuser mit 80 Wohnungen ungefähr fertiggestellt hatte. Von diesen Wohnungen waren nur fünf bewohnt, die übrigen, in denen noch Maler- und Installationsarbeiten fehlten, wurden schleunigst fertiggestellt und vermietet. Außerdem wurden sämtliche Schulbaracken zu Wohnungen eingerichtet. Endlich ließ sich in den, von der Baumwollbörse auf Abbruch angekauften Häusern an der Balgebrück- und Marktstraße eine ganze Reihe von Wohnungen herstellen; ebenso in einigen Staatsgebäuden, so daß wir Anfang April 140 solcher Notwohnungen auf den Markt bringen konnten, was den Erfolg hatte, daß dieser Umzugstermin glatt überwunden wurde.

Während des Winter 1917/1918 hatten sich auf dem Gebiete des Wohnungswesens in sehr vielen Städten, namentlich in solchen mit entwickelter Kriegsindustrie, dieselben Erscheinungen wie in Bremen bemerkbar gemacht. Das Kriegsamt in Berlin sah sich deshalb gezwungen, das bestehende und auch strikte durchgeführte Bauverbot überall dort, wo eine Wohnungsnot vorhanden war, aufzuheben und die Bautätigkeit wieder in Gang zu bringen. In erster Linie bemühte sich das Kriegsamt, eine ausreichende Zahl von Ziegeleien in Betrieb zu setzen und die notwendigen Arbeiter und Handwerker durch Beurlaubung und Entlassung vom Militär zur Verfügung zu stellen. Leider ist es damals zum guten Teil bei dieser guten Absicht geblieben. Sobald sich infolge dieser geänderten Stellungnahme des Kriegsammtes die Möglichkeit bot, die Wohnungsnot durch den Neubau von Häusern zu heben, griff der damals ins Leben gerufene Ausschuss für Wohnungs- und Siedelungswesen entschlossen zu. Ist genug hat man hier — ob mit Recht oder Unrecht will ich unerörtert lassen — gesagt, daß Bremen jedesmal eine Pferdelänge zu spät komme. Auf diesen Fall

trifft es ganz bestimmt nicht zu; im Gegenteil, Bremen kann für sich in Anspruch nehmen, daß es in diesem Falle in erster Linie marschiert ist. Der Ausschuss erkannte, daß infolge der stark gestiegenen Arbeitslöhne und Baustoffpreise die Herstellung neuer Wohnungen ohne erhebliche staatliche Beihilfe ganz unmöglich sei, und entschloß sich, diesen Weg zu beschreiten. So viel uns bekannt ist, war Bremen die erste Stadt, die so vorging. Gesprochen und geschrieben wurde damals schon viel von den verlorenen Baukostenzuschüssen. Im Mai 1918 nahm auch der Reichstag einen Antrag an, wonach 500 000 000 M. zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen zur Verfügung gestellt werden sollten. Es dauerte aber bis Ende Oktober/Anfang November, bevor die ersten 300 000 000 M. bewilligt wurden und auch die Bestimmungen herauskamen, unter denen die Zuschüsse bewilligt wurden. Die Städte und Gemeinden, die darauf gewartet hatten, hatten also die günstige Zeit nutzlos verstreichen lassen. Im Gegensatz dazu hatte Bremen bereits im Frühjahr 1918 verschiedenen gemeinnützigen Bauvereinen und Unternehmern Kostenzuschüsse unter gewissen Bedingungen, auf die ich hier nicht weiter eingehen will, bewilligt. Außerdem gab der Staat auf Wunsch in diese Häuser die zweiten Gelder von 50 bis 80 Prozent zum Zinsfusse von 5 Prozent mit der Verpflichtung, diese Hypotheken von einem gewissen Zeitpunkt ab mit 2 Prozent zu tilgen. Selbstverständlich erforderte diese Maßnahme erhebliche Mittel, die von der Kriegsdeputation in voller Würdigung der Sachlage auch bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden. Um aber diese großen Lasten dem Staat nicht allein aufzubürden, wurde schon damals die Industrie angegangen und aufgefordert, auch zu ihrem Teil zu diesen verlorenen Baukostenzuschüssen beizusteuern. Diese Anregung hatte Erfolg; in kurzer Zeit brachte die Industrie 1/2 Million auf, die auch bereits eingezahlt ist. Außerdem erklärten sich einige Werke bereit, selbst Wohnungen zu bauen und bei dem Bau dieser Wohnungen selbst diese Zuschüsse zu leisten. Dadurch ist der Staat um weitere 200 000 M. entlastet worden.

Neben dem Bau von neuen Häusern, wurde auch die Einrichtung von Wohnungen in alten Häusern in energischer Weise weiter betrieben. Die Bauherren, die sich für einen Um- und Ausbau bereit fanden, erhielten 30 bis 40, in einzelnen Fällen bis 50 % der ganzen Kosten als Zuschuß, auf Wunsch auch die Restsumme als Darlehen, die sie in kurzer Zeit tilgen mußten. Als dann die Unterseebootbaracken bei der A.-G. Weser frei und nicht mehr gebraucht wurden, sicherte sich der Ausschuss diese Baracken. „Baracken“ ist eigentlich ein falscher Ausdruck: es sind Holzhäuser mit durchaus guten Wohnräumen. Es gelang ferner, noch einige andere Holzhäuser zu bekommen, die am Hohentor aufgestellt wurden. Diese Baracken am

Hohentor haben uns zusammen mit den U-Bootsbaracken 48 Wohnungen gebracht. Gegenüber dem Borredner möchte ich aber feststellen, daß diese Baracken mit Ställen gar nicht zu vergleichen sind. Ich erwähnte vorhin die Schulbaracken; wenn diese jahrelang für Schulzwecke genügt haben, so sind sie jetzt auch für Wohnzwecke brauchbar. Ebenso sind die Holzhäuser bei der A.-G. Weser . . . (Puf von links: Gehen Sie doch hinein!) Ich besitze meine Wohnung und brauche das nicht! (Heiterkeit.) Auch diese Holzhäuser sind durchaus gut. Herr Oberbaurat Thalenhorst hat sie vorgestern noch besichtigt und dabei mit einer Reihe von Frauen gesprochen, die ihm alle übereinstimmend die Versicherung gegeben haben, daß sie dort gern wohnten. (Zurufe von links.) Bringen Sie mir den Gegenbeweis!

Wenn trotz aller Bemühungen nicht das erreicht ist, was der Ausschuß gern erreicht hätte, so lag das an den Verhältnissen, die wieder einmal stärker waren als wir Menschen. Ich habe schon gesagt, daß es anfangs an den nötigen Ziegelsteinen und an nötigen Arbeitskräften fehlte. Die Bemühungen des Kriegsamts, hier Besserung zu schaffen, hatten wenig Erfolg. Die Ziegeleien hatten entweder keine Arbeiter oder keine Kohlen; meistens fehlte beides, so daß die Produktion im vorigen Jahre nicht die Hälfte der der Friedensjahre war. Dazu kam die geringe Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge der schlechten Ernährung. Als dann nach der Demobilisierung Arbeitskräfte genug vorhanden waren, fehlte es wieder an den Baustoffen.

Der Rohstofffrage haben wir von Anfang an die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Um die Baukosten für die neuen Wohnungen, die ohnehin schon hoch genug waren, nach Möglichkeit herabzumindern, hat sich der Ausschuß entschlossen, möglichst alle Baustoffe im großen einzukaufen. Soweit mir bekannt, ist Bremen die einzige Stadt, die in dieser Weise vorgegangen ist. Mit diesem Einkauf im großen war, abgesehen von den erheblichen Ersparnissen, der weitere Vorteil verbunden, daß den Unternehmern die vielen Schreibereien, Wege und Reisen abgenommen wurden, die sie sonst hätten machen müssen, um die vielen beschlagnahmten Baustoffe freizubekommen und immer rechtzeitig die nötigen Waggon gestellt zu bekommen. So waren wir schlecht und recht durch den Sommer hindurchgekommen. Da kam die Revolution, und damit wuchsen die Schwierigkeiten ins endlose. Es fehlte mehr oder weniger an allem. Zufuhr von auswärts war wochenlang, monatelang nicht möglich. Wir kauften deshalb alle irgendwie greifbaren Vorräte an Ziegelsteinen von der Oberweser, die auf Schiffen heran gebracht wurden, ebenso Zement von Hamburg und konnten uns damit einigermaßen durchhelfen. Ich habe dies alles etwas ausführlich dargelegt, um Ihnen einen ungefähren Bild von den Schwierigkeiten zu geben, die der Ausschuß zu überwinden hatte, um

das gesteckte Ziel einigermaßen zu erreichen. Der Erfolg war, daß Anfang April dieses Jahr 280 neue Wohnungen und etwa 380 Notwohnungen fertiggestellt waren. Inzwischen hatten sich die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt aufs äußerste zugespitzt. Nach der Demobilisierung kehrten viele Soldaten nach Bremen zurück, und diejenigen von ihnen, die während des Krieges ihre Wohnungen aufgegeben hatten, verlangten mit gutem Recht wieder eine Wohnung. Infolgedessen wuchs die Zahl der Wohnungssuchenden rapide. Am 1. Februar lagen rund 1000, am 1. März über 1200 Meldungen beim Wohnungsnachweis vor. Diese Zahlen sagen aber nicht viel, nicht so viel, wie sie zu sagen scheinen. Das liegt daran, daß der Wohnungsnachweis die bei seiner Einrichtung in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat. Er kann diese Erwartungen auch unmöglich erfüllen, weil sowohl die Hausbesitzer wie die Mieter sich die redlichste Mühe geben, dem Wohnungsnachweis jedes erspriessliche Arbeiten unmöglich zu machen. Die Hausbesitzer melden in den meisten Fällen die leeren Wohnungen nicht an. Sie fürchten vielleicht, daß ihnen vom Wohnungsnachweis Mieter zu gewiesen werden könnten, die ihnen nicht zusagen. Diese Befürchtung ist, wenn auch nicht gerechtfertigt, so doch begreiflich. Ganz unverständlich ist aber das Verhalten der Mieter. Sie melden sich wohl, wenn sie in Not sind und eine Wohnung suchen, wenn sie aber eine Wohnung gefunden haben, halten sie es nicht für nötig, sich wieder abzumelden. Da ist es selbstverständlich, daß der Wohnungsnachweis eine Uebersicht über den Wohnungsmarkt nicht gewinnen kann und schlechterdings mit den Zahlen nichts anzufangen weiß. Wenn sich der Borredner darüber beklagt, daß ihm beim Wohnungsnachweis vom Personal keine Zahlen gegeben worden sind, sondern daß man ihn an Herrn Oberbaurat Thalenhorst verwiesen habe, so begreife ich nicht, wie er sich darüber beschweren kann. Wohin sollte es denn führen, wenn von jedem Beamten oder Hilfsangestellten oder Schreiber einer Behörde eine verbindliche Auskunft gegeben werden dürfte? (Zuruf von links.) Herr Oberbaurat Thalenhorst ist der erste Leiter des Wohnungsnachweises und infolgedessen auch die richtige Person, die diese Auskunft geben kann; daran ist nicht zu zweifeln.

Doch zurück zum Thema. Bei der großen Zahl der Anmeldungen — 1200 am 1. März — und bei der geringen Anzahl von verfügbaren Wohnungen zögerte der Ausschuß keinen Augenblick, alles menschenmögliche zu tun, um der Not abzuweichen. Gegen Ende Februar wurden vom Staat 50 Einfamilienhäuser in Auftrag gegeben, die nach einem bewährten Schnellaufsystem hergestellt und zum Teil noch zum 1. April fertig werden sollten. Ich komme später darauf noch zu sprechen. Außerdem regte der Ausschuß den Erlaß einer Verordnung über die Beschlagnahme verfügbarer Wohnräume an. Wenn Herr Heuer das

Verdienst an dieser Verordnung nur für Herrn Starke in Anspruch nimmt, so stimmt das nicht ganz. Ich will nicht sagen, daß Herr Starke vielleicht nicht von selbst mit dieser Verordnung gekommen wäre. Tatsache ist aber, daß über eine derartige Anordnung im Ausschuß schon beraten war, bevor Starke zur Regierung kam. In der einzigen Sitzung, die wir Beamten mit Herrn Starke hatten, legte Herr Oberbaudirektor Thalenhorst den Entwurf für eine solche Verordnung vor, und dieser Entwurf ist denn auch bei der Verordnung des Herrn Starke vom 30. Januar benutzt worden (Hört! hört!).

Die Provisorische Regierung erließ dann unter Aufhebung dieser Verordnung eine neue Verordnung unter dem 14. Februar. Sie lautet in § 2:

Die Inhaber von großen Wohnungen sind verpflichtet, die nach Ansicht des Wohnungs- und Siedlungsamtes entbehrlichen Räume, den ihnen von dem Wohnungsnachweis zugewiesenen Wohnungsuchenden (Einzelpersonen und Familien), in besonderen Notfällen auch mit Mobilar und Kochgelegenheit, zu überlassen und die erforderlichen Umbauten zu gestatten. Ueber den Umfang der erforderlichen Umbauten entscheidet das Wohnungs- und Siedlungsamt.

Auf Grund dieser Verordnung ist man alsbald vorgegangen. Um beurteilen zu können, wieviele Wohnungen für eine Beschlagnahme in Frage kämen, wurden die Häuser, die nach Angabe der Brotkartenzentrale nur von wenigen Personen bewohnt wurden, einer Prüfung unterzogen.

Die Zahlen, die von der Brotkartenzentrale aufgegeben wurden, sind eigentlich überraschend gering; es sind nur etwa 1000. Diese Erhebung und die drohende Beschlagnahme hatten zunächst den Erfolg, daß etwa 120 Wohnungsinhaber freiwillig erklärten, je eine Familie aufnehmen zu wollen, weitere 100 vermieteten an Einzelpersonen. Außerdem haben Hauseigentümer, die über sonstige Räume und Häuser verfügten, 17 Wohnungen eingerichtet. Im übrigen stellte sich bei der Untersuchung der Wohnungen heraus, daß nur ein geringer Teil, 170 bis 180, zur Aufnahme einer zweiten Familie geeignet waren. Tatsächlich beschlagnahmt wurden alle leerstehenden gemeldeten Häuser, in denen 28 Wohnungen geschaffen werden konnten. Inzwischen hatte die Zahl der Wohnungsuchenden bei genauer Prüfung stark abgenommen. Allein 430 hatten auf irgend eine Weise Wohnung gefunden, ohne dem Wohnungsnachweis Meldung zu erstatten; zirka 400 hatten auf nochmalige Anfrage nicht geantwortet, und von diesen muß man annehmen, daß sie, wenigstens zum größten Teile, Wohnungen bekommen hatten. 200 Familien konnten in ihren Wohnungen verbleiben. Jedenfalls ist es gelungen, zum 1. April alle Wohnungsuchenden unterzubringen, ohne von der Beschlagnahme Gebrauch zu machen.

Die Frage ist nun: wie wird sich die Marktlage zum 1. Oktober, einem kritischen Tage erster Ordnung, gestalten? Zuzug und Fortzug halten sich nach Feststellungen des statistischen Amtes schon seit längerer Zeit die Wage. Mit einer Abwanderung von Bremen, die viele voraussagen, ist für die nächsten Monate nicht zu rechnen. Im Gegenteil, es ist anzunehmen, oder wenigstens zu hoffen, daß unsere Kriegsgefangenen aus England und Frankreich spätestens bis zum 1. Oktober zurückgekehrt sein werden.

Wieviel davon für Bremen in Betracht kommen, steht nicht fest. Es wird aber immerhin eine recht erhebliche Anzahl sein. Dadurch werden die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Wohnungsfrage noch wachsen. Die überwiegende Masse der Wohnungsuchenden stellen die jungen Ehepaare. Ich will in diesem Zusammenhange nur erwähnen, daß in Bremen im April 254 und im Mai 317 Ehen geschlossen sind. Zur Zeit liegt, wie auch Herr Heuer schon sagte, wieder eine erhebliche Zahl von Meldungen beim Wohnungsnachweis vor, und nach den Erfahrungen im ersten Quartal ist zu erwarten, daß diese Zahl noch von Woche zu Woche steigt. Bei dieser Sachlage ist sich der Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen klar darüber, daß alles geschehen muß, um bis zum 1. Oktober noch möglichst viel fertigzustellen. Der Ausschuß hat deshalb auch fast sämtliche Anträge auf Bewilligung von Baukostenzuschüssen genehmigt. Nur wenn ganz triftige Gründe vorlagen, sind sie abgelehnt worden. Im ganzen sind bisher für 1100 Wohnungen Zuschüsse bewilligt. Die Zuschüsse haben bereits die Höhe von $5\frac{1}{4}$ Millionen erreicht und werden durch Nachbewilligungen, die eine Folge der dauernden Lohn- und Preissteigerungen sind, um weitere 1 bis $1\frac{1}{4}$ Million zunehmen, so daß wir also mit einer Summe von $6\frac{1}{4}$ bis $6\frac{1}{2}$ Millionen zu rechnen haben. Ferner hat der Ausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen, außer den erwähnten 50 Betonhäusern weitere 54, die auf demselben Grundstück Platz haben, ebenfalls auf Staatskosten zu bauen. Der Ausschuß würde gern bereit sein, weitere Zuschüsse zu bewilligen oder auch selbst für Rechnung des Staates weiter bauen zu lassen, wenn nur die Möglichkeit bestände, wirklich mehr auszuführen, als schon in Arbeit ist. Leider muß dies als ausgeschlossen gelten. Die Ziegelnot ist zwar augenblicklich behoben, Zement und Kalk fehlen aber fast vollständig, jedenfalls sind sie nicht annähernd in den Mengen vorhanden, die gebraucht werden, so daß viele Neubauten schon jetzt zeitweise stillliegen müssen; ja vielleicht scheitern wir demnächst überhaupt an der Kalk- und Zementnot. Diese Gefahr zwingt mich, hier auf den eigentlichen Grund dieser Schwierigkeiten einzugehen. Es sind das namentlich die wilden Streiks, die in den letzten Monaten im Kohlenrevier stattgefunden haben, und die hierdurch bedingte geringe Kohlenförderung. Noch heute, wo wir fast die halbe Ziegel-Kampagne

hinter uns haben, haben die ganzen Ziegeleien von den ihnen zugestandenen offiziellen Kohlenmengen auf rechtem Wege noch nichts erhalten. Zementfabriken und Kalkbrennereien liegen fast vollständig still und wenn wir trotz aller unserer Bemühungen nicht mehr schaffen können, so liegt es letzten Teiles an dieser Kohlennot, und die Ursache davon sind die Streiks im Ruhrgebiet. Leider hat aber auch ein Teil der bremischen Arbeiterschaft dazu beigetragen, die Beschaffung von Wohnungen zu erschweren. Sobald wir die 50 Betonhäuser am Industriehafen angefangen hatten, forderten die Arbeiter dieser Baustelle, sie wollten nur noch 7 Stunden arbeiten und für 8 Stunden bezahlt haben, dazu das Jahrgeld für die Elektrische. Der Grund sei die Entlegenheit der Baustelle. (Sehr richtig!) Herr Lindau ruft sehr richtig. Er übersteht aber, daß wir seit vorigem Frühjahr auf derselben Baustelle, nur noch etwas weiter von der Stadt entfernt, 60 Wohnungen für den Verein für Arbeiter-Wohnungen ausführen. Die Arbeiter und Handwerker auf dieser Baustelle haben bisher noch nichts gesagt. Die Arbeiter bei den Betonhäusern haben auch gar nicht erst versucht, durch Verhandlungen eine Einigung zu erzielen. Sie haben die Arbeit niedergelegt und zwar auf Veranlassung von einigen wenigen. Die meisten sind zu der Firma gekommen und haben gesagt: Wir würden gern weiter arbeiten, wir dürfen aber nicht. Im übrigen ist festgestellt worden, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter in der westlichen Vorstadt wohnte, daß sie also keinen weiten Weg zu machen hatten. Leider haben auch gestern die Ziegelerbeiter, trotzdem gerade ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses gefällt war, die Arbeit niedergelegt. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Ich hoffe, daß die Sache in Ordnung kommt und daß die Ziegelerbeiter zu ihrem Teil dazu beitragen werden, uns das Bauen zu ermöglichen.

Die Unsicherheit, in der wir wegen der Ungewißheit in vielen Fragen leben, macht es natürlich schwer, zu übersehen, was nun weiter fertigzustellen ist. Fertig geworden sind bis 1. Juli außer den vorerwähnten 280 Wohnungen weitere 160 Wohnungen. Zum 1. Oktober rechnen wir mit der Fertigstellung von 425 bis 450 Wohnungen, zu welchen die kürzlich bewilligten 54 Betonhäuser hinzukommen, und 100 bis 125 Notwohnungen. Gegenüber der großen Nachfrage und dem noch täglich steigenden Bedarf ist das leider nicht viel. Es ist aber das, was an Wohnungen zu schaffen wirklich menschenmöglich war. Wer von Ihnen die Mitteilungen des statistischen Amtes in Berlin gelesen hat, wird dort gefunden haben, daß Bremen neben Essen in der Herstellung neuer Wohnungen dauernd an der Spitze marschiert und zwar nicht nur im Verhältnis zur Einwohnerzahl, sondern absolut genommen. Was das bei einer Stadt im Umfange wie Bremen heißt, brauche ich nicht zu sagen.

Ich hoffe, daß dieses genügen wird, um Ihnen zu zeigen, daß in Bremen alles mögliche geleistet ist. Um es noch einmal kurz zusammenzufassen: So bald es nur irgend möglich war, haben wir angefangen zu bauen; als eine der ersten Städte haben wir Baukostenzuschüsse bewilligt und haben weiter Mittel für zweite Hypotheken zur Verfügung gestellt, ferner haben wir den Bau von Häusern auf eigene Rechnung in die Hand genommen. Auch darüber sind wir hinausgegangen, denn der Ausschuß hat sich, wie ich schon erwähnte, nicht ge scheut, an die Beschlag nahme von überflüssigen Wohnräumen heranzutreten, als es notwendig erschien. Was ein solcher Eingriff in die Wohnungsverhältnisse und damit in die Familienverhältnisse bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. In Bremen, der Stadt des Einfamilienhauses ist jedem einzelnen seine Wohnung von jeher etwas heiliges gewesen, jedenfalls ganz etwas anderes, als es die Mietwohnung in anderen Großstädten je sein kann. Trotzdem wird der Ausschuß nicht vor solcher Beschlag nahme zurückschrecken dürfen, wenn es die Verhältnisse unbedingt erfordern. Wahrscheinlich werden die Vorarbeiten in dieser Beziehung sehr bald beginnen und sie werden vielleicht auch ein etwas besseres Ergebnis liefern, als im März, wo die Erhebungen in größter Eile vorgenommen werden mußten. Es werden selbstverständlich noch andere Maßnahmen dauernd erwogen. Kürzlich stand schon eine Bekanntmachung in der Zeitung, worin vor dem Zuzug nach Bremen gewarnt wird. Vielleicht wird es sich empfehlen, den Zuzug noch auf irgend eine andere Weise zu erschweren, denn wir haben kein Interesse daran, noch mehr Fremde nach Bremen zu ziehen. Auch die Wohnraumsteuer ist im Ausschuß vom Wohnungs- und Siedlungswesen wiederholt besprochen worden. Es wäre sehr viel günstiger — — —

Präsident: Ich möchte Sie ersuchen, auf dieses Gebiet nicht weiter einzugehen.

Knop: Ich wollte nur darauf eingehen, weil auch der Herr Vorredner hierüber gesprochen hat, kann aber auch davon absehen. Jedenfalls glaube ich nachgewiesen zu haben, daß in Bremen alles geschieht, was geschehen konnte, daß auch von einem Beschlagnahmerecht der beste Gebrauch gemacht werden wird, wenn es nötig ist. Infolgedessen sehe ich nicht ein, was mit diesem Antrag des Herrn Drettmann noch erreicht werden soll. Ich erlaube mir daher, einen Änderungsantrag zu stellen, der sich im Sinne meiner Ausführungen bewegt:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, was bisher zur Behebung der in Bremen herrschenden Wohnungsnot geschehen ist, und welche Maßnahmen in

Vorbereitung sind, um insbesondere zum 1. Oktb. ds. Jrs. der Wohnungsnot nach Möglichkeit zu begegnen.

Ich höre da eben noch, daß man zu der zuständigen Behörde kein Vertrauen habe. Es ist bisher nicht üblich gewesen, Aufgaben, für die eine Deputation oder eine Subdeputation besteht, einer anderen Stelle zuzuweisen. In den Deputationen sind alle Parteien im Verhältnis ihrer Stärke vertreten, wenigstens diejenigen, welche mitarbeiten wollen. Gehen Sie nur in die Deputationen hinein, dann werden Sie auch mitreden und mitbestimmen können. Warum sollen wir nicht in diesem Falle das vollste Vertrauen zu der zuständigen Behörde haben? Die zuständige Behörde wird sehr bald berichten, denn soviel ich weiß, ist dieser Bericht schon in seinen Grundzügen fertig. Sie werden ihn also schon in wenigen Tagen haben. Ich bitte daher, meinem Antrage zuzustimmen.

Präsident: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß nach den ausführlichen Darlegungen des Herrn Baurats Knop noch acht Redner zum Wort angeschrieben sind, die ich bitten muß, sich etwas kürzer zu fassen.

Frau Bardenheuer (M.-S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich will der Aufforderung des Herrn Präsidenten nachkommen und mich kurz fassen. Ich meine, es bedarf nicht langer Ausführungen darüber, daß wir eine Wohnungsnot in Bremen haben. Das ist uns allen bewußt. Wir sind alle der Meinung, daß eingegriffen werden muß. Da nun, wie wir aus dem Bericht gehört haben, die Schaffung von neuen Wohnungen nicht im wesentlichen Maße erreicht werden kann, so bleibt uns nichts anderes übrig als die Beschlagnahme. Nun beklagen sich die Unabhängigen immer, daß ihre Anträge nicht angenommen werden. Ich meine aber, daß der Antrag Drettmann in der Form, wie er gestellt ist, unmöglich angenommen werden kann. Wenn die Herren sich auf den Standpunkt stellen, daß man doch wisse, was gemeint ist, so muß doch verlangt werden, daß auch gesagt wird, was gemeint ist. (Sehr richtig!) Man kann nicht einen Antrag annehmen, der sagt, es sollen alle Wohnungen mit mehr als sechs Wohnräumen beschlagnahmt werden, wenn gar nicht in Betracht gezogen wird, wer in diesen Räumen wohnt, und wie groß die Wohnräume sind. Das Bremer Einfamilienhaus hat z. B. mehr als sechs Wohnräume, und wir wissen sehr gut, daß wir eine ganze Menge kleiner Straßen haben, in denen z. B. das sogenannte dritte Zimmer und das Zimmer über der Haustür so klein sind, daß kaum einmal ein Bett darin stehen kann. Das muß doch auch berücksichtigt werden, aber davon steht nichts in dem Antrage. Im übrigen, meine ich, muß auch das berichtet werden, daß die Beschlagnahme der Wohnungen nicht erfolgen kann, ohne daß die Bestimmungen über die Beschlagnahme

geändert werden. Denn die Beschlagnahme kann augenblicklich nur so gehandhabt werden, daß der Staat die gesamten Umbaukosten in dem Hause übernehmen muß, während es doch nicht mehr als gerechtfertigt ist, daß derjenige, der sein Haus durch diesen Umbau irgend wie rentabler gestaltet, auch einen Teil der Baukosten tragen muß. Ich hatte einen Antrag formuliert, der einen Bericht verlangen sollte. Aber ich meine, nachdem wir eben von Herrn Staatsbaurat Knop einen so langen und ausführlichen Bericht über die Maßnahmen, die getroffen worden sind, um die Wohnungsnot zu bekämpfen, gehört haben, da Herr Staatsbaurat Knop in derselben Behörde sitzt, die den Bericht geben soll, können wir auf einen schriftlichen Bericht wohl verzichten. Wir könnten uns darauf beschränken und sagen:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, das Wohnungsamt mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, in welchem Umfange eine Beschlagnahme von Wohnungen im ganzen bremischen Staatsgebiet erfolgen kann.

Ich meine nämlich, daß auch die Verhältnisse in Bremerhaven und im Landgebiet berücksichtigt werden müssen. Ich bitte den Antrag in dieser Form anzunehmen.

Groll (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Interesse habe ich den Bericht des Herrn Knop entgegengenommen. Wir sehen daraus, daß schon sehr viel getan ist, um in Bremen die Frage der Wohnungsnot zu lösen. Das Landgebiet ist dabei aber nicht berücksichtigt worden, trotzdem die Wohnungsnot dort ebenso groß, wenn nicht größer ist, da dort zum Teil die in Frage kommenden Wohnungen nicht mehr als menschliche Wohnungen anzusprechen sind. In allen Teilen des Landgebiets ist in den letzten zehn Jahren fast gar nicht gebaut worden. In einigen Gemeinden des Landgebiets sind Wohnungen in Ueberschuss, in anderen herrscht Mangel an Wohnungen. Vor kurzem sind nun die Krieger aus dem Felde zurückgekommen, und es fehlt den jungen Eheleuten, die kriegsgetraut sind, an Wohnungen. Ein großer Teil von ihnen, die vor dem Kriege bereits verlobt waren, sind nicht in der Lage, sich einen eigenen Hausstand zu gründen, weil sie keine Wohnungen bekommen können. Wenn im Landgebiet in eine Gemeinde ein Landjäger, eine Hebamme, ein Schullehrer kommen, haben wir nicht einmal Wohnungen für diese Personen. Vor dem Kriege hat man der Wohnungspolitik der Sozialdemokraten aufs hartnäckigste Widerstand geleistet. In der Gemeindevertretung haben unsere Anträge auf Herrichtung von Arbeiterwohnungen niemals Unterstützung gefunden, weil die Grundbesitzer einfach sagten, wir wollten nur Sozialdemokraten züchten. Derartige Motive wurden uns vor dem Kriege entgegengehalten. Unbedingt muß im Landgebiet etwas getan werden, um der Wohnungsnot zu steuern.

Die Verhältnisse sind da so, daß es nicht so weitergehen kann. Es geht nicht an, daß im Landgebiet Sommerfrischler Wohnungen innehaben, während die eigenen Gemeindeangehörigen nach der Stadt abwandern müssen, weil sie draußen keine Wohnungen finden können. In einigen Gemeinden sind, wie ich schon sagte, Wohnungen die Hülle und Fülle, die Begüterten, die Hofmeier und selbst Grundbesitzer vermieten Wohnungen an gut situierte Leute aus der Stadt, während die eigenen Gemeindeangehörigen keine Wohnung haben. Ihnen muß geholfen werden. Deshalb werden wir den Antrag Bardenheuer unterstützen, der den Senat beauftragt wissen will, in geeigneten Fällen die Beschlagnahme von Wohnungen vorzunehmen.

Garves (D.): Herr Präsident! Meine Herren! (Zuruf von links: Nun entwickeln Sie ihr kommunistisches Programm!) Der Herr Vorredner hat sich, wie er ausgesprochen hat, mit den sachlichen Ausführungen des Herrn Baurat Knop einverstanden erklärt. Natürlich sind die Herren von der U. S. nicht damit einverstanden. Sie sollten aber gerade aus den Worten des Herrn Baurat Knop das heraushören, was er gesagt haben sollte. Was er nämlich so ganz verblümt zum Ausdruck hat bringen wollen, ist, daß an der Wohnungsnot in erster Linie die Herren von der U. S. schuld sind. Diese Herren mit den Kommunisten (Zuruf von links: Sie Kommunist!) haben durch die Revolution alles auf den Kopf gestellt, so daß es dem Staat unmöglich ist, für den nötigen Bau von Wohnungen zu sorgen. Die Herren von der U. S. sind diejenigen, die uns das heute wieder unmöglich machen, indem sie Unzufriedenheit in die Reihen der Vergarbeiter hineintragen, so daß sie nicht genügend Kohlen fördern und es unmöglich ist, Ziegelsteine zu bekommen, um Wohnhäuser bauen zu können. Jetzt verlangen die Herren, daß der Senat einen Bericht darüber geben soll. . . . (Rufe von links: Nein!), oder sie wollen direkt enteignen, beschlagnahmen. Daß Wohnungen gebaut werden, verhindern sie durch ihre Maßnahmen, durch die sie die Arbeiter aufgehetzt haben. Seien wir doch ehrlich: Sie halten hier lange Reden, während Sie verpflichtet wären, in den Deputationen und Kommissionen mitzuarbeiten. (Zuruf von links: Das haben Sie uns unmöglich gemacht!) Sie wollen nicht in den Deputationen und Kommissionen mitarbeiten, Sie verzichten darauf, um uns hier mit langweiligen Redensarten zu unterhalten.

Präsident: Sie dürfen nicht von langweiligen Redensarten von Mitgliedern der Nationalversammlung sprechen.

Garves: Dann besser „intelligenten Ausführungen.“ (Weiterkeit.)

Präsident: Das lasse ich mir gefallen.

Garves: Kennen wir doch bei jeder Gelegenheit immer das Kind beim richtigen Namen. Sie tragen

die Schuld daran, daß wir die Wohnungsnot in dem Maße haben, wie es leider der Fall ist. Nun wollen Sie, daß wir einen Beschluß fassen, der garnicht anständig ist. Sie stellen einen Antrag, der erstens ein schiefer Antrag und zweitens undurchführbar und unpraktisch ist. Weit besser ist der Antrag Knop. Mir ist heute von maßgebender Seite erklärt, was ich auch als richtig anerkennen muß: Wenn der Staat für jedes zu erbauende Haus 3000 M. Zuschuß gibt, so steht er sich noch viel besser, als wenn er Wohnungen beschlagnahmt, die er einrichten muß. Die Kosten sind derartig hoch durch die Errichtung einer Küche und durch die spätere Wiederinstandsetzung, sobald die Wohnungsnot aufgehört hat, daß es besser ist, wenn der Staat einen Zuschuß von 3000 M. zu dem Bau des einzelnen Hauses gibt. Also wenn Sie sich das hätten zu Gemüt führen lassen, wenn Sie sich erst erkundigt hätten, so würden Sie, davon bin ich fest überzeugt, einen solchen Antrag nicht gestellt haben. Sie haben die Sache von der verkehrten Seite angefaßt. Ich mache Ihnen aber zum Vorwurf, daß Sie sich nicht genügend informiert haben und in leichtsinniger Weise derartige Anträge stellen.

Präsident: Herr Garves, ich kann nicht zulassen, daß Sie sagen, die Herren stellten leichtsinnige Anträge.

Garves: „übereilte“ habe ich sagen wollen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir solche Anträge, die in Uebereilung von Ihnen gestellt werden, glatt abgelehnen (Beifall. Zurufe von links.)

Frau Bardenheuer (M.-S.): Ich möchte meinen Antrag dahin abändern, daß er ein Zusatzantrag zu dem Antrage Knop wird. Ich beantrage,

nach dem Antrage Knop fortzufahren: und ferner, in welchem Umfange eine Beschlagnahme von Wohnungen im ganzen bremischen Staatsgebiet erfolgen kann.

Präsident: Der Antrag Knop lautet:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, was bisher zur Behebung der in Bremen herrschenden Wohnungsnot geschehen ist, und welche Maßnahmen in Vorbereitung sind, um insbesondere zum 1. Okt. d. J. der Wohnungsnot nach Möglichkeit zu begegnen.

Dazu beantragt also Frau Bardenheuer den Zusatz: und ferner, in welchem Umfange eine Beschlagnahme von Wohnungen im ganzen bremischen Staatsgebiet erfolgen kann.

Lindau (U. S.): Herr Garves hat sich in besonders lebenswürdiger Weise mit uns beschäftigt, was ich ihm aber nicht übelnehme, da ich ja ein Kinderfreund bin. Herr Garves hat ein wenig Stimmung in das

durch Herrn Baurat Knop gelangweilte Haus gebracht. Ich will mich mit den Liebenswürdigkeiten, fast hätte ich Albernheiten gesagt, nicht weiter beschäftigen. (Zuruf von rechts: Das ist alles?)

Wenn Herr Garbes sagt, daß wir selbst Schuld an der Wohnungsnot seien, so könnte er uns ja nur dankbar sein, daß wir in diesem hohen Haus zusammengetreten sind und er sich mit uns verbrüdern kann, um die "Schuld" zu tilgen. Wir heißen ihn willkommen. Es ist aber nicht wahr, daß wir die Bergarbeiter in den Streik gehetzt haben, sondern die äußerst traurigen Verhältnisse haben sie dazu getrieben. Die Lage der Arbeiterschaft ist heute so, daß die Leute unzufrieden sind, und aus dieser Unzufriedenheit erklärt sich die Sache von selbst.

Herr Knop hat Ausführungen über die Baracken gemacht, worin ich ihm nicht folgen kann. Ich habe Baracken gesehen, wo die Leute untergebracht sind, in denen sie nachts den Regenschirm aufspannen müssen, um den Regen abzuhalten. Warten sie erst den Oktober ab, wenn große Regenschauer kommen, dann werden diese Leute in den Baracken gleich eine Badereise im eigenen Heim vornehmen können.

Präsident: Herr Lindau, Sie hatten mir versprochen, kurz zu reden!

Lindau: Ich will nur sagen: wenn Sie den Antrag Knop annehmen, dann wird es mit dem Wohnungswesen so gehen, daß wir Weihnachten noch nicht genügend Wohnungen haben. Es eilt aber. Hunderte von Familien werden im Oktober auf der Straße liegen. Wollen wir wirklich bald zu einer Besserung gelangen, dann müssen wir praktisch verfahren und Wohnungen da nehmen, wo Wohnungen sind. Wenn wir verlangen, daß Wohnungen beschlagnahmt werden sollen, so meinen wir nicht die kleinen Einfamilienhäuser, sondern die großen Häuser in Schwachhausen, am Osterdeich usw., da sind Wohnungen mit 10, 12, 14 Zimmern und alle Zimmer gut eingerichtet, da können wir die Leute in der Zeit von acht Tagen unterbringen, und es werden soviel Wohnungen zur Verfügung stehen, daß alle Wohnungslosen untergebracht werden können. Und alle diese Wohnungen sind schön möbliert, und jeder Wohnungssuchende hätte ein warmes, molliges Nest. Ich habe Herrn Oberbaurat Thalenhorst herzlichstenden Aufruf über die Wohnungsverhältnisse im Jahre 1918 gelesen. Er hat uns darauf aufmerksam gemacht, wie die Wohnungsnot tagtäglich größer geworden ist. Da habe ich den Gedanken gehabt, der Mann meint es ehrlich und will die Not des Volkes steuern. Ich habe dann in zwei Briefen den Herrn auf eine Gelegenheit hingewiesen, wo er Hand an legen könne, um die Wohnungsnot zu lindern.

Es ist die bekannte Rickmersche Villa an der Contrescarpe, die 24 große Wohnräume hat und mit allem Raffinement ausgestattet ist. Herr Rickmers verzehrt seine Millionen als guter Patriot in der Schweiz, vor Ausbruch des Krieges in Frankreich.

Das Haus steht seit fünf Jahren leer. Ich habe Herrn Oberbaurat Thalenhorst darauf aufmerksam gemacht, er möchte sich dieses Haus einmal ansehen. Ich habe ihm geschrieben, er möchte sich die beiden Reserve-lazarette der Marine einmal ansehen, wie die Mannschaften da untergebracht seien, und habe ihm da die Rickmersche Villa empfohlen. Endlich in diesem Jahre hat man sich denn ja auch bemüht gesehen und die Wagenremise und den Speisesaal zu je einer Notwohnung umgeändert, die eigentlichen Wohnräume stehen aber heute noch unverändert da. Das ist ein Fall, den ich Herrn Baurat Knop nachweisen kann, und der zeigt, daß man noch in dem alten Schlendrian lebt. Sie von der Rechten, die, wie Sie sagen, immer bereit sind, für einen Ausgleich der sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze einzutreten, müssen aus diesem Grunde schon unserem Antrag zustimmen. Man stelle sich einmal vor, wenn der Lindau plötzlich zu Herrn Pastor Bode in die Wohnung käme und würde dort drei bis vier Zimmern beziehen müssen. Ich glaube, Herr Bode wäre in vier Wochen Bolschewist. Oder man stelle sich vor, Herr Hormann würde gezwungen, meinem Freund Schulze drei bis vier Zimmer abzutreten; ich bin überzeugt, auch er würde Bolschewist oder Unabgängiger. (Präsident: Herr Lindau, ich erinnere Sie an Ihr Versprechen.) Herr Präsident, ich wollte nur beweisen, daß noch Wohnungen in Hülle und Fülle da sind, wenn man nur den guten Willen hat, sie ausfindig zu machen. An unserem Willen soll es nicht liegen, helfen Sie uns, stimmen Sie dem Antrag Heuer zu.

Präsident: Es ist Schluß beantragt. Zum Wort angemeldet sind die Herren Dohler, Dr. Gildemeister, Kuße, Göke und Dr. Künkler. (Unterstützt.)

Der Schluß der Aussprache wird angenommen.

Göke (U. S.): Bitte ums Wort.

Präsident: Herr Göke hat . . .

Göke (U. S.): Zur Richtigestellung. . .

Präsident: Ich kann Ihnen das Wort nicht geben, die Debatte ist geschlossen.

Göke: Ich habe das Wort bereits.

Präsident: Es tut mir leid.

Schlußwort.

Heuer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Garbes das Wort zurufen, das Herr Pastor Bode ihm in der Schützenhofversammlung beim Wahlkampf gesagt hat: Sie sind jetzt 25 Jahre in der Bürgerschaft und haben nichts gelernt! Stimmt das, Herr Garbes? (Garbes: Nein!) Da hat Herr Garbes Herrn Pastor Bode erklärt: Wenn Sie so alt und grau wären und so ehrlich zu der Partei gestanden hätten wie ich, dann wären Sie auch vielleicht an dritter Stelle des Wahlvorschlages meiner Partei. Weiter will ich mich mit Herrn Garbes

nicht beschäftigen. (Garves: Ist das alles?) Ueber den Bericht des Herrn Knop möchte ich sagen: Herr Tiedermann und die andern Sozialdemokraten, die vor dem Kriege hier in diesem Hause waren, werden mir bezeugen, daß sie sich die größte Mühe gegeben haben, die Wohnungsfrage in Bremen zu regeln, und daß sie damals dieselbe Antwort bekommen haben von dem damaligen Herrn Oberbaurat: — ich weiß den Namen nicht. Wir sind deshalb mit dem Antrage vorgegangen, weil die Sache brennend ist. Frau Vardenhauer hat nun wieder einmal in unserm Antrage ein Haar gefunden. Das ist doch selbstverständlich, daß wir nicht Herrn Garves sein kleines Haus in der Grünenstraße oder vielleicht noch kleinere Wohnungen mit Beschlagnahme belegen wollen, sondern die großen Häuser am Osterdeich, in der Kohlhöferstraße, an der Schwachhauser Heerstraße. Gehen Sie doch einmal durch die Kohlhöferstraße und die Schwachhauser Heerstraße und sehen sich die Wohnungen an, wo die Herrschaften schon vier Wochen im Bade sind! Und auf der andern Seite stellen Sie sich die Obdachlosen vor, die abends in die Herberge gehen! Das können wir im Gewerkschaftshause sehen, wie die Räume besetzt sind von jungen Leuten, die für die Nacht 2,50 bis 3 Mk. geben, und die fast ihren ganzen Wochenlohn nur für die Wohnung ausgeben und für das bißchen Kaffee morgens. Und diese Wohnungen in dem Viertel der Reichen sind zum großen Teil leer. Ich nenne Ihnen das große Schüttesche Haus in der Kohlhöferstraße. In diesem Hause sind mindestens 20 Zimmer, und darin wohnt allein die Frau Witwe Schütte mit ihren Söhnen, zusammen vielleicht fünf Personen. Also für uns kommen nur die Wohnungen in Frage, in denen ein Ueberfluß an Zimmern herrscht. In unsern Kreisen haben wir auch Familien mit sechs bis sieben Kindern, die haben keine fünf, sondern höchstens vier Zimmer (Zuruf links: Nein, zwei!) Ich nehme einmal unsere besseren, wir haben ja auch besser situierte Genossen in unserm Kreise. Dann möchte ich Herrn Knop bemerken: Wegen der Aufhebung der Gänge ist kein Wort gefallen. Wir verlangen aus Menschlichkeitsgefühl, daß man mit diesen elenden Behausungen endlich einmal ein Ende macht. Wenn ein Fremder nach Bremen kommt und sieht diese Gänge, und er fragt danach, dann schämt man sich, die Wahrheit zu sagen, und dann sagt man: Nein, das ist Alt-Bremen! Weil der Bremer stolz ist auf das alte Bremen. Wenn mich einer fragt: Wohnen da Leute drin? Dann sage ich immer: Ja, das war früher so Mode, da wohnten Bärstendler und solche Leute. Da macht man eben eine Notlüge. Wir lügen sonst nicht, wie Herr Henke sagt. (Zuruf von Tegtmeier). Herr Tegtmeier, Ihr Haus in der Georgstraße muß auch genommen werden, Sie bewohnen auch mehr als sechs Räume. Man hat in unserm Antrage ein Haar in der Suppe gefunden, und Frau Vardenhauer meint, wir brächten unsere Anträge nicht immer klar ein. Jawohl, wir bringen sie klar ein, nach unserer

Anschauung sind die richtig. Frau Vardenhauer, ich zweifle nicht an Ihrer ehrlichen Gesinnung, die dürfen Sie aber auch uns nicht absprechen. Also, es ist unsere Pflicht, daß wir die Leute unterbringen. Herr Knop sagt, daß wir bis Oktober so und soviel hundert Häuser fertig haben werden. Die haben wir noch nicht. Die Wohnungsnot dauert in Bremen unvermindert an. Es wird ja auch schon vor Zuzug gewarnt. Die große Zahl der Arbeitslosen macht es für jeden Zuziehenden aussichtslos, hier Arbeit zu finden. Wer also hierherkommt, setzt sich der Gefahr aus, weder Obdach noch Arbeit zu bekommen. Herr Knop hat gesagt, wir hätten im April 128 Wohnungen gehabt. Im April hatten wir aber 904 Wohnungssuchende und Obdachlose. Auf einen langen Bericht können wir nicht mehr warten. Wir wollen uns die Häuser nicht aneignen, wir wollen sie nicht enteignen, sondern wollen nur, daß sie bereit gestellt werden. Wir können den Leuten nicht zumuten, daß sie noch einen Winter in den Baracken wohnen müssen. Auch wollen wir die Gänge aufheben, um endlich eine gesunde Wohnungsreform zu schaffen. Und ich hätte erwartet, daß Herr Pastor Bode und Frau Bahnson, die hier ihr Mitgefühl wegen der Tuberkulose usw. erklärt haben, unsern Antrag unterstützen würden. Seien Sie nicht so kleinherzig, den Antrag jetzt noch an eine Kommission zu verweisen (Garves: in der Sie nicht mitarbeiten!). Hier muß klipp und klar Schluß gemacht werden. Ich bitte Sie, nehmen Sie unsern Antrag an.

Präsident: Wir haben zunächst über den Zusatzantrag Vardenheuer abzustimmen. Wird der angenommen, dann haben wir über den Antrag Knop mit diesem Zusatzantrag Vardenheuer abzustimmen. Wird der angenommen, dann ist der Antrag Heuer erledigt; wird er abgelehnt, dann wird über den Antrag Heuer abgestimmt.

Der Zusatzantrag Vardenheuer wird angenommen.

Der Antrag Knop wird mit dem Zusatzantrag Vardenheuer angenommen.

Garves (D.): Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde stelle ich den Antrag, die Sitzung zu schließen.

Präsident: Ich mache aber darauf aufmerksam, daß der Wunsch geäußert worden ist, den Antrag XIII noch auf alle Fälle zu erledigen.

Faust (U. S.) zur Geschäftsordnung: Wir legen gleichzeitig Wert auf Erledigung des Antrages XIV.

Präsident: Wenn Sie nicht so lange reden, können wir die Sachen schnell erledigen. (Schlußrufe) Ich überlasse es dem Hause (Allgemeiner Ausbruch der Anwesenden). Ich schließe die Sitzung. (Widerpruch links). Die Herren gehen ja alle fort. Ich muß 64 Herren hier haben. (Zuruf links: Wir werden uns revanchieren!).

Schluß 9,23 Uhr.